

Rainer Weiß



Sozialdemokratie in Dieburg und Umgebung bis zum Sozialistengesetz

Sozialdemokratische Kandidaten und Aktivitäten

Reichstagswahlen 1871 bis 1878

Sozialdemokratie in Dieburg und Umgebung bis zum Sozialistengesetz

Sozialdemokratische Kandidaten und Aktivitäten

Reichstagswahlen 1871 bis 1878

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Dieburg und Museum Schloss Fechenbach, Dieburg

Verfasser: Rainer Weiß, Eichenweg 14, 64807 Dieburg
E-Mail: rainer.weiss-dieburg@t-online.de

Historische Beratung:

Lothar Lammer M. A., Leiter Museum Schloss Fechenbach, Dieburg
E-Mail: museum@dieburg.de

Druck: Druckerei Klein, Dieburg

Auflage: 150 Exemplare

Stand: Dezember 2024

ISBN-Nummer: 978-3-00-080802-9

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
Vorwort	6
Einleitung	8
Historische Zeitleiste	9
Von 1848 bis zur Gründung des ADAV	10
1848: Dieburger Bürger fordern Freiheit und Mitbestimmung	10
Arbeiterbildungsvereine	11
Allgemeiner Deutsche Arbeiterverein (ADAV)	15
Die Jahre nach Lassalle (ab 1864)	16
„Maingauverband“ der Arbeiterbildungsvereine weiterhin aktiv	16
Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP).....	17
Offenbach wird zu einer Hochburg des ADAV.....	20
Einige der Protagonisten des Offenbacher ADAV	24
Örtliche Organisationen im Wahlkreis Offenbach-Dieburg	29
Dieburg — „arme Topfmacherkolonie“.....	30
ADAV versucht 1869 in Dieburg Fuß zu fassen	34
Dieburger ADAV wechselt zum LADAV.....	38
Reichstagswahl 1871	41
Wahlkampf in Dieburg.....	41
Wahlergebnisse in Dieburg und einigen Orten im Kreis	42
Erster Sozialistenprozess im Großherzogtum Hessen.....	43
Weniger Aktivitäten.....	45
ADAV-Mitgliederbestand.....	45
Reichstagswahl 1874	47
Agitation im Wahlkreis Offenbach-Dieburg	47
Sozialdemokratischer Wahlkampf in Dieburg	48
Sozialdemokraten im benachbarten Münster	50
Wahlergebnisse in Dieburg und einigen Orten im Kreis	51

Nach der Reichstagswahl 1874 und 1875	54
Vereinigung von ADAV und SDAP.....	54
Gründung der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“	56
Personelle Veränderung.....	60
Carl Ulrich	62
„Kulturkampf“ und die Folgen für Dieburg	65
Dieburger Zeitung verliert „Amtliche Mitteilungen“ (1874)	65
Bischöfliches Knabenkonvikt wird zwangsweise geschlossen (1876).....	66
Reichstagswahl 1877	68
Wilhelm Liebknecht kandidiert im Wahlkreis Offenbach-Dieburg	68
Carl Ulrich und Wilhelm Liebknecht in Dieburg (1876/77)	71
Sozialdemokratische Veranstaltungen und Aktivitäten in den Gemeinden des Kreises — Liebknecht lieber als Dernburg.....	74
Die Nationalliberalen und ihre Flugblätter.....	79
Liebknecht mit einem der besten SPD-Wahlergebnisse in Dieburg bis heute.....	81
Wahlergebnisse in Dieburg, im Kreis und verschiedenen Orten im Kreis.....	82
Liebknecht berichtet aus dem Reichstag (Mai 1877).....	86
Wahlfest auf dem Bieberer Berg (August 1877) — Siegesfest.....	87
Reichstagswahl 1878	88
„Gedernborgt werd net, gewasserborgt ach net, die Borgerei tagt nix!“	89
Liebknecht kandidierte erneut im Wahlkreis Offenbach-Dieburg.....	91
Abermals Stichwahl zwischen Liebknecht und Dernburg	91
Wahlergebnisse in Dieburg, im Kreis und verschiedenen Orten im Kreis.....	94
Liebknechts Bewertung des Ergebnisses der Stichwahl.....	97
Sozialistengesetz	99
Auswirkungen im Wahlkreis Offenbach-Dieburg.....	101

Anhang	104
Regionale Presselandschaft bis 1878	104
Überregionale Blätter zu der Zeit	108
Reichstagswahlen 1871 bis 1878 — Wahlgesetz und Ergebnisse im Deutschen Reich.....	110
Reichstagswahlen 1871 bis 1878 — Ergebnisse im Wahlkreis Offenbach-Dieburg.....	116
Abkürzungsverzeichnis	118
Literaturverzeichnis	119
Abbildungsverzeichnis	123
Tabellenverzeichnis	125
Personenverzeichnis	126
Ortsverzeichnis	128
Nachwort und Dank	130

Vorwort

Die Geschichte der Dieburger SPD ist seit der nachhaltigen Gründung einer Parteiorganisation im Jahr 1903 zumindest in groben Zügen nachvollziehbar. Zwar sind auch für die letzten 120 Jahre erhebliche Lücken in der Überlieferung zu beklagen, doch die Kontinuität der Organisation ist mit Ausnahme der Nazizeit zumindest gegeben. Den größten Überlieferungsbruch stellen die Jahre von 1933 bis 1945 dar, wo aus Sicherheitsgründen vermutlich weder schriftliche Unterlagen geführt, noch die älteren Unterlagen aufbewahrt werden konnten.

Als Folge dieses Bruchs in der Überlieferung und auch aufgrund der zeitgenössischen Bedingungen der Ära des Sozialistengesetzes des späten 19. Jahrhunderts liegt schon die Vorgeschichte der organisierten Sozialdemokratie im Dieburger Raum fast völlig im Dunkeln. Lediglich das vereinzelt Auftreten von Agitatoren der Arbeiterbewegung war punktuell in den lokalen Geschichtsdarstellungen zu finden. Die publizierten Wahlergebnisse lassen hier Schwerpunkte erkennen, ohne dass dabei direkt auf Organisationsstrukturen vor Ort geschlossen werden kann. Der Wahlkreis Offenbach-Dieburg selbst ist aufgrund der Unterschiede zwischen dem weiter zunehmenden Wachstum der Industriestadt Offenbach und ihrem unmittelbaren Umland und dem übrigen eher ländlich strukturierten Wahlkreis schon sozial als heterogen zu betrachten. Hinzu kommen noch die tradierten konfessionelle Unterschiede, die auch nach über einem halben Jahrhundert einheitlicher großherzoglich-hessischer Staatlichkeit und langsam zunehmender Mobilität in der sich modernisierenden Gesellschaft noch fortbestanden.

Dieburg kann dabei als Schulbeispiel einer katholischen ländlichen Siedlung innerhalb des Wahlkreises dienen. Sie unterscheidet sich auch in ihren Wahlergebnissen damit massiv von nahegelegenen protestantischen Orten wie Babenhausen oder Groß-Umstadt. Die Dominanz des Zentrums als politische Organisation des Katholizismus ist dabei fast schon selbsterklärend. Eine Besonderheit bildet allerdings die zeitweilige Zusammenarbeit der beiden von Bismarck verfolgten politischen Organisationen Zentrum und Sozialdemokratie, die in der Stichwahl zum Reichstag 1877 Wilhelm Liebknecht mit ca. 88 % das beste Wahlergebnis aller Zeiten für einen sozialdemokratischen Kandidaten bescherte. Dies reichte hier jedoch noch nicht zur Erlangung eines Sitzes im Reichstag, da der Zuschnitt des Wahlkreises weiterhin die Dominanz der Nationalliberalen ermöglichte.

Die völlig zerstreute Überlieferung ließ bisher kein geschlossenes Bild des Dieburger Teils im Reichstagswahlkreis Offenbach-Dieburg zu. Zwar wurde angenommen, dass im ländlichen Raum schon aufgrund der Bevölkerungszahl eine geringere Organisationstärke der Arbeiterbewegung entstehen konnte, doch die örtlichen Belege blieben sehr spärlich.

Somit ist diese Zusammenstellung praktisch eine Pionierstudie zur Vorgeschichte der SPD für den ländlichen Teil des Wahlkreises Offenbach-Dieburg mit den modernen Mitteln der Internetrecherche und den herkömmlichen Methoden der Archivarbeit. Den Schwerpunkt der lo-

kalen Quellen bilden dabei sozusagen die „Gegenüberlieferungen“ des nationalliberal ausgerichteten „Odenwälder Boten“ im Stadtarchiv Groß-Umstadt und der zentrumsnahen „Starkenburger Provinzial-Zeitung“ (Provinzialanzeiger) in der Präsenzbibliothek von Museum Schloss Fechenbach in Dieburg. Die Auswertung der sozialdemokratischen Presse vor Ort ist durch die fehlende Überlieferung der Vorläufer des „Offenbacher Abendblattes“ nicht möglich. Auch die überörtlichen Darstellungen im „Social-Demokraten“, im „Neuen Social-Demokraten“ und im „Volksstaat“ sind, zumindest was Einzelereignisse angeht, für die Region hier erstmals zusammengestellt und ausgewertet.

Die Erforschung historischer Zusammenhänge in der Stadt Dieburg und ihrem Umland kann durch die Untersuchung lokaler Parteien oder Vereine nur gewinnen und wird daher vom Team von Museum Schloss Fechenbach immer gerne beratend und mit Bereitstellung von Quellen – soweit vorhanden – unterstützt.

Dieburg, im Dezember 2024

Lothar Lammer, Leiter Museum Schloss Fechenbach

Einleitung

Im Oktober 2023 feierte der SPD-Ortsverein Dieburg sein 120-jähriges Bestehen. Die Sozialdemokraten fielen aber 1903 nicht vom Himmel, sondern es gab eine Entwicklung bis zur Gründung. Die selbstgestellte Aufgabe des Verfassers war nun zu klären, ob es vor 1903 nennenswerte sozialdemokratischen Aktivitäten, Organisationen und Bewegungen in Dieburg und Umgebung gegeben hatte.

So entstand die vorliegende Abhandlung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und nicht nur die Dieburger Ereignisse widerspiegelt, sondern aus Herleitungsgründen teilweise darüber hinausreicht. Notwendig war es deshalb, auch die Entwicklung im Offenbacher Raum und dem Maingau darzustellen, weil Dieburg zum Wahlkreis Offenbach-Dieburg gehörte und von Offenbach aufgrund der frühen Industrialisierung starke Impulse ausgingen. Ebenso wurden zum Verständnis kurz die Gründung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV) sowie der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) und deren Vereinigung zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP bzw. SAPD) beleuchtet.

Neben Offenbach spielten im Großherzogtum Hessen außerdem die Städte Darmstadt und Mainz eine gewichtige Rolle in der Arbeiterbewegung, auf die hier allerdings nicht näher eingegangen wurde. Desgleichen wurden die Gewerkschaften nur am Rande erwähnt.

Mit welchem Ereignis sollte begonnen werden?

Die Ausstellung „1848 in Dieburg — Revolution und Beharrung“ im Museum Schloss Fechenbach im Jahr 2023 bildete den willkommenen Auftakt für diese Arbeit. Die inhaltliche Fortsetzung fand sich im Neubeginn der Arbeiterbewegung ab Anfang der 1860er-Jahre, den in Dieburgs Nachbarschaft entstandenen Arbeiterbildungsvereinen und dem 1863 durch Ferdinand Lassalle gegründeten ADAV — dieser gilt als Keimzelle der SPD — und dessen Aktivitäten im Offenbach-Dieburger Raum. Mit dem ersten Auftreten von ADAV-Agitatoren in Dieburg im Jahre 1869 und einem damit verbunden Versuch einer Gründung einer sozialdemokratischen Organisation verlagerten sich die Berichtsschwerpunkte Zug um Zug in den Altkreis. Durch die 1875 erfolgte Vereinigung zur SAP trat mit Wilhelm Liebknecht ein politisches Schwergewicht auf die sozialdemokratische Bühne, welches in Dieburg und Umgebung überaus aktiv war und bei den Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie der Kreisstadt die besten Ergebnisse bis heute erzielte. Unterstützt wurde er von Carl Ulrich, dem späteren Ministerpräsident des Volksstaates Hessen. Ein Blick in die damalige Presselandschaft, Auswirkungen des „Kulturkampfes“ sowie einige Dieburg-spezifische Begebenheiten sollten zum besseren Verständnis sozialdemokratischer Anfänge in den 1860er- und 1870er-Jahren das Bild in dieser Gegend abrunden.

Die Darstellung endet, sicherlich etwas willkürlich, (vorerst) 1878 mit dem Sozialistengesetz.

Historische Zeitleiste

1848/49: Deutsche Revolution, bezogen auf die erste Revolutionsphase des Jahres 1848 auch „Märzrevolution“ genannt;

1863, 23. Mai: Gründung des „Allgemeine Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV) durch Ferdinand Lassalle in Leipzig;

1864, 1. Februar bis 30. Oktober: Deutsch-Dänischer Krieg;

1866, 14. Juni bis 23. August: Preußisch-Österreichischer Krieg, auch Deutscher Krieg genannt; Gefechte bei Aschaffenburg am 14. Juli 1866; die hiesige Bevölkerung wurde in Mitleidenschaft gezogen; Dieburg musste den siegreichen Preußen mehrmals Quartier und Verpflegung stellen; ^[1]

1869, 8. August: August Bebel und Wilhelm Liebknecht gründeten in Eisenach die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP);

1870, 19. Juli, bis 1871, 10. Mai: Deutsch-Französischer Krieg;

1871, 18. Januar: Proklamation des Deutschen Kaiserreichs im Schloss zu Versailles;

1871, 3. März: Wahl zum 1. Deutschen Reichstag;

1874, 10. Januar: Wahl zum 2. Deutschen Reichstag;

1875, 22. bis 27. Mai: Vereinigungsparteitag der „Eisenacher“ (nach dem Gründungsort der SDAP) mit den „Lassalleanern“ in Gotha zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP);

1877, 10. Januar: Wahl zum 3. Deutschen Reichstag;

1878, 11. Mai: fehlgeschlagenes Attentat des Arbeiters Max Hödel auf Kaiser Wilhelm I.;

1878, 2. Juni: zweites Attentat, durchgeführt von Karl Eduard, bei dem der Kaiser schwer verletzt wurde;

1878, 30. Juli: Wahl zum 4. Deutschen Reichstag;

1878, 21. Oktober: Erlass des Sozialistengesetzes („Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“).

¹ Magistrat der Stadt Dieburg (2007): Dieburg – Eine Chronik, S. 73.

Von 1848 bis zur Gründung des ADAV

1848 kam es in Teilen Europas zu Massenkundgebungen, Straßenkrawallen und Ausnahmezuständen. Die Nachrichten darüber breiteten sich wenige Tage später im Reich aus und gaben einen weiteren Anstoß für die revolutionäre Entwicklung im Rhein-Main-Gebiet.

Die Gründe für die auftretenden turbulenten Ereignisse waren vielfältig und hatten sich über Jahre aufgestaut. Das Bürgertum erstrebte hauptsächlich ein einheitliches Deutschland mit freiheitlicher Verfassung, während die städtischen Unterschichten gegen die elende soziale Lage protestierten. Die ländliche Bevölkerung forderte Agrarreformen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation und ging mitunter auch gewaltsam gegen Grundherren vor, so beispielsweise im Odenwald. ^[2]

1848: Dieburger Bürger fordern Freiheit und Mitbestimmung

Auch in Dieburg fand in jenen Tagen eine „Revolution“ statt.

Eine Gruppe einheimischer Bürger ließ am 5. März 1848 dem Landtagsabgeordneten Theodor Reh eine Liste mit Wünschen zukommen. Reh sollte sie in der Zweiten Kammer der Ständeversammlung in Darmstadt als Antrag gemeinsam mit Forderungen weiterer 19 Gemeinden aus der Provinz Starkenburg einbringen.

Die Unterzeichner verlangten beispielsweise die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regelung der Verantwortlichkeiten der Regierung, eine freie Presse ohne Verbote in- und ausländischer Presseerzeugnisse und die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung und deren Einsatz nur gegen äußere Feinde. Außerdem wurden u. a. gefordert: Versammlungsfreiheit, das Recht Vereine zu gründen, Modernisierung der Gemeindeordnung und Religionsfreiheit ohne Einschränkungen und staatliche Aufsicht.

Nach unruhigen vier Woche kam es in der Nacht zum 2. April 1848 in Dieburg sogar zu einem „Straßenkrawall“. In einer „Sturmpetition“, die Kreisrat (Landrat) Friedrich Kritzler übergeben wurde, stellten hiesige Bürger mehrere Forderungen auf: Absetzung des Bürgermeisters Johannes Weber VI. und weiterer Personen, die Freigabe von Jagd und Fischerei, Abgabe von Waldstreu und Holz in größeren Mengen als bisher, Beseitigung der Kontrolle durch die staatlichen Forstbehörden, freie Wahl und Anstellung der Geistlichen und Lehrer sowie öffentlicher Zutritt zu Gemeinderatssitzungen.

Die Petition blieb nicht erfolglos. So behielt sich der Gemeinderat bei den Haushaltsberatungen 1849 vor, die Verteilung von Waldstreu über die veranschlagte Menge hinaus zu genehmigen und die Fischerei nicht mehr zu verpachten. Ebenso wurde eine außerordentliche Holzfällung beschlossen und in einer nächsten Sitzung die Öffentlichkeit zu den Gemeinderatssitzungen zugelassen.

² Werner Straszewski: Die Revolution 1848/49, Dieburg, 2008, S. 20-22.

Ein weiteres Ereignis, welches bis heute Auswirkungen zeigt, war die Gründung des „Wochenblatts für den Regierungs-Bezirk Dieburg“, dem späteren „Dieburger Anzeiger“ (siehe dazu Abschnitt „Regionale Presselandschaft bis 1878“ im Anhang). Es bedurfte erst der revolutionären Stimmung von 1848, damit dieses Ziel erreicht werden konnte. In seiner Proklamation vom 8. März 1848 ließ der zum Mitregenten ernannte Erbgroßherzog verkünden: „Die Presse ist frei, die Zensur hiermit aufgehoben.“ Das Blatt war allerdings nicht fortschrittlich-revolutionär und kritisch, sondern staaterhaltend und regierungsfreundlich; diese Haltung war jedoch bald nach 1848 wieder Voraussetzung für die Existenz der Zeitung. ^[3]

Arbeiterbildungsvereine

Bereits vor 1848 gab es in einigen größeren Städten Arbeiterbildungsvereine, die aber nach der Niederschlagung der Revolution wieder aufgelöst wurden. Wie das politische Leben insgesamt, so begann mit dem Nachlassen der politischen Repression zu Beginn der 1860er-Jahre auch für die oft von der liberalen Fortschrittspartei ^[4] geprägten Arbeiterbildungsvereine eine neue Expansionsphase. Da die Arbeiter dort keine beständige politische Heimat



Abbildung 1: Ferdinand Lassalle (1863)

(Quelle: AdsD der FES, 6/FOTA009330;
Rechte: gemeinfrei/AdsD)

fanden, lösten sich Teile aus der Bewegung und wandten sich der (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung zu. So entstanden politische Organisationen bzw. wurden zum Kern von Parteibildungen und Gewerkschaften. ^[5]

Auslöser für diesen Richtungswechsel war der Einfluss des Wortführers der frühen deutschen Arbeiterbewegung Ferdinand Lassalle (1825 bis 1864) mit seinen klassenkämpferischen Ideen sowie das von ihm verfasste sogenannte „Offene Antwortschreiben“ vom 1. März 1863 an das „Leipziger Komitee“. In ihm hatte Lassalle seine Meinung über die Arbeiterbewegung und ihren künftig einzuschlagenden politischen Weg formuliert. (Mehr dazu im Abschnitt „Allgemeiner Deutsche Arbeiterverein [ADAV]“.) Jedoch stimmten zunächst nicht alle Teile der frühen Arbeiterbewegung

³ Lothar Lammer: „Man entferne die polizeiliche Bevormundung“, Extrablatt im Geist der Freiheit — 175 Jahre Revolution 1848/49, S. 7. Werner Straszewski: Die Revolution 1848/49, Dieburg, 2008, S. 33-35, 40, 44.

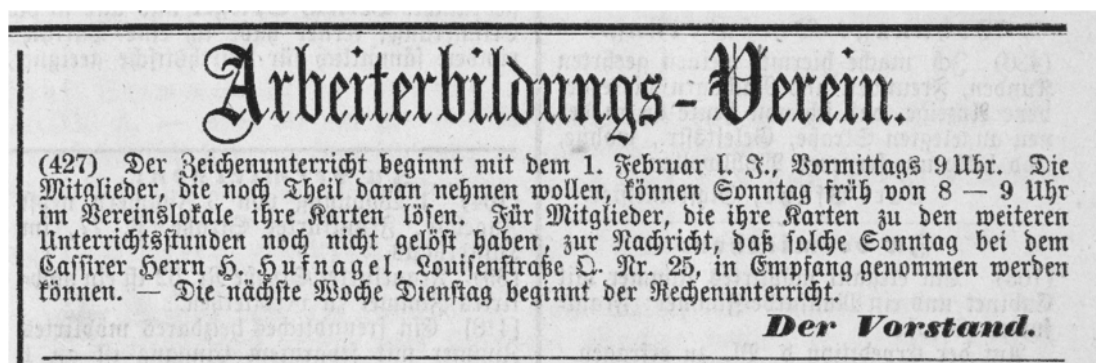
⁴ (Deutsche) Fortschrittspartei: 1861 in Preußen durch verschiedene linksliberale und demokratische Gruppen gegründete Partei, in deren Führung Gutsbesitzer und Bildungsbürgertum dominierten; 1866 spaltete sich der rechte Flügel ab und wurde Kern der Nationalliberalen Partei (in Hessen: Deutsche Fortschrittspartei in Hessen), der auch Dr. Friedrich Dernburg, ab 1871 bis 1881 Reichstagsangehöriger des Wahlkreises Offenbach-Dieburg, angehörte; die Nationalliberalen unterstützten Bismarcks Einigung Deutschlands „von oben“ und galten daher als „Reichsgründungspartei“ (MEYERS GROSSES TASCHENLEXIKON, 1981, Bibliografisches Institut Mannheim, Band 5, S. 159, u. Band 15, S. 158).

⁵ Arbeiterbildungsverein: in Wikipedia; <https://w.wiki/BdhF> (abgerufen: 10.3.2024).

vollständig mit den Ansichten Lassalles überein. Daher existierten auch weiterhin zahlreiche dezentrale, genossenschaftlich organisierte und den liberalen Parteien nahestehende Organisationen der Arbeiterbewegung, die aus den Arbeiterbildungsvereinen heraus entstanden waren. ^[6]

Arbeiterbildungsvereine im Rhein-Main-Gebiet

Etwa ab 1860 wurden im Rhein-Main-Gebiet, meist unter der Ägide des fortschrittlichen Nationalvereins, Arbeiterbildungsvereine in Offenbach (gegründet 1862/63), Hanau, Mainz, Frankfurt a. Main, Bockenheim, Rödelheim, Rüsselsheim und Darmstadt (gegründet am 5. Februar 1863) ins Leben gerufen. Unter Führung von Rechtsanwalt Johann Baptist von Schweitzer (1833 bis 1875) formierte sich am 6. November 1861 der Frankfurter Arbeiterbildungsverein, der gewerblich-technische Fortbildung sowie Nachhilfeunterricht in Lesen, Schreiben, Rechnen und Buchführung im Programm stehen hatte. ^[7] In Offenbach existierten um 1863/64 außerdem noch eine „Gesellschaft der Buchbinder und Portefeuille-Arbeiter“, eine Konsumgesellschaft, der Konsumverein „Concordia“, die Sattler-Gesellschaft und die „Vereinigten Metallarbeiter“ sowie vermutlich weitere, die alle unter dem Begriff „Arbeitervereine“ subsumiert wurden und zusammen mehrere hundert Mitglieder hatten. Letztere waren im „Jahresbericht über die Tätigkeit des ständigen Ausschusses für den dritten Vereinstag der deutschen Arbeitervereine“ (VDAV) für die Zeit Juni 1863 bis Oktober 1864 gelistet. Zu dem ständigen Ausschuss gehörten u. a. der jugendliche August Bebel (1840 bis 1913) aus Leipzig und Georg Friedrich Lachmann aus Offenbach; Vorsitzender war Leopold Sonnemann (1831 bis 1909) aus Frankfurt a. Main, ^[8] dem späteren Mitbegründer der linksliberalen Deutschen Volkspartei.



**Abbildung 2: Arbeiterbildungsverein Offenbach;
Anzeige im „Offenbacher Intelligenzblatt“ vom 1. Februar 1863**

(Quelle: Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt)

⁶ Zeitgeschichte in Hessen. Arbeitskämpfe. 3. Die frühe Arbeiterbewegung im südhessischen Raum: in LAGIS; <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/drec/sn/edb/mode/catchwords/lemma/Arbeitsk%25C3%25A4mpfe/current/0> (abgerufen: 02.2024).

⁷ Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen, Frankfurt a. Main, 1984, S. 117.

⁸ Leopold Sonnemann: Jahresbericht über die Tätigkeit des ständigen Ausschusses für den dritten Vereinstag der deutschen Arbeitervereine, September 1865, S. 16 (Digitale Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/bestand/z-15523/3-1865.pdf> [abgerufen: 02.2024]).

Der Offenbacher Arbeiterbildungsverein entfaltete sofort ein reges Vereinsleben, allerdings entgegen den aufkommenden und von Lassalle propagierten Vorstellungen. Von Klassenbewusstsein war in den hiesigen fortschrittlich dominierten Arbeiterbildungsvereinen und somit auch in Offenbach zunächst so gut wie nichts zu spüren. Auch spielte der Standesdünkel (Meister, Gesellen, einfache Arbeiter) eine erhebliche Rolle.

Am 17. und 19. Mai 1863 fand in Frankfurt eine Tagung statt, auf der auch der Verein aus Offenbach vertreten war. Lassalle konnte dort seine Ideen und sein Vorhaben der Parteigründung in einer mehrstündigen Rede vortragen und erhielt endlich Zuspruch. Trotzdem schloss sich der Offenbacher Arbeiterbildungsverein zunächst dem als Gegengewicht zu Lassalle gegründeten VDAV an.^[9] Die Entwicklung nahm dennoch ihren Lauf zugunsten der „Lassalleaner“^[10].

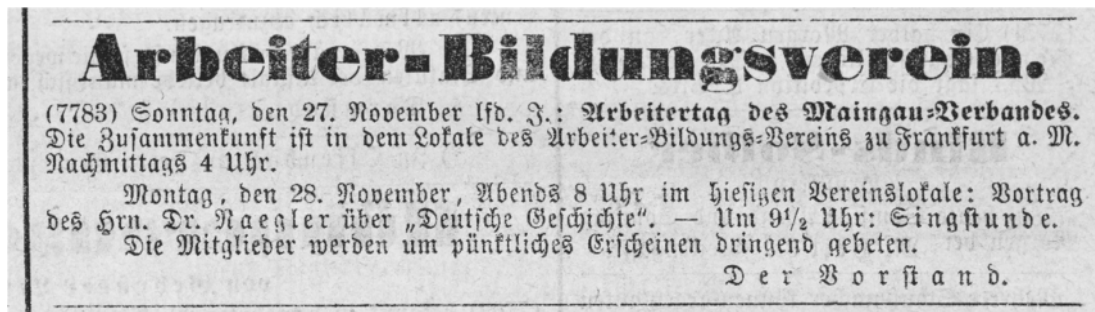


Abbildung 3: Arbeiterbildungsverein Offenbach;
Anzeige im „Offenbacher Intelligenzblatt“ vom 27. November 1864
(Quelle: Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt)

Auf dem Arbeitertag des Maingaus^[11] in Offenbach am 27. November 1864 setzten die in der Mehrheit sich

⁹ Als Reaktion auf die Gründung des ADAV verstärkten sich im linksliberalen und demokratischen Lager die Bemühungen zur Gründung eines Dachverbandes. Die Träger dieser Gegenbewegung einte im Wesentlichen die Gegnerschaft zu Ferdinand Lassalle. Politisch umfassten sie das gesamte Spektrum von den republikanischen Demokraten bis hin zum rechten Flügel des Liberalismus, der 1867 die Nationalliberale Partei bildete. Die im Nationalverein zusammengeschlossene liberale und demokratische Bewegung reagierte auf Lassalle mit der Gründung des „Vereinstags Deutscher Arbeitervereine“ (VDAV) (Vereinstag Deutscher Arbeitervereine: in Wikipedia; <https://w.wiki/BdHz> [abgerufen: 17.4.2024]).

¹⁰ „Lassalleaner“: Anhänger Ferdinand Lassalles.

¹¹ Eine genauere Eingrenzung des Maingaus nennt Johann Wilhelm Christian Steiner in seinem Werk von 1821 auf Seite 47: „Der Maingau hatte folgende Gränzen. Von Offenbach den Main herauf bis an den Ausfluß der Kinzig, jedoch so, daß Dörnigheim noch zum Maingau gehört. Von da läuft die Gränze der Kinzig aufwärts bis über Gelnhausen, dort gehören die Orte des Kinziggaues: Höchst, Wirtheim, Kassel, sodann Bieber und Löhrhaupten, welche alle in dem Archidiaconat Aschaffenburg liegen, zu dem Maingau. Durch den Spessart neben dem Sinngrund bis nach Lohr an den Main; diese Stadt liegt in seinem Bezirk. Sodann mit den Gränzen des Amts Lohr nach Stadtprozelten bis an den Engelsberg, nun über Mainbullau nach der Grafschaft Erbach, welche, soweit der Plungau reicht, größtenteils zum Maingau gehört. In Berfelden vorbei westlich nach Reichelsheim, Bieberau, Rheinheim, Georgenhausen, Roßdorf, Dieburg, Messel, Urberach, Oberroden, Ditzenbach, Heusenstamm und Offenbach. Alle diese Orte lagen in seinen äußersten Gränzlinien.“ (Maingau: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bdio> [abgerufen: 22.10.2024]).

befindlichen „Lassalleaner“ das alte Komitee mit seinen fortschrittlichen Führern mit Sonnemann an der Spitze ab. Grund dafür war, dass diese für unfähig erklärt wurden, Führer der Arbeiter zu sein, weil sie nicht wirklich die Interessen der Arbeiterschaft vertreten hätten. Bereits am 18. Dezember 1864 wurde auf einem sogenannten „freien“ Arbeitertag in Frankfurt a. Main ein neues Zentralkomitee gewählt. ^[12] *(Die anschließende Entwicklung ist den Abschnitten „Maingauverband‘ der Arbeiterbildungsvereine weiterhin aktiv“ sowie „Offenbach wird zu einer Hochburg des ADAV“ weiter hinten zu entnehmen.)*

„Ländliche Arbeiterbildungsvereine“

In dem von Sonnemann autorisierten und vormalig genannten VDAV-Jahresbericht wurde in einem Kapitel unter dem Titel „Ländliche Arbeiterbildungsvereine“ die Entwicklung im hessischen Odenwald überaus positiv dargestellt. Die Arbeiterbildungsvereine in Ober-Ramstadt (gegründet auf Initiative von Georg Schulz III. im Okt. 1863 ^[13]) und Reinheim (erste Versammlung am 5. Juni 1864 ^[14]) nahmen einen erfreulichen Aufschwung, weitere Vereine seien in Nieder-Modau und Groß-Bieberau neu hinzugekommen. Folgende Mitgliederzahlen wurden in dem Bericht genannt: Ober-Ramstadt 180, Nieder-Ramstadt 90, Traisa 80, Roßdorf 80, Groß-Zimmern 200 (in zwei Vereinen), Reinheim 130, Ueberau 40, Nieder-Modau 50 und Groß-Bieberau 84. Zum Schluss des Abschnitts wurde bemerkt, dass „dies Ortschaften [sind], wo der ‚Ultramontanismus‘ [romtreuer politischer Katholizismus] noch stark in der Blüte steht!“ ^[15]

Ob sich die genannten Arbeiterbildungsvereine im Laufe der Jahre den „Lassalleanern“ zuwandten, ist nicht bekannt. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass dies eher nicht der Fall war. So berichtete beispielsweise das „Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt“ über eine Versammlung von Arbeiterbildungsvereinen des vorderen Odenwalds am 22. Oktober 1865 in Groß-Zimmern. In dem Artikel äußerte sich ein Hottes aus Groß-Zimmern über den Zweck der Arbeitervereine, der „nicht das Hirngespinnst höherer Löhne, sondern nur möglichste Bildung der Vereinsmitglieder im Auge“ habe. ^[16] Sieben Vereine seien vertreten gewesen, so eine Meldung einer anderen Zeitung über die gleiche Veranstaltung. In Gundernhausen sei ein neuer Arbeiterbildungsverein mit 80 Mitgliedern durch die Initiative von Schulz III. aus Ober-Ramstadt ins Leben gerufen worden, in Dieburg und Wersau stünden Gründungen „in Aussicht“. ^[17]

¹² Georg Kaul: Geschichte der Sozialdemokratie in Offenbach a. M., Offenbach, 1925, Nachdruck 1998, S. 24 ff. Offenbacher Intelligenzblatt vom 30.11.1864, 20.12.1864.

¹³ Ober-Ramstadt: in Wikipedia; <https://w.wiki/BdkV> (abgerufen: 10.3.2024).

¹⁴ Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 12.6.1864.

¹⁵ Wie Anm. 8 (Jahresbericht VDAV): S. 6.

¹⁶ Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 27.10.1865.

¹⁷ Aschaffenburg Zeitung vom 26.10.1865. Sehr wahrscheinlich wurde aus der Gründung eines Arbeiterbildungsvereins in Dieburg nichts, denn in den Quellen der Folgejahre fanden sich darüber keine Informationen.

Allgemeiner Deutsche Arbeiterverein (ADAV)



**Abbildung 4: „Pantheon“ in Leipzig,
Gründungsstätte des ADAV**

(Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung; Bildrechte: unbekannt)

In seinem bereits genannten „Offenen Antwortschreiben“, einem klassischen Dokument der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, legte Lassalle dem „Leipziger Komitee“ auf deren Wunsch seine Ansichten über den Weg zur Verbesserung der politischen und sozialen Lage der Arbeiter dar. Das Komitee war eine Minderheit, die sich vom Liberalis-

mus distanzierte, eine stärkere politische Ausrichtung forderte und daher dem Arbeiterbildungsverein den Rücken gekehrt hatte. ^[18] Lassalles Aufruf zur Gründung einer eigenständigen, von den Bürgerlichen unabhängigen Arbeiterpartei fand Widerhall. Denn es kam am 23. Mai 1863 in Leipzig zur Gründung des bald überregional agierenden „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ (ADAV); Initiator und erster Präsident war Ferdinand Lassalle. Auf seinen Gründungstag beruft sich die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (SPD) als Gründungstag der deutschen Sozialdemokratie.

Der ADAV stand für das allgemeine und gleiche Wahlrecht und die Gründung von Produktivgenossenschaften durch die Arbeiter selbst. Damit könne der Unterschied zwischen Arbeiterlohn und Unternehmergewinn aufgehoben und ihnen der volle Ertrag ihrer Arbeit zufließen. Da die eigene Kraft der Arbeiterschaft dazu nicht ausreiche, müsse der Staat „fördernd und entwickelnd“ mit Krediten eingreifen und so werde aus dem „liberalen Nachtwächterstaat“ ein „sozialer Staat“. Lassalle sah den Staat als eine positive Organisationsform der Gesellschaft. Dagegen begriff Karl Marx (1818 bis 1883) den Staat vor allem als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse. ^[19]

¹⁸ Wie Anm. 5 (Arbeiterbildungsverein).

¹⁹ Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD, Bonn, 1983, S. 31-32.

Die Jahre nach Lassalle (ab 1864)

„Maingauverband“ der Arbeiterbildungsvereine weiterhin aktiv

Obwohl der „Maingauverband“ der Arbeiterbildungsvereine Ende 1864 im Sinne der „Lassalleaner“ umfunktioniert und damit eines Teils seiner Mitglieder beraubt worden war, konnte der ADAV diese nicht völlig verdrängen. So bestanden die örtlichen Arbeiterbildungsvereine auch dort fort, wo der ADAV die politische Führung der Arbeiterschaft übernommen hatte. Ausgerechnet der Offenbacher Arbeiterbildungsverein entsandte bis 1868 fast regelmäßig Delegierte zu den Vereinstagen des VDAV und stellte zwei Jahre lang mit Lachmann ein Mitglied des ständigen Ausschusses.

Am 16. Juli 1865 hielt der „Maingauverband“ der Arbeiterbildungsvereine, der sich wenige Monate zuvor neu gebildet hatte und dem die Vereine von Darmstadt, Offenbach, Hanau, Rüsselsheim, Ober-Ramstadt und Reinheim angehörten, in Darmstadt unter dem Vorsitz von Lachmann einen Arbeitertag ab. Die große Mehrzahl der etwa 100 Anwesenden sollen Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins aus Reinheim gewesen sein. Auf der Versammlung wurde eine Resolution verabschiedet, die die Vereinigung mit den „Lassalleanern“ zum Ziel hatte. ^[20]

Auf einer weiteren Versammlung des „Maingauverbandes“ am 26. November 1865 in Offenbach brachten einige Darmstädter Mitglieder einen Antrag ein, der erneut eine Verständigung mit der „lassalleschen Partei“ sowie das allgemeine und direkte Wahlrecht zum Inhalt hatte. ^[21] Die letzte Forderung und die nach geheimer Stimmabgabe waren immer wieder Themen der weiteren Arbeitertage. Auf einem Treffen am 11. Februar 1866 in Offenbach war ein Tagesordnungspunkt ein Vortrag über den „Stand der Odenwälder Vereine“; anscheinend kam es, möglicherweise aus Zeitgründen, nicht dazu oder er war dem „Offenbacher Intelligenzblatt“ nicht wichtig genug, darüber zu berichten. ^[22] Einige Monate später, am 13. Mai 1866, wurde auf dem folgenden Verbandstag in Darmstadt die Forderung die Wahlen betreffend — wie bereits von den „Lassalleanern“ seit Jahren propagiert (*siehe Abschnitt „Allgemeiner Deutsche Arbeiterverein [ADAV]“ weiter vorne*) — durch eine Resolution bekräftigt; es sollen 16 bis 18 Vereine vertreten gewesen sein. ^[23]

Danach wurde es zunächst etwas ruhiger um den „Maingauverband“ der Arbeiterbildungsvereine. Ob die Berichterstattungen in den Zeitungen nachgelassen oder die Aktivitäten abgenommen haben, konnte nicht geklärt werden, zu vermuten ist Letzteres. Denn zumindest der Offenbacher Arbeiterbildungsverein war weiterhin über viele Jahre hinweg noch sehr rege, veranstaltete teilweise wöchentlich Vorträge und hielt Versammlungen ab. Themen

²⁰ Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 21.7.1865. Albrecht Eckhardt: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860 - 1900, Sonderdruck 1976: S. 196. Wie Anm. 7 (Beier): S. 134.

²¹ Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 1.12.1865

²² Offenbacher Intelligenzblatt vom 14.2.1866.

²³ Aschaffener Zeitung vom 2.5.1866. Starkenburger Provinzial-Anzeiger (SPA) vom 18.5.1866.

waren u. a. Physik und Chemie, deutsche und französische Geschichte, Wärmelehre, andere Länder und Kulturen usw.

Zu den Vortragenden gehörte mitunter Leopold Sonnemann, der beispielsweise über die „Internationale Arbeiter-Assoziation“ (IAA; 1864 von Karl Marx in London gegründet) referierte. ^[24] Allerdings ließen seine Aktivitäten in der Frankfurter Arbeiterbewegung nach. Im September 1868 wirkte er, wie bereits erwähnt, bei der Gründung der linksliberalen Deutsche Volkspartei mit, die keine sozialdemokratische Entwicklung mitmachen wollte. Im gleichen Monat war er aber auch Delegierter auf dem 5. Vereinstag des VDAV in Nürnberg. Dort wandte sich die Gesamtleitung der Arbeiterbildungsvereine unter dem Einfluss von Wilhelm Liebknecht (1826 bis 1900) und August Bebel der sozialdemokratischen Bewegung zu und Sonnemann unterstützte diesen Verlauf tatkräftig. Auch nahm er später beim Eisenacher Kongress lebhaft an den Diskussionen teil (*siehe dort*). Zeitzeugen fragten: „War Sonnemann wirklich Sozialdemokrat oder kapitalistische Wache im sozialdemokratischen Lager?“ ^[25]

Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP)

Auf dem eben genannten Vereinstag des VDAV in Nürnberg im Jahre 1868 hatte Bebel den bisherigen Vorsitzenden Dr. Max Hirsch (1832 bis 1905) abgelöst und sofort mit einer lebhaften



**Abbildung 5: Gedenkstätte „Goldener Löwe“,
Gründungskongress der SDAP in Eisenach**
(Quelle: eigenes Foto)

Politisierung der Vereine begonnen. Eine von Bebel geleitete Mehrheit bekannte sich zu sozialdemokratischen Grundsätzen, was zu einem Bruch zwischen den liberal-bürgerlichen und sozialdemokratischen Anhängern im VDAV führte. Letztere waren die Basis der am 8. August 1869 in Eisenach gegründeten „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) und bildeten die zweite überregionale Arbeiterpartei. Die Anhänger der SDAP rekrutierten sich aus mittel- und süddeutschen Arbeitervereinen, ehemaligen Anhängern der „Sächsischen Volkspartei“ und unzufriedenen Mitgliedern des ADAV.

²⁴ Bis 1870 waren regelmäßig Anzeigen des Offenbacher Arbeiterbildungsvereins im „Offenbacher Intelligenzblatt“ zu finden.

²⁵ Wie Anm. 7 (Beier): S. 140-141.

Zum Auftakt des Gründungskongresses im Saale des Gasthauses "Goldener Löwe" (heute Gedenkstätte) in Eisenach kam es mit den — so im Protokoll genannten — „Schweitzerianern“ zu erregten Diskussionen und Störversuchen, die in Tumulte übergingen. ^[26] Ruhe kehrte erst ein, „nachdem ein Schluss der Geschäftsordnungsdebatte“ durchgesetzt werden konnte. Um Beeinträchtigungen gegnerischer „Schweitzerianer“ anderentags auszuschließen, wurde der Kongress kurzfristig in das Hotel „Zum Mohren“ verlegt. Zutritt in den "Mohren" hatten nur Delegierte mit über Nacht neu ausgestellten gelben Stimmkarten. Damit war der Weg frei für das eigentliche politische Ziel, eine sozialdemokratische Arbeiterpartei zu gründen. ^[27]



Abbildung 6: Hotel „Zum Mohren“, Eisenach, ca. 1900

(Quelle: Gedenkstätte „Goldener Löwe“)

Programmatisch unterschied sich, wie immer betont wurde, die SDAP nur unwesentlich vom ADAV. Vielmehr war die Frage der Organisation und Vereinsführung (ADAV: zentralistisch; SDAP: von unten nach oben) das Haupthindernis einer raschen Einigung. Ebenso spielten aktuelle Probleme eine Rolle. Die SDAP vertrat einen föderalistisch-großdeutschen Kurs und lehnte eine Reichseinigung von oben durch die preußische Machtstaatspolitik als Zwangseinheit ab. Dagegen setzen die „Lassalleaner“ auf die preußische Karte und hofften bei der Bekämpfung ihres Hauptfeindes, des liberalen Bürgertums, auf die Unterstützung Bismarcks.

Bebel und Liebknecht waren, wie weiter zu sehen sein wird, von tiefer Abneigung gegen die „Blut- und Eisenpolitik“ Bismarcks geprägt. Außerdem sah sich die SDAP als Zweig der internationalen Bewegung. ^[28]

Anfangs stritten „Lassalleaner“ und „Eisenacher“, benannt nach dem Gründungsort, heftig um die Vorherrschaft in der aufstrebenden Arbeiterbewegung. Vor allem über ihre Presseorgane tauschten die beiden Parteien Beschimpfungen und Beleidigungen aus. Inwieweit der Offenbacher ADAV von den Auseinandersetzungen mit der SDAP beeinflusst bzw. verschont geblieben war, darüber gehen die Meinungen bis heute auseinander. In Offenbach und Um-

²⁶ „Schweitzerianer“: ADAV-Mitglieder und (offensichtlich ergebenste) Anhänger Johann Baptist von Schweitzers. Im Protokoll wurden als Delegierte zugelassene ADAV-Mitglieder den „Lassalleaner“ zugeordnet.

²⁷ Ralf Roth: Der Eisenacher Kongress, August-Bebel-Gesellschaft e. V., Eisenach, vermutlich Anfang 2000er-Jahre, S. 16-18. Protokoll über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Sozial-Demokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869, fotomechan. Nachdr. d. Ausg. Leipzig (DDR), 1869, Berlin, 1989, S. 8-14. Das Hotel „Zum Mohren“ in Eisenach wurde bereits vor dem 2. Weltkrieg abgerissen.

²⁸ SPA vom 14.8.1869. Wie Anm. 19 (Miller/Potthoff): S. 36 ff. Bismarck wollte die deutsche Einheit durch „Blut und Eisen“ herbeiführen. Sozialdemokraten wie Bebel und Liebknecht forderten die friedliche Vereinigung Deutschlands „in einer demokratischen Staatsform“. Den militärischen Sieg Preußens über Österreich im Juli 1866, den die Herrschenden als Schritt zur nationalen Einheit feierten, verurteilten sie als „nationales Unglück“ (Vorwärts Extra, Jubiläums-Sonderheft 02/2013, S. 100).

gebung wurde bei öffentlichen Arbeiterversammlungen, bei denen Anhänger beider Richtungen vertreten waren, zuweilen doch ausdrucksstark, manchmal auch handgreiflich argumentiert. ^[29]

Als unmittelbare Folge der Gründung der SDAP löste sich der gesamte VDAV bereits am 9. August 1869 auf und die meisten Arbeiterbildungsvereine traten der neu gegründeten Partei bei. Die Arbeiterbildung sollte von nun an in den sozialdemokratischen Vereinen immer mehr zurücktreten und bis zum Ende des Sozialistengesetzes keine entscheidende Rolle mehr spielen. Einige der liberalen Arbeiterbildungsvereine blieben allerdings bestehen, auch der „Maingauverband“, der sich später umbenannte. ^[30]

In den hiesigen Arbeiterbildungsvereinen war es im Vorfeld des Eisenacher Kongresses bereits zu einer Diskussion gekommen, diese in sozialdemokratische, d. h. in politische Vereine umzuwandeln. Vor allem Sonnemann (Frankfurt a. Main), der Delegierter in Eisenach war, aber vorzeitig abreiste, setzte sich vehement dafür ein, allerdings vergebens. Dagegen war u. a. der Offenbacher Verein mit Lachmann. Auch nach der Gründung der SDAP führten Diskussionen bei Treffen von einigen Arbeiterbildungsvereinen (Frankfurt, Offenbach, Hanau und Darmstadt und weiteren) zu keinem Umdenken. ^[31]

Aus dem Wahlkreis Offenbach-Dieburg hatte niemand den Kongress-Aufruf im „Demokratischen Wochenblatt“ vom 17. Juli 1869 ^[32] unterzeichnet. Allerdings waren Hessen-Darmstadt und das Rhein-Main-Gebiet durch zahlreiche Delegierte vertreten. Besonders stark repräsentiert waren die Mainzer Gewerkschaften, aber auch aus Darmstadt, Wiesbaden und Frankfurt a. Main nahmen Arbeitervertreter an dem Kongress teil. Friedrich [Fritz] Ellner (1834 bis 1910), einer der Opponenten im ADAV, 1868 noch ADAV-Vorstandsmitglied und jahrelanger ADAV-Bevollmächtigter in Frankfurt a. Main, vertrat neben der dortigen Ortsgruppe auch einen Arbeiterverein aus Mühlheim a. Main; in Eisenach wurde er in die Mandatsprüfungskommission gewählt. Der hiesige Wahlkreis war dann nur noch durch Wilhelm Müller aus Bieber vertreten, den dortigen mehrjährigen ADAV-Bevollmächtigten. Auch er dürfte kein „linientreuer ‚Schweizerianer‘“ gewesen sein. ^[33]

Bereits im September 1869 meldete das „Demokratisches Wochenblatt“ in einem Artikel, dass sich in Mühlheim a. Main eine SDAP-Mitgliedschaft gegründet hatte. In Offenbach gab es zunächst nur eine kleine Fraktion der „Eisenacher“, erst etwa im Oktober 1871 etablierte sich dort eine Organisation der SDAP. ^[34] Weitere Ortsgruppen existierten in Neu-Isenburg und Sprendlingen. Dessen ungeachtet hatten die „Lassalleaner“ im Wahlkreis Offenbach-Dieburg bis zur anstehenden Reichstagswahl 1874 das Heft der Agitation und der Kandidatenaufstellung fest in ihrer Hand.

²⁹ Social-Demokrat vom 15.6.1870.

³⁰ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 208-209, 215.

³¹ Demokratisches Wochenblatt vom 29.9.1869.

³² Demokratisches Wochenblatt vom 17.7.1869.

³³ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 213-214. Wie 27 (Protokoll): S. 76-82. Toni Offermann: Die erste deutsche Arbeiterpartei. Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863 – 1871, Bonn, 2002, CD-ROM, S. 622, mehrere Aufstellungen über Bevollmächtigte, in denen auch W. Müller zu finden ist.

³⁴ Demokratisches Wochenblatt vom 18.9.1869. Der Volksstaat vom 2.12.1871, 6.12.1871.

Offenbach wird zu einer Hochburg des ADAV

Die fortschreitende Industrialisierung Offenbachs bot der Bevölkerung der Stadt und auch dem Umland viele Arbeitsplätze. Teilweise mit Fuhrwerken, mehr noch stundenlang zu Fuß, kamen Scharen von Arbeitern aus den umliegenden Ortschaften nach Offenbach. War der Weg zu weit, wohnten viele die Woche über in der Nähe oder direkt in ihrem Betrieb. ^[35] In den Fabriken, bei den Eisenbahnen, im Straßenbau und im Baugewerbe erhofften sich die Menschen eine Verbesserung ihrer Situation. Die Folge war allerdings, dass die Landwirtschaft Mitte der 1860er-Jahre im Kreis Offenbach einen Mangel an Arbeitskräften zu beklagen hatte. ^[36]

Die zunehmende Arbeiterschaft und die Orientierung hin zu Lassalle führten dazu, dass sich der ADAV in Offenbach mehr und mehr entwickeln konnte und bis etwa 1867, neben Frankfurt a. Main, zu einer Hochburg wurde. Ausgangspunkt war sicherlich die bereits beschriebene Übernahme des Maingau-Komitees durch die zahlenmäßig überlegenen „Lassalleaner“ im November bzw. Dezember 1864 (*siehe Unterabschnitt „Arbeiterbildungsvereine im Rhein-Main-Gebiet“ weiter vorne*).

Im Jahr darauf lud der ADAV mittels einer Anzeige im „Offenbacher Intelligenzblatt“ vom 28. Mai 1865 — möglicherweise die erste ihrer Art — die Mitglieder zu einer Versammlung ein. Einziger unverfänglicher Tagesordnungspunkt war die „Berichterstattung über die Feier des Stiftungsfestes in Frankfurt a. Main“. Als Verantwortlicher für die Annonce zeichnete C. Klein ^[37], sogenannter und erstmals namentlich erwähnter Bevollmächtigter (vergleichbar mit: Vorsitzendem). Dieser war es auch, der knapp zwei Monate später im Namen eines „Agitations-Komitees“ die Arbeiter des „Maingaus“ zu einem Besuch einer großen Arbeiterversammlung am 23. Juli 1865 in Offenbach „dringend“ aufforderte. Angeboten wurden Vorträge über „die Mittel zur Hebung der arbeitenden Klassen und die gegenwärtige Arbeiterbewegung“.

Für den 15. Oktober 1865 wurden die Arbeiter Offenbachs und der Umgebung von einem Komitee zu einer „freien“ Arbeiterversammlung aufgerufen: „Säumet nicht, denn es gilt Euer Interesse!“ Thema war ein Paragraf des hessischen Fabrikregulativs, wonach Arbeiter eine Kündigungsfrist von 14 Tagen einhalten mussten, Arbeitgeber dagegen Beschäftigte jederzeit ohne Entschädigung entlassen konnten. Diese — milde ausgedrückt — „Ungleichheit“ hatte bereits zu mehreren Beschwerden und Klagen geführt. Die Versammlung unter der Leitung von [Karl] Freundsuh beschloss einstimmig, das Großherzogliche Kreisamt bzw. das Ministerium um Streichung dieses Paragrafen zu ersuchen. Ziel war die völlige Gleichstellung

³⁵ Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main. Industrialisierung: https://www.offenbach.de/microsite/haus_der_stadtgeschichte/stadtgeschichte/industrialisierung/industrialisierung.php (abgerufen: 10.3.2024).

³⁶ Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 12.5.1865.

³⁷ Wahrscheinlich handelte es sich bei ihm um Carl (auch Karl) Klein aus Elberfeld, der ca. 1841 geboren wurde und von Beruf Musterzeichner im Schuhmachergewerbe war. 1866-1869 war er einer der führenden Agitatoren des ADAV, 1868-1871 Bevollmächtigter der „Lassalleaner“ in Elberfeld, Delegierter auf Generalversammlungen und 1867-1870 Vorstandsmitglied (wie Anm. 33 [Offermann]: CD-ROM, S. 630). C. Klein könnte die Offenbacher Genossen, wie damals üblich, anfangs unterstützt haben.

von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Zahlreiche Arbeiter aus Offenbach, Frankfurt und Hanau hatten der Veranstaltung beigewohnt.^[38] Im gleichen Jahr (30. November/1. Dezember 1865) vertrat Freundsuh^[39] Offenbach auf der Generalversammlung des ADAV in Frankfurt a. Main.^[40]

Der ADAV, der seine Anhängerschaft anscheinend über Inserate im „Offenbacher Intelligenzblatt“ informierte und mobilisierte, lud zu einer weiteren „freien“ Arbeiterversammlung für den 29. April 1866 im Gasthaus „Zum grünen Baum“ in Offenbach ein. Autorisiert war die Einladung von einem „Agitations-Komitee des Maingaus“. Ausdrücklich war das „Erscheinen prinzipieller Gegner sehr erwünscht“. Themen der Versammlung waren u. a. die verschiedenen Wahlrechte sowie die Lage des Arbeiterstandes.^[41]

Am 4. November 1866 fand in Offenbach eine Versammlung statt, die vom Bevollmächtigten Weinert wegen anfänglich schlechter Beteiligung erst verspätet eröffnet werden konnte. G gesprochen wurde über die vergangenen kriegerischen Auseinandersetzungen (Preußisch-Österreichischer Krieg 1866), die die Arbeiterschaft bedrückten und beschäftigten.^[42] Teile der „Lassalleaner“ waren anfangs gegen die preußische Politik und die von ihr ausgehende Bedrohung. Später unterstützten die Führer des ADAV mehr oder minder offen die preußische Seite.^[43]

Auf der Generalversammlung des ADAV am 27. Dezember 1866 in Erfurt wurden Beschlüsse gefasst, die die örtliche Organisation auf einer Arbeiterversammlung am 13. Januar 1867 in Offenbach nochmals erörterte. Erneut wurde die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung gefordert. Für die staatlichen Volksvertreter wurden Diätenzahlungen für notwendig erachtet.^[44] Ehrensache sei, so die versammelten Arbeiter, trotz ihrer schwierigen Lage Abgeordnete aus ihren Reihen finanziell zu unter-

³⁸ Offenbacher Intelligenzblatt vom 28.5.1865, 22.7.1865, 14.10.1865, 17.10.1865.

³⁹ Karl (auch Carl) Freundsuh, von Beruf Buchbinder, geboren ca. 1840 in Miltenberg/Bayern, leitete von September 1865 an als Bevollmächtigter die Ortsgruppe Offenbach, danach provisorisch die neu gegründete ADAV-Organisation in Oberrad. Nach dem Militärdienst agitierte er ab Anfang April 1868 zunächst für den ADAV. Wegen Differenzen mit Schweitzer wechselte er im November 1868 zum LADAV und agitierte nun für diesen intensiv in Sachsen und im Rheinland. Seine Kritik am Einfluss der Gräfin Hatzfeldt führte Mitte 1869 zum Ausschluss. Freundsuh war Mitbegründer des SDAP-nahen „Chemnitzer LADAV“, dessen erster Präsident er wurde. Kurze Zeit später setzte er sich für die Vereinigung von ADAV und Arbeiterbildungsvereinen (= SDAP) ein und gehörte zu den Mitunterzeichnern des Aufrufs zum Eisenacher Kongress. Im April/Mai 1870 stieß er endgültig zur SDAP (wie Anm. 33 [Offermann]: Buch, S. 199). (*Hintergründe zum LADAV werden kurz im Abschnitt „Dieburger ADAV wechselt zum LADAV“ in diesem Kapitel beleuchtet.*)

⁴⁰ Wie Anm. 33 (Offermann): Buch, S. 199.

⁴¹ Offenbacher Intelligenzblatt vom 29.4.1866. Anzunehmen ist, dass im „Social-Demokrat“, dem Organ des ADAV, über weitere Versammlungen und Veranstaltungen des ADAV in Offenbach berichtet wurde. Die Ausgaben aus der 1. Hälfte des Jahres 1865 liegen jedoch nicht in digitaler und somit leicht zugänglicher Form vor; bei Bestandsexemplaren der Folgezeit fehlten mitunter (für obige Recherche wichtige) Seiten oder Berichte wurden verdeckt (geschwärzt).

⁴² Social-Demokrat vom 9.11.1866. Über Weinert liegen keine weiteren Informationen vor.

⁴³ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 197.

⁴⁴ Diäten für Abgeordnete des Reichstags wurden in Deutschland erst 1906 eingeführt. Machtpolitische Gründe, vor allem zum Nachteil der Sozialdemokratie, verhinderten zunächst die Gewährung von Diäten.

stützen. Weitere Punkte betrafen die deutsche Vereinigung und die Lösung der „Sozialen Frage“. ^[45]



Abbildung 7: Johann Baptist von Schweitzer (ca. 1872)

(Quelle: AdsD der FES, 6/FOTA074519;
Rechte: gemeinfrei/AdsD)

Mit der Wahl Johann Baptist von Schweitzers zum Präsidenten des ADAV, die am 19. und 20. Mai 1867 in Braunschweig stattfand, wurde der Verein reorganisiert. Beschlossen wurde u. a., fortan eine Liste der Orte, an denen der Verein Mitglieder hatte, zu veröffentlichen und die Bevollmächtigten namentlich zu benennen. Damit sollten die Bevollmächtigten wieder fester an die Zentrale gebunden und eine korrekte Beitragsablieferung garantiert werden. In der Aufstellung vom 20. Juli 1867 war aus dem Wahlkreis Offenbach-Dieburg — bestehend aus den damaligen Kreisen Offenbach und Dieburg — lediglich Offenbach gelistet; Bevollmächtigter war der Modellschreiner Gottfried Andreas Schulze. ^[46]

Dieser war es auch, der für die an verschiedenen Tagen im Februar und März 1868 im Großherzogtum Hessen abgehaltenen Zollparlamentswahlen für die „Lassalleaner“ im Wahlkreis Offenbach-Dieburg als Kandidat ins Rennen ging. Schulze erhielt immerhin 626 (gleich 4,2 %) von 14.970 gültigen Stimmen, mehr als die Hälfte (381) davon in Offenbach. Außerdem kandidierten der nationalliberale Fabrikant August Kugler (1824 bis 1892) aus Offenbach, der katholisch-konservative Philipp Hugo Franz Maria Freiherr Wambolt (1828 bis 1887) von Umstadt und der altliberale Ökonomierat Dr. Adolph Krämer (1832 bis 1910) aus Darmstadt. Die Wahl gewann Kugler, auf den 8.779 (gleich 58,6 %) der Stimmen entfielen. Für Wambolt votierten 4.113 (27,5 %) und für Dr. Krämer 1.452 (9,7 %) Wähler. ^[47]

Nachfolger von Schulze als Bevollmächtigter des Offenbacher ADAV wurde ab Anfang August 1868 Jacob Preiß, der im „Offenbacher Intelligenzblatt“ am 25. September 1868 zur „letzten Mitglieder-Versammlung“ einlud. ^[48] Hintergrund war die Auflösung des ADAV durch die Leipziger Polizeibehörde eine Woche zuvor, weil dieser trotz Verbots Zweigvereine gegründet hatte. Schon am 10. Oktober 1868 wurde in Berlin erneut eine sozialdemokratische Vereinigung unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“ ins Leben gerufen. Dies

⁴⁵ SPA vom 18.1.1867. Soziale Frage: umfasste die sozialen Probleme, die im 19. Jahrhundert durch die industrielle Revolution entstanden; dazu gehörten Armut, Wohnungsknappheit, Arbeitslosigkeit und miserable Arbeitsbedingungen. Vor allem die Arbeiterschaft war davon betroffen.

⁴⁶ Wie Anm. 33 (Offermann): Buch, S. 158-159; CD-ROM, S. 28-29. Schulze dürfte der erste „offiziell ernannte“ Bevollmächtigte Offenbachs gewesen sein.

⁴⁷ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 201, 206-207: Zollparlament, gewählt nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht; bestand aus dem Reichstag des Norddeutschen Bundes sowie Vertretern der nicht zum Bund gehörenden Staaten und Landesteilen. Ergebnisse: Pfälzer Zeitung vom 25.3.1868. Allgemeine Zeitung vom 26.3.1868.

⁴⁸ Offenbacher Intelligenzblatt vom 25.9.1868.

war für Preiß Anlass, am 13. Oktober 1868 in der gleichen Zeitung zu einer „freien Arbeiter-versammlung“ im Saal „Zum Storch“ nach Offenbach aufzurufen. An die Mitglieder des aufgelösten Vereins sowie die gesamte Arbeiterschaft Offenbachs wurde appelliert, sich zahlreich in die Listen des neuen Vereins „einzeichnen“ (eintragen) zu lassen und dass bis zum 20. des Monats das Eintrittsgeld nur zwei Kreuzer betrage. ^[49]

Der ADAV-Präsident Schweitzer, der den ADAV bis zum 30. Juni 1871 fast diktatorisch ^[50] führte, veröffentlichte im „Social-Demokraten“ in zeitlichen Abständen die vorgenannten Aufstellungen. Neben den Namen der Bevollmächtigten waren, nach der Neugründung des ADAV im Oktober 1868, außerdem die der Beitragssammler (Rechner, Kassierer) und Revisoren pro Ort zu finden. Ergänzt wurden diese mit dem Hinweis: „Ich ernenne die in folgender Tabelle genannten Personen für die bezeichneten Orte.“

Zu einer geschlossenen Mitgliederversammlung für den 30. Januar 1869 lud der Bevollmächtigte des ADAV — der Name wurde nicht genannt — erneut in den Saal „Zum Storch“ nach Offenbach ein. Einziger Punkt auf der Tagesordnung war die Neuwahl des Präsidiums. Vermutlich wurde Herrmann Haustein (1846 bis 1901) dort als Bevollmächtigter gewählt bzw. vorgeschlagen. Seine Ernennung zusammen mit B. Mackert (Beitragssammler) und sowie Hahn, Leonhard [vermutlich Schäfer] und Kaufmann (Revisoren) durch Schweitzer erfolgte erst im Mai 1869. ^[51] Wohl deshalb wurde zu den nächsten Versammlungen des ADAV nicht von einem offiziellen Bevollmächtigten eingeladen. Vielmehr deklarierten die unterzeichnenden Personen, unter ihnen Haustein und Preiß, eindeutig den nichtförmlichen bzw. proviso-rischen Charakter ihrer Funktion. Überhaupt wurden die von der Offenbacher ADAV-Ortsgruppe anberaumten Versammlungen in den nächsten Monaten seltener. Ein Höhepunkt war noch das Stiftungsfest des ADAV am 13. Juni 1869, für das Eintrittskarten in der Gastwirtschaft „Zur Stadt Köln“ des Herrn Preiß zu bekommen waren. ^[52]

In der Ausgabe vom 24. Oktober 1869 waren unter Offenbach als Bevollmächtigter nun M. Reitz, als Beitragssammler B. Mackert und als Revisoren Mertens, Heuser und Haustein gelistet. Nicht geklärt werden konnte, wie dieses Gremium zustande kam. Denn Reitz gehörte zwar zu den aktiveren Genossen, war aber beispielsweise lediglich bei den Zigarrenarbeitern in Erscheinung getreten. Wohingegen die anderen Genannten durch ihre zahlreichen Teilnahmen an Versammlungen bzw. Funktion der Arbeiterschaft weitgehend bekannt gewesen sein dürften.

In der Ausgabe des „Social-Demokraten“ vom 18. Februar 1870 war in der Ernennungsliste des ADAV-Präsidenten als Bevollmächtigter von Offenbach erstmals Johannes Stürtz (1839

⁴⁹ Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein: in Wikipedia; <https://w.wiki/BfHJ> (abgerufen: 12.2023). Offenbacher Intelligenzblatt vom 13.10.1868. Ein Bier kostete zu jener Zeit im Gasthaus vier Kreuzer. Das „Entrée“ für einen Abend mit Tanzmusik betrug sechs Kreuzer.

⁵⁰ Wie Anm. 33 (Offermann): Buch, S. 121. Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 210. In den genannten Quellen wird von diktatorischem Führungsstil und Verhalten Schweitzers sowie teilweise Protesten dagegen berichtet.

⁵¹ Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 43-47, 464. Offenbacher Delegierter auf der ADAV-Generalversammlung in Barmen Ende März 1869 war der gebürtige Wiesbadener Philipp Zollinger (1838-1888), der dann aber bald zur SDAP wechselte.

⁵² Offenbacher Intelligenzblatt vom 30.1.1869, 6.3.1869, 14.3.1869, 11.6.1869.

bis unbekannt) aufgeführt. Beitragssammler war erneut B. Mackert, unter Revisoren waren nun Bauer, Lißberger und Renner vermerkt. Stürtz führte die Offenbacher ADAV-Organisation die folgenden Jahre (vermutlich bis Mitte 1873).^[53]

Einige der Protagonisten des Offenbacher ADAV

Johannes Stürtz, Herrmann Haustein und Adam Heuser gehörten zu den Männern, die bis Mitte der 1870er-Jahre in Offenbach und seinem Umland bis hinein in den Kreis Dieburg für den ADAV und die Sozialdemokratie agitierten. In dem Zusammenhang genannt werden muss auch Wilhelm Wolf, über den hier auch noch zu berichten sein wird. Weitere Mitglieder des Offenbacher ADAV — sicherlich Jacob Preiß und B. Mackert, vermutlich auch Mertens — waren in der hiesigen Gegend auf Agitationstour unterwegs; über sie wurden keine Details recherchiert bzw. konnten nicht ermittelt werden. Sie haben aber genauso ihren Beitrag geleistet.

Johannes Stürtz

Ab 1869 machte sich der in Schlitz am 23. März 1839 geborene und wahrscheinlich vor 1862 nach Offenbach zugezogene Johannes Stürtz einen Namen in der Arbeiterschaft. Bei seiner Vermählung mit Wendelina Gerhard in Offenbach am 3. Januar 1864 gab er als Beruf Fabrikarbeiter an; möglicherweise war er Maschinenführer. Einige Jahre danach empfahl er sich in einer Anzeige als Uhren- und Büchsenmacher. Als Geschäftsadresse wurde zunächst seine Wohnung in der Gasse Kleiner Biergrund 17, Hinterhaus 1, Stiege hoch, genannt. Später hatte er einen Laden im Kleinen Biergrund 2, den er auch für Agitationszwecke nutzte.^[54]

Stürtz brachte es mit seinem energischen und offenbar sehr durchsetzungsfähigen Charakter sowie seinem enormen Einsatz bei den „Lassalleanern“ bis zur Kandidatur für den Reichstag 1874 im Wahlkreis Offenbach-Dieburg^[55] — und zu mehreren Festnahmen.

Richtig aufmerksam dürfte die Arbeiterschaft auf ihn geworden sein, als er anlässlich einer sogenannten „Volksversammlung“ in Klein-Krotzenburg im August 1869 „mit Begeisterung über die Arbeiterfrage“ sprach.^[56] Bereits im September war er zusammen mit Haustein und

⁵³ Social-Demokrat vom 24.10.1869, 14.7.1869, 18.2.1870. Die Übersichten enthielten Mehrfachnennungen und Unplausibilitäten. Gründe dafür waren einerseits die Schwierigkeit der Konstituierung gerade kleinerer Ortsgruppen und die Voreiligkeit der Gründungsmeldungen durch Agitatoren, andererseits die Ungereimtheiten in der Vereinsverwaltung, die stellenweise den Überblick verlor (wie Anm. 33 [Offermann]: CD-ROM, S. 36).

⁵⁴ Johannes Stürtz, siehe unter Stürtz-20 (nach einem Hinweis von Artur Fehr, Neu-Anspach; E-Mail vom 16.5.2024: in WikiTree; <https://www.wikitree.com/wiki/St%C3%BCrz-20> [abgerufen: 17.5.2024]). Offenbacher Intelligenzblatt vom 19.2.1870. Wie Anm. 12 (Kaul): S. 37. Haus der Stadtgeschichte, Museum und Archiv, Stadt Offenbach am Main (E-Mail von Lukas Svatek-Storch vom 14.2.2024): Dort wurde als Ladenadresse Markt 7 angegeben. Mitunter wurde er in Berichten auch als Johann Stürtz oder Stürtz bezeichnet.

⁵⁵ Das Großherzogtum Hessen hatte insgesamt neun Wahlkreise. Dieburg gehörte von 1871 bis 1918 zum Wahlkreis 5 (Offenbach-Dieburg), Darmstadt zum Wahlkreis 4 und der Odenwald zum Wahlkreis 6 (Liste der Reichstagswahlkreise des Deutschen Kaiserreichs: in Wikipedia; <https://w.wiki/BfST> ([abgerufen: 11.2023])).

⁵⁶ Social-Demokrat vom 22.9.1869.

weiteren Genossen in Dieburg (*siehe dazu Abschnitt „ADAV versucht 1869 in Dieburg Fuß zu fassen“*). In der Ausgabe des „Offenbacher Intelligenzblattes“ vom 21. Oktober 1869 erschien erstmals eine mit dem Namen Stürtz versehene Einladung zu einer großen Volksversammlung im Gasthaus „Zum Schwanen“ in Offenbach. Einziger Tagesordnungspunkt war das allgemeine und direkte Wahlrecht, eine der grundlegenden Forderungen des ADAV. Zu Beginn des Jahres 1870 tauchte Stürtz bereits in den Anzeigen des ADAV auf. Schon wenige Wochen später, im Februar 1870, wurde er als Bevollmächtigter von Offenbach gelistet. 1871/1872 gehörte dem Vorstand des ADAV an, war von 1871 bis 1873 Delegierter zu dessen Generalversammlungen und verdiente 1873 als bezahlter Agitator seinen Unterhalt. ^[57]

Offenbar war Stürtz dabei in seinem Element, denn Reden „in kräftiger Weise“ ^[58] und zahlreiche Auftritte auf Versammlungen mit teilweise mehreren hundert Teilnehmern in und um Offenbach folgten. Mit von der Partie bei solchen Veranstaltungen waren zeitweilig auch Herrmann Haustein und Adam Heuser sowie weitere Offenbacher Genossen. ^[59]

Zu Pfingsten 1870 organisierte Stürtz zusammen mit Haustein und mehreren Gleichgesinnten die „Große Main- und Rodgau-Arbeiterversammlung“ in Offenbach. Die Tagesordnung umfasste beispielsweise „die Lösung der ‚Sozialen Frage‘“. Eröffnet wurde die Versammlung durch den Gesangsverein „Lassallea“ ^[60] mit dem Lied „Lasst die rote Fahne wehen“. Etliche Redner ergriffen das Wort und forderten „gegen die Lauheit der Arbeiter“ zur „Einzeichnung“ (Eintritt) in den ADAV auf. „In nicht sehr schmeichelhaften Worten“ wurde außerdem der Herren Liebknecht und Bebel gedacht. ^[61]

Im Herbst 1870 wurden in Offenbach Sozialdemokraten verhaftet. Allerdings mussten sie wieder freigelassen werden, weil man ihnen keine strafbaren Handlungen nachweisen konnte. Unter den Freigelassenen befand sich auch Johannes Stürtz, ^[62] der „Bevollmächtigte des sozialdemokratischen Vereins Offenbach“. ^[63]

Am 13. August 1871 wurde er, zusammen mit Wolf und Heuser, auf einer Versammlung in Bieber erneut festgenommen. Was folgte, war eine Anklage wegen Hochverrats gegen Wolf und Heuser und dem ersten Sozialistenprozess im Großherzogtum Hessen. Stürtz kam seltsamerweise ziemlich ungeschoren davon. Die Hintergründe dafür blieben etwas im Unklaren. (*Weitere Details dazu sind im Abschnitt „Erster Sozialistenprozess im Großherzogtum Hessen“ beschrieben.*)

Der politischen Gegner sprang in den nächsten Jahren mit Johannes Stürtz, wie nicht anders zu erwarten, überaus ruppig um. Allerdings hatte er sich, auch wenn er bei Versammlungen

⁵⁷ Offenbacher Intelligenzblatt vom 21.10.1869, 14.1.1870, 25.3.1870. Social-Demokrat vom 18.2.1870. Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 138. Agitatoren wurden wie durchschnittlich verdienende Handwerker entlohnt (wie Anm. 33 [Offermann]: Buch, S. 90).

⁵⁸ Social-Demokrat vom 10.6.1870.

⁵⁹ Social-Demokrat vom 4.5.1870.

⁶⁰ Möglicherweise hieß der Gesangsverein auch „Lassallia“ oder „Lassalia“.

⁶¹ Social-Demokrat vom 19.6.1870.

⁶² Aschaffener Zeitung vom 21.10.1870.

⁶³ SPA vom 1.11.1870.

mitunter bejubelt wurde, im sozialdemokratischen Lager durchaus Kritiker und Feinde geschaffen. „Der Volksstaat“ bezichtigte ihn in einem Artikel als lächerlich und anmaßend; das Organ der SDAP hielt ihn schlichtweg für inkompetent.^[64] In den Reihen des ADAV war Stürtz, der „zum Abgeordneten nicht fähig ist“ und von einem Offenbacher Parteigenossen „geleithammelt“ würde, ebenfalls nicht unumstritten.^[65] Letztendlich dürfte Johannes Stürtz energisch seine eigene Kandidatur für den Reichstag 1874 verfolgt haben. Etwa ab Mitte 1874 war er tonangebender Initiator der Gründung der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“, auch wenn dies später oft Carl Ulrich zugeschrieben wurde. Mitte 1875 verschwand Stürtz allerdings ziemlich unrühmlich. (*Sein Wirken sowie seine Beteiligung an der Entstehung der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ werden weiter hinten ausführlich beschrieben.*)

Herrmann Haustein

Herrmann (August Otto) Haustein wurde am 17. Oktober 1846 in Dresden geboren und war Schlosser von Beruf. Es ist nicht bekannt, wann er genau nach Offenbach kam. Sein Aufenthalt in der Gegend dürfte etwas mehr als zwei Jahre betragen haben. Im Mai 1868 war Haustein maßgeblich an der „Gründung einer Mitgliedschaft“ in Bieber beteiligt. Auch erschien sein Name im Zusammenhang mit einer Einladung der „Allg. deutschen vereinigten Metallarbeiter-schaft“ in Offenbach Ende Oktober 1868.^[66] Zwei Monate später, im Dezember 1868, war Haustein unter den Revisoren der ADAV-Ortsgruppe Offenbach gelistet, im Mai 1869 als Bevollmächtigter.^[67] Er war bis 1870 Mitglied des im September 1869 bestätigten Vorstands des ADAV. Haustein gehörte zu den drei bezahlten Reiseagitatoren, die in der ersten Hälfte 1869 im Auftrag des ADAV-Präsidenten Johann Baptist von Schweitzer vor allem in Süd-deutschland unterwegs waren.^[68] Ab Oktober 1869 war Haustein außerdem Präsident der

⁶⁴ Der Volksstaat vom 17.2.1872.

⁶⁵ Der Volksstaat vom 24.8.1873: Gemeint war Adam Heuser; Zitate aus dem Protokoll einer Generalversammlung des ADAV.

⁶⁶ Wie Anm. 54 (Haus der Stadtgeschichte, E-Mail). Offenbacher Intelligenzblatt vom 20.10.1868.

⁶⁷ Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 39, 46.

⁶⁸ Reiseagitatoren waren neben Herrmann (auch Hermann) Haustein der Schuhmacher Wilhelm Kölsch (damals auch im ADAV-Vorstand und Präsident des „Allg. deutschen Schuhmachervereins“ [Social-Demokrat vom 1.8.1869]) aus Mainz und der Techniker Leonhard von Bonhorst (1840-1915) aus Wiesbaden (Offenbacher Intelligenzblatt vom 14.3.1869; Ankündigung Volksversammlung).

Über Bonhorsts Ausgaben sowie seine Vorstellungen über die Organisation des ADAV gab es Mitte 1869 Auseinandersetzungen, die zum Austritt Bonhorsts aus dem ADAV führten; er wandte sich Liebknecht und Bebel zu und war einer der Mitinitiatoren der Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) in Eisenach (Leonhard von Bonhorst: Wikipedia; <https://w.wiki/BfSg> [abgerufen: 10.3.2024]).

Kölsch wandte sich Anfang 1870 mitten in einer ADAV-Agitationstour vom ADAV ab und der SDAP zu; in der Zeit war er auch nicht mehr Präsident des Schuhmachervereins. Der Anlass für diesen Umschwung könnte die diktatorische Führung Schweitzers gewesen sein, möglicherweise spielten ideologische Hintergründe und/oder Geldangelegenheiten eine Rolle. Im „Der Volksstaat“ vom 2.12.1871 gab Kölsch die Gründung „einer Mitgliedschaft unserer Partei sechs Wochen zuvor“ in Offenbach (Kleiner Biergrund 22) bekannt, gemeint war die SDAP. Am 27.10.1875 meldet das Organ der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP bzw. SAPD), der „Neue Social-Demokrat“, dass Kölsch zum „Agenten“ für Offenbach ernannt worden sei. Er gehörte, zusammen mit Carl Ulrich, ab Mitte 1875 auch zu denen, die maßgeblich am „Überleben“ der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ beteiligt waren (wie Anm. 12 [Kaul]: S. 43, 59).

„Allg. deutschen vereinigten Metallarbeiterschaft“ (eine der ersten deutschen Gewerkschaften) und galt als „bekannter Gewerkschafter“, der sich vehement für Schweitzer engagierte. ^[69] Er war einer jener „jungen Männern“, die im September 1869 in Dieburg erstmals für den ADAV warben. ^[70] Mitte 1870 wechselte Haustein wieder nach Dresden in die Allaunstr. 86. ^[71] Grund dafür dürfte seine bevorstehende Hochzeit gewesen sein, die am 23. Oktober 1870 in der Kirche zu Neustadt-Dresden stattfand. In Sachsen war er weiterhin aktiv und setzte sich u. a. für die Einigung von ADAV und SDAP ein. Haustein verstarb am 9. Januar 1901 in Dresden. ^[72]

Adam Heuser

Adam Heuser (1836 bis 1885), von Beruf zunächst Handelsmann, der Messen und Märkte besuchte, dann als Zigarrenmacher seinen Lebensunterhalt verdiente, kam aus Groß-Steinheim und siedelte am 2. Juli 1861 nach Offenbach über. Er engagierte sich bei der Agitation in der Offenbacher Gegend, auch in Dieburg, und wirkte — wie auch immer — bei der Gründung der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ mit (*siehe dort*). Überregional bekannt wurde Heuser, weil er zusammen mit Wolf des Hochverrats angeklagt, jedoch im Januar 1872 freigesprochen wurde (*siehe Abschnitt „Erster Sozialistenprozess im Großherzogtum Hessen“*). Er war 1873 Offenbacher Delegierter auf der ADAV-Generalversammlung. Zusammen mit Stürtz war er das Haupt einer von zwei Offenbacher Fraktionen, die zu ADAV-internen Querelen führten. Dabei dürfte Heuser, dem auch von gegnerischer Seite ein großes Redetalent und eine "gewisse" Bildung bescheinigt wurden, den intellektuelleren Part übernommen haben. 1874 kandidierte Heuser für den Reichstag im damals bayerischen Wahlkreis Pfalz 1 (Ludwigshafen, Speyer, Frankenthal) — der hiesige Wahlkreis war ja an Stürtz „vergeben“ — und erhielt 4,4 % gleich 752 Stimmen. In Bayern hatten die „Lassalleaner“ sonst in keinem Wahlkreis einen Kandidaten aufgestellt. ^[73] Heuser, der am 6. Mai 1836 geboren wurde, verstarb am 14. März 1885 in Dresden. ^[74]

Wilhelm Wolf

Der am 22. Dezember 1844 in Büdingen geborene Wilhelm Wolf (1844 bis 1911) ^[75] war als ADAV-Agitator vor allem ab 1869 in verschiedenen Regionen Deutschlands unterwegs und

⁶⁹ Social-Demokrat vom 15.9.1869, 27.10.1869. Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 217.

⁷⁰ SPA vom 8.9.1869.

⁷¹ Social-Demokrat vom 3.7.1870.

⁷² Der Volksstaat vom 7.12.1872. Stadtarchiv Dresden (zwei E-Mails von Dr. Stefan Dornheim vom 29.4.2024).

⁷³ Wurde in vielen Berichten auch „Häuser“ geschrieben. Neuer Social-Demokrat vom 7.1.1874. Pfälzer Zeitung vom 15.1.1874 (Ergebnis).

⁷⁴ Wie Anm. 54 (Haus der Stadtgeschichte, E-Mail). Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 137.

⁷⁵ SPA vom 4.2.1871, 25.2.1871. „Der Volksstaat“ vom 17.2.1872 meldet für Wolf Wohnort Mühlheim. Die unterschiedlichen Wohnort-Angaben (Büdingen, Mühlheim a. Main, Steinheim a. Main) zu Wilhelm Wolf wurden den jeweiligen Quellen entnommen. Wie sie sich vermutlich eher ergeben haben könnten, wurde am Ende des Beitrags beschrieben. Die Stadt Mühlheim a. Main teilte auf Anfrage mit E-Mail vom 4.3.2024 mit, dass über Wilhelm Wolf weder im Archiv noch im Meldeamt Informationen vorlägen.

trat, zusammen mit Heuser, im Auftrag des Präsidenten des ADAV häufig als Redner auf Volksversammlungen auf. Sogar seine Gegner attestierten ihm ein „nicht zu bestreitendes Rednertalent und eine gewisse Schlagfertigkeit“ sowie „eine für seinen Stand ungewöhnliche Bildung“. ^[76] Aus politischen Gründen wurde er mehrmals in Sachsen, Preußen und Hessen inhaftiert. Beispielsweise brachte ihm eine Rede in Groß-Umstadt wegen Gotteslästerung und Beleidigung des Fürsten Bismarck 1877 eine sechsmonatige Gefängnisstrafe ein. ^[77]

1870 wurde Wolf in den ADAV-Vorstand gewählt. Auf der Vorstandssitzung am 2. Juli 1870 in Hannover wurden er und auch Preiß als geeignete Kandidaten für die Reichstags- bzw. Zollparlamentswahl auserkoren. Außerdem war er Delegierter auf mehreren ADAV-Generalversammlungen sowie als „Lassalleaner“ auf dem SDAP-Kongress in Stuttgart 1870 anwesend. Am 1. April 1874 wurde er Redakteur des Gewerkschaftsorgans "Die Union". ^[78]

Wilhelm Wolf galt bis etwa 1887 als einer der führenden Köpfe der hessischen Sozialdemokratie. Im Wahlkreis Offenbach-Dieburg stellte er sich 1871 als erster Sozialdemokrat auf Seiten der „Lassalleaner“ für den Reichstag zur Wahl und erzielte mit 18,9 % ein respektables Ergebnis (siehe Abschnitt „Reichstagswahlen 1871 bis 1878 – Ergebnisse im Wahlkreis Offenbach-Dieburg“ im Anhang). 1878, vermutlich auch schon 1872, wurde Wolf im Landtagswahlkreis Offenbach-Land (Groß-Steinheim-Seligenstadt) als Kandidat nominiert, obwohl er wegen verschiedener „Vergehen“ in Darmstadt im Gefängnis saß. 1884 wurde er erneut aufgestellt, brachte es immerhin auf 13 Wahlmänner, verlor jedoch gegen den Zentrums kandidaten Philipp Wasserburg, der von 22 Wahlmännern gewählt wurde. ^[79] 1887 bewarb sich Wolf im Wahlkreis 2 (Friedberg, Büdingen, Vilbel), wo er auch eine gewichtige Rolle spielte, abermals für den Reichstag, erhielt aber nur 4,0 % der Stimmen. Für die Reichstagswahl 1890 wurde er anscheinend als Kandidat erneut ins Gespräch gebracht, aber letztendlich doch nicht aufgestellt. Von Beruf war er gelernter Schuhmacher, betrieb in Steinheim a. Main, wo er ab den 1870er-Jahren wohnte, eine Gastwirtschaft und war Spezereihändler. Bereits vor 1868 soll er in Mühlheim a. Main ansässig geworden sein, wohin er offenbar zurückkehrte und schließlich 1911 verstarb. ^[80]

⁷⁶ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 232-233.

⁷⁷ Odenwälder Bote vom 2.5.1877, 11.7.1877. Vorwärts vom 26.12.1877.

⁷⁸ Social-Demokrat vom 6.7.1870. Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 631.

⁷⁹ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 303. Starkenburger Provinzial-Zeitung (SPZ) vom 20.6.1878.

⁸⁰ Thomas Klein: Die Hessen als Reichstagswähler: Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867 - 1933; Marburg, 1995; Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen: 51; Bd. 3. Großherzogtum/Volksstaat Hessen 1867 - 1933; S. 77 u. 1387: Informationen zu den Kandidaten und Wahlergebnisse der Reichstagswahl 1871 (Philipps-Universität Marburg). Die vorgenannte Quelle bedankte sich für die Zuarbeit des Dieburger Stadtarchivs sowie Frau Paul (Odenwälder Bote und Starkenburger Provinzial-Zeitung [SPZ]); Frau Paul verstarb am 15.1.2010. Alle Abkürzungen und Parteizuordnungen der Kandidaten in den hier aufgeführten Tabellen wurden diesem Tabellenwerk von T. Klein entnommen, ebenso die Wahlergebnisse, sofern nicht andere abweichende Quellen plausibler erschienen. Die Vorgängerorganisationen der SPD (ADAV, SDAP) wurden daher der SPD zugeordnet. Stadtarchiv Büdingen (E-Mail von Carsten Parré vom 16.3.2024).

Örtliche Organisationen im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Der älteste Ortsverein der Offenbacher SPD führt seine Geschichte auf den Zusammenschluss gleichgesinnter Arbeiter im Bieberer Arbeiterverein zurück (1867). In einem Bericht an seinen Bischof in Mainz erwähnte der katholische Pfarrer den Arbeiterverein der „Lassalleaner“ und einen Gesangverein, der nur aus „Lassalleanern“ bestehe. Die Zeitung der „Lassalleaner“, der „Social-Demokrat“ (siehe dazu Abschnitt *„Überregionale Blätter zu der Zeit“ im Anhang*), lag in vier Bieberer Gasthäusern aus.^[81]

Bis Anfang 1869 schlossen sich mehrere örtliche Arbeiterorganisationen dem ADAV an. Aus dem Kreis Offenbach waren dies Offenbach-Bieber, Dietzenbach, Dreieichenhain, Hausen, Heusenstamm (schon 1866 hatte Johann Ohlig einen „lassalleanischen Arbeiterwahlverein“ gegründet^[82]), Lämmerspiel, Mühlheim a. Main und Obertshausen.^[83] Die ADAV-Mitglieder der meisten der genannten Orte beteiligten sich an den 1869 durchgeführten Vorstandswahlen und gaben ein einstimmiges Votum für den Vorstand ab, zu dem dann auch Herrmann Haustein gehörte.

Im Herbst 1869 waren im weitgehend von den „Lassalleanern“ beherrschten Wahlkreis Offenbach-Dieburg folgende Orte mit ADAV-Organisation gelistet: Bieber (Bevollmächtigter W[ilhelm] Müller), Bürgel (L. Kopp), Dietesheim (A[dam] Hof[f]mann), Dietzenbach (N[icolaus] Werwatz), Hausen (P. Bernardus), Heusenstamm (Johann Ohlig), Klein-Krotzenburg (kein Name), Mühlheim a. Main (P. Kreis), Neu-Isenburg (J[ean] Vollé) und Obertshausen (M. Pieroth).

Im Kreis Dieburg müssen demnach in Dieburg (Johannes Rebel), Nieder-Roden (J. Jäger) und Ober-Roden (Georg Mackert) ADAV-Ortsgruppen existiert bzw. kurz vor einer Gründung gestanden haben (dazu mehr im Abschnitt *„ADAV versucht 1869 in Dieburg Fuß zu fassen“*).^[84]

Zuweilen tauchten die gleichen Namen bei verschiedenen Ortsgruppen und — zumindest in Offenbach — ADAV-orientierten Gliederungen auf. Damals existierten dort bereits gewerkschaftliche Organisationen und handwerklich geprägte Berufsverbände. Beispielsweise die der Zigarrenarbeiter, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Schuhmacher, Buchbinder, Sattler, Manufakturarbeiter usw., deren Wortführer sich zumeist untereinander kannten und in der Regel Mitglieder des ADAV waren.

⁸¹ Homepage der SPD Offenbach-Bieber. Historie: <http://www.wir-gestalten-bieber.de/historie/> (abgerufen: 10.3.2024). Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, 621: Dort wird als Gründungsjahr 1868 angegeben; maßgebliche Agitatoren seien Haustein und Schulze gewesen.

⁸² Offenbach-Post vom 4.9.2017. Erinnerung an Gründervater: <https://www.op-online.de/region/heusenstamm/erinnerung-gruendervater-8650264.html> (abgerufen: 10.3.2024). Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 640.

⁸³ Festschrift 150 Jahre SPD Rödermark (2018), S. 12-13: https://www.meinroedermark.de/Festschriften/SPD_Festschrift_einhundert50.pdf (abgerufen: 11.3.2024). Der SPD-Ortsverein Ober-Roden führt seine Wurzeln auf die Entstehung des sozialdemokratischen Arbeitervereins 1868 zurück. Erster Bevollmächtigter — Vorsitzender — war demnach Georg Mackert. Als Quelle wurde dort Toni Offermann (siehe Quelle 33: CD-ROM, S. 650-651) angegeben.

⁸⁴ Social-Demokrat vom 24.10.1869. Die Angaben zu den einzelnen Orten und deren Bevollmächtigte werden auf der Datensammlung (CD-ROM) von Toni Offermann weitgehend bestätigt.

Dieburg — „arme Topfmacherkolonie“

Anders als in der Stadt Offenbach und seinem unmittelbaren Einzugsgebiet wurden im ländlich strukturierten Kreis Dieburg in den 1860er-Jahren hauptsächlich Ackerbau und Viehzucht betrieben, Handel und Gewerbetätigkeit waren dagegen nicht sehr ausgeprägt. Nur wenige Gewerbebezüge überschritten die Grenze zur Kleinindustrie.^[85] Die Anzahl der Fabrikarbeiter dürfte, auch in der Kreisstadt, überschaubar und sozialdemokratisches Gedankengut kaum bekannt gewesen sein. Dieburg, vom „Fränkischen Kurier“ aus dem mehrheitlich evangelischen Nürnberg in seiner Ausgabe vom 18. August 1863 in überaus despektierlicher Art und Weise als „arme Topfmacherkolonie“ bezeichnet, war sehr von der katholischen Kirche und dem Bistum Mainz geprägt. Nicht selten galt als gesetzt, was die geistliche Obrigkeit von der Kanzel verkündete.

TV 1863 Dieburg e. V.

So kam es im Jahr 1863 anlässlich der beabsichtigten Gründung eines Turnvereins — es handelte sich um den „TV 1863 Dieburg e. V.“ — zu einem vor allem vom katholischen Kaplan angeheizten Protest einiger „tapferer Katholiken gegen die Errichtung dieses Turnvereins“. ^[86] In einer in holprigem Deutsch verfassten Erklärung, unterzeichnet von „Einigen Bürgern von Dieburg“, wurde die ablehnende Haltung mit Bezug auf einen Hirtenbrief des Bischofs auch begründet. Eine Gefahr wurde darin gesehen, dass diese Vereine einen anderen Zweck hätten, als sie vorgäben, sie könnten geheimen Parteien als Werkzeug dienen. Es könne nicht gezweifelt werden, dass es geheime Gesellschaften gäbe, die nach einem wohlberechneten Plan darauf ausgingen, durch Vergnügen die Jugend an sich zu ziehen, um sie dann um ihren Glauben und ihre christlichen Grundsätze zu bringen. Als warnendes Beispiel wurde das Jahr 1848 ins Feld geführt. ^[87]

Allerdings stellte „Ein Freund des Turnens“ in einem „Eingesandt“ (Leserbrief) in der Dieburger Zeitung in ausdrucksstarker Weise die Protestler als welche dar, die nichts gelernt hätten und nach denen weiter kein Hahn krächte. Der Schreiber macht darauf aufmerksam, dass durch „Turnvater“ Jahn das Turnen eine höhere Bedeutung und einen gewaltigen Aufschwung erhalten habe und so eine „deutsch-vaterländische Sache“ daraus geworden sei. „Nach Protestantismus und Katholizismus“ würde nicht „gerechnet“. ^[88]

Daraufhin erschien im Dieburger Anzeige-Blatt vom 25. August 1863 ein über zwei Zeitungsseiten abgedrucktes Traktat, betitelt mit „Ein Wort über die Turnvereine“ und unterschrieben von „Einem Konservativen für viele“. Erneut wurde u. a. auf die „geheimen Parteien“

⁸⁵ Preussisches Handelsarchiv vom 2.10.1863, S. 288-289 (digiPress — Das Zeitungsportal der Bayerischen Staatsbibliothek: https://digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10227309_00295_u001/1 [abgerufen: 10.3.2024]).

⁸⁶ Fränkischer Kurier vom 18.8.1863.

⁸⁷ Frankfurter Reform vom 19.8.1863. Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 11.8.1863.

⁸⁸ Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 14.8.1863.

eingegangen, die Arbeitervereine, Gesangsvereine, Schützenvereine und vor allem Turnvereine für ihre Umsturz Zwecke missbrauchen würden. So wären vor allem die Turner 1848/49 Werkzeuge der Revolution gewesen. ^[89]

Im Prinzip waren die vielen Diskussionen und die Aufregungen umsonst, denn das Großherzogliche Kreisamt hatte bereits am 14. Juli 1863 die Genehmigung für die Vereinsgründung erteilt. Wenige Wochen später fanden schon die ersten Vorstandswahlen statt. ^[90]

Fleischspeisen an einem Freitag

In dem Artikel des „Fränkischen Kuriers“ vom 18. August 1863 wurde einige Zeilen weiter unten über eine andere, für das „glückselige Dieburg“ scheinbar ebenfalls typische Begebenheit berichtet. Von der Kanzel sei gegen ein Abschiedsessen gedonnert worden, welches der Kreisrat an einem Freitagabend im Frühjahr 1863 veranstaltet hätte und bei dem Fleischspeisen genossen worden wären. Über diese „mutwillige Störung der Katholiken in Ausübung ihres Glaubens“ berichtete auch das Mainzer „Katholische Volksblatt für alle Stände“, was prompt eine Erwiderung des Kreisrats Dr. Theodor Goldmann (1821 bis 1905) zur Folge hatte. Es habe sich keineswegs um eine offizielle Feier gehandelt, sondern die Freunde des zum Bedauern aller versetzten „Accessisten“ (Berufsanfänger) hätten die freundschaftliche Zusammenkunft veranstaltet. Dass der Freitag absichtlich gewählt worden wäre, um religiöse Gefühle der Katholiken zu verletzen, wies Goldmann entschieden zurück. Es kam zu weiteren gegenseitigen Anschuldigungen und Erklärungen, an denen sich zu guter Letzt auch der Gemeinderechner Simon Kraft sowie Bürgermeister Johannes Weber VI. beteiligten. ^[91]

Kirchengesetz

Schon Ende April und Anfang Mai 1863 beriet und verabschiedete die „Zweite Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen“ in Darmstadt das „Gesetz die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate betreffend“. Vor allem das Verbot von religiösen Orden und anderen ähnlichen Genossenschaften (Artikel 7), die staatlich geregelte Verwaltung des kirchlichen Vermögens (Artikel 11) sowie die Überleitung des Unterrichtswesens ausschließlich in staatliche Hände (Artikel 13) führten zu Unmut unter den Katholiken. Der bischöfliche Stuhl hatte sich bereits während der Beratungen an den Großherzog gewandt. Aus der Petition vom 23. April 1863 ging hervor, dass die katholische Kirche durch die gesetzliche Regelung des Staates gegenüber (allen) Kirchen einen Machtverlust fürchtete. Lieber hätte sie das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche vertraglich in Form eines Konkordats (Vertrag zwischen dem Vatikan [als Vertretung der römisch-katholischen Kirche] und Einzelstaaten) geregelt gesehen. Die überwiegende Mehrzahl der Abgeordneten ließ sich von dem von sämtlichen Dekanen der katholischen Kirche des Großherzogtums sowie von

⁸⁹ Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 25.8.1863.

⁹⁰ TV 1863 Dieburg e. V., Festschrift zum 150-jährigen Bestehen, S. 15 (nicht mehr verfügbar).

⁹¹ Fränkischer Kurier vom 18.8.1863. Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 8.5.1863, 26.5.1863.

allen Pfarrern und Vikaren unterschriebene „Aktenstück“ nicht beirren, beriet das Gesetz weiter und beschloss es letztendlich. ^[92]

Die Bürgerschaft von Dieburg und Klein-Zimmern richtete daraufhin einen mit 583 Unterschriften versehenen Protest gegen die Beschlüsse der Kammer an den Großherzog. Das Verbot von Orden sei ein Eingriff in die Religion und die persönliche sowie Gewissensfreiheit. ^[93] Auch aus dem benachbarten Münster (376 Unterschriften) sowie aus Offenbach (300) und weiteren Orten gingen „Adressen“ an „Seine Königliche Hoheit“ ab. ^[94] Die Protestnoten bewirkten allerdings nichts.

Alles in allem konnte dies als ein Ausdruck des beginnenden „Kulturkampfes“ (*siehe dazu auch Kapitel „Kulturkampf“ und die Folgen für Dieburg“ weiter hinten*) auf hessischer Ebene gewertet werden. ^[95]

Bischof Ketteler

Mitte 1865 berichteten mehrere Zeitungen über die vorgesehene Errichtung einer sogenannten „Produktivassoziation“ im Kloster zu Dieburg. Dort wäre eine Zigarrenfabrik geplant, die 120 bis 130 Arbeiter beschäftigen sollte. Die monetären Mittel dafür würden Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler (1811 bis 1877) und Graf von Löwenstein-Wertheim bereitstellen. Eiligst dementierte das „Mainzer Abendblatt“ diese Meldung und schnell war klar, dass es sich dabei um eine Zeitungssente gehandelt hatte. Dem ortskundigen Zeitgenossen dürfte sogleich aufgefallen sein, dass es in Dieburg zu der Zeit kein Kloster gab. Das Kapuzinerkloster (im heutigen Minnefeld) wurde erst einige Jahre später fertiggestellt. ^[96]

Der auch als „Arbeiterbischof“ titulierte Ketteler hatte im Jahr 1864 mit seiner Schrift „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ zur Situation der Arbeiter Stellung bezogen. In sieben Kapiteln befasste er sich u. a. mit der Arbeiterfrage als einer Arbeiterernährungsfrage, der Bedeutung der Caritas und der christlichen Fürsorge sowie mit der Marktwirtschaft in Anlehnung an Ferdinand Lassalle. Diesem kam Ketteler gedanklich nahe in Bezug auf „den Ausbeutungscharakter der Lohnarbeit, in der Kritik der Rolle des ‚anti-christlichen Liberalismus‘ und in der Bewertung der Produktionsassoziation, in denen eine genossenschaftliche vereinte Arbeitergruppe als selbstständige Unternehmer tätig sein sollten“. Beide, Ketteler und Lassalle, forderten also die Entstehung von Produktiv-Genossenschaften, indem die Arbeiter selbst ein Unternehmen gründeten. In weiteren Kapiteln kritisierte er die Übermacht des Kapitals

⁹² Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landesstände des Großherzogthums, Bd. 1863/65,2 — 17. Landtag (1863) (MDZ — Münchner Digitalisierungszentrum — Digitale Bibliothek: <https://www.digitale-sammlungen.de/de/view/bsb10562155?q=%28Verhandlungen+der+Zweiten+Kammer+der+Landesst%C3%A4nde+des+Gro%C3%9Fherzogthums,+Bd.+1863%2F65,2+%E2%80%94+17.+Landtag+%281863%29%29&page=6,7> [abgerufen: 25.5.2024]).

⁹³ Augsburgs Postzeitung vom 19.5.1863.

⁹⁴ Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt vom 5.6.1863, 19.5.1863.

⁹⁵ E-Mail des Museums Schloss Fechenbach, Lothar Lammer, vom 26.5.2024.

⁹⁶ Aschaffenburgs Zeitung vom 5.6.1865, 13.6.1865. Nürnbergs Abendzeitung vom 14.6.1865. Magistrat der Stadt Dieburg (2007), Dieburg — Eine Chronik, S. 75.

und nannte die „wahren Hilfsmittel“ zur Unterstützung des Arbeiterstandes. Kettelers Betonung lag dabei auf der Bildung karitativer Anstalten, der Sicherung der Familien, der wahren Bildung durch die Lehre der Kirche, der Funktion der Gemeinschaft und letztlich der Förderung der Produktivassoziationen. ^[97]

Möglicherweise hatte der Verfasser des zuvor genannten Artikels Kettelers Abhandlung im Sinn und brachte diese mit dem Kloster in Dieburg in Zusammenhang, war aber mit den aktuellen örtlichen Begebenheiten nicht vertraut. Jedenfalls wurde in den Quellen die Umsetzung einer Produktivassoziation im Kloster zu Dieburg nicht bestätigt.

Zollparlamentswahlen 1868

Im Vorfeld der Zollparlamentswahlen gab es einige wenige Versammlungen. Eifriger wurde im Dieburger „Starkenburger Provinzial-Anzeiger“ (SPA) dagegen für die Kandidaten geworben, wobei nicht immer eindeutig zu erkennen war, ob es sich um bezahlte Werbung oder Berichterstattung handelte.

Über Andreas Schulze, den Kandidaten der „Lassalleaner“, war in der hiesigen Presse hingegen nichts zu finden. Er dürfte Dieburg sehr wahrscheinlich nicht besucht haben und deswegen auch nicht bekannt gewesen sein. Das Geld für Inserate war sowieso nicht vorhanden. Bei der am Donnerstag, 19. März 1868, abgehaltenen Wahl erhielt Schulze in Dieburg folglich auch keine Stimme.

Das beste Wahlergebnis in der Kreisstadt erzielte mit großem Abstand Philipp Hugo Franz Maria Freiherr Wambolt von Umstadt; er bekam 553 (gleich 95 %) von 582 Stimmen.

	Wahlberechtigte	abgegeben. Stimmen	gültige Stimmen	Wambolt	Kugler	Krämer	Schulze
				konservativ	national-liberal	altliberal	SPD
Wahl	766	582	582	553	12	17	---
in %		76,0		95,0	2,1	2,9	0,0

Tabelle 1: Zollparlamentswahl 1868; Ergebnis in Dieburg

In Groß-Zimmern entfielen auf Wambolt 108, auf Kugler 252 und auf Krämer drei Wählerstimmen. Über Ergebnisse einiger anderer Orte wurde nur in Teilen berichtet. ^[98]

⁹⁷ Alexandra Granieczny: Die Arbeiterfrage und das Christentum — Der Arbeiterbischof Wilhelm Emanuel von Ketteler (Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten; Roth, Jonathan [Hg.] [2013]: <https://www.sozialdemokratie-rlp.de/dokumente/die-arbeiterfrage-und-das-christentum.html#c78939> [abgerufen: 05.2024]).

⁹⁸ SPA vom 21.3.1868.

ADAV versucht 1869 in Dieburg Fuß zu fassen

Offenbach, 20. Oktbr. (Neue Ausbreitung in Niederrade.) Je näher der Zeitpunkt heranrückt, wo wir das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als Schwert in der Hand führen, mit welchem wir unsere zahlreichen, offenen und verkappten Gegner zu bekämpfen Gelegenheit haben, um so größer wird die Zahl der streitenden Mannen, die sich alle auf den Schlachtruf freuen, welcher sie zur Wahlurne beordert. Die Kreise Offenbach und Dieburg bilden für die Wahl eines Zollparlamentsabgeordneten einen Wahlkreis. Nachdem wir den Kreis Offenbach vollständig bearbeitet haben, dringen wir schon seit mehreren Wochen in das Herz des Dieburger Kreises, in Dieburg selbst, ein, während auf dem Lande die Agitation durch die umliegenden Orte verbreitet wird. In Dieburg haben wir bereits festen Fuß gefaßt, die Hauptagitation läßt sich aber erst ausführen, wenn die zahlreichen Arbeiter, hauptsächlich Zimmerleute und Maurer, bis Mitte November wieder nach halbjähriger Abwesenheit, in ihre Heimath zurückgekehrt sein werden. Dagegen werden die übrigen Ortschaften, von welchen die Arbeiter größtentheils bloß 8 Tage abwesend sind und jeden Samstag nach Hause kommen, schon jetzt in Agitation genommen, und es ist bei der am Sonntag den 10. d. in Niederrode abgehaltenen freien Arbeiterversammlung eine Mitgliedschaft von 50 Mann entstanden. Es wird nun nicht mehr geruht, bis wir den ganzen Kreis Dieburg für uns gewonnen haben, um am Tage der Schlacht an allen Orten in geschlossenen Colonnen aufmarschiren zu können. Mit social-demokratischem Gruß und Handschlag
J. Preiß.

Abbildung 8: Auszug aus dem „Social-Demokraten“ vom 24. Oktober 1869

(Quelle: Zeitungsarchiv der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Beeinflusst von den nördlichen Nachbarn kam es im damaligen Kreis Dieburg in Ober-Roden^[99] (1868), in Nieder-Roden (10. Oktober 1869) und später, Mitte 1870, auch in Urberach^[100] zu Gründungen von sozialdemokratischen Arbeitervereinen. Voraussetzung dafür war, dass in diesen Orten der Anteil der in Industrie und Gewerbe Beschäftigten zu Beginn der 1860er-Jahre schon sehr hoch war, beispielsweise in Urberach^[101] bei mehr als 40 %.

Offenbach gehörte zu den ca. 30 Ortsorganisationen des ADAV, von welchen aus das Umland „missioniert“ werden sollte. Eine der Strategien bestand darin, dass der feste Mitgliederkern bereits beste-

hender Ortsorganisationen (z. B. Offenbach) seine nähere und eventuell weitere Umgebung mit Versammlungen überzog, um Mitglieder zu werben. Meist an den Wochenenden ging es bisweilen in „Batallionsstärke“ mit Leiterwagen und anderen Gefährten zu den Arbeitertreffen in die benachbarten Orte. Nicht selten wurden die Aktionen durch einzelne Personen aus diesen Nachbarorten vorbereitet, die schon Vereinsmitglieder geworden waren. Begünstigt wurden die Bestrebungen durch das bereits bestehende und gut ausgebaute Eisenbahnnetz im Maingau.^[102]

⁹⁹ Wie Anm. 83 (Festschrift SPD Rödermark): S. 13.

¹⁰⁰ Social-Demokrat vom 3.7.1870.

¹⁰¹ Laut Homepage der SPD Rödermark soll es in Urberach bereits 1868 einen Arbeiterverein gegeben haben; Beweise dafür lägen nicht vor (Homepage der SPD Rödermark. Geschichte. Urberach: <https://www.spd-roedermark.de/geschichte/urberach/#gruendung> [abgerufen: 01.2024]). Urberach tauchte in den ADAV-Beitragslisten in der Zeit jedoch nie auf bzw. ist ohne Eintrag (wie Anm. 33 [Offermann]: CD-ROM, S. 106).

¹⁰² Wie Anm. 33 (Offermann): Buch, S. 98, 129.

Ende der 1860er-Jahre war eines der Ziele des Offenbacher ADAV, „in das Herz des Dieburger Kreises, in Dieburg selbst“ einzudringen, wie im „Social-Demokraten“ vom 24. Oktober 1869 in einem von Jacob Preiß autorisierten Artikel in recht martialischer Manier geschrieben stand. ^[103]

Um den angedachten Plan, in Dieburg eine Ortsgruppe des ADAV zu gründen, umzusetzen, bedurfte es einiger Anstrengungen. So mussten Arbeiter angesprochen und für die Sache gewonnen werden, waren Volksversammlungen zu organisieren. Zur ersten dieser Art wurde für Sonntag, 5. September 1869, ins Gasthaus „Zum Ochs“ am Marktplatz (heute bekannt als „Hopfensack“) geladen. ^[104] Thema war „die Lage des Arbeiterstandes und die Mittel und Wege zu dessen Verbesserung“.



Abbildung 9: Gasthaus „Zum Ochs“ (vor 1915), Dieburg
(Quelle: Ausschnitt aus einer Postkarte vor 1915,
Postkartensammlung Franz Weißbäcker, Dieburg; auch Titelseite)

Um drei Uhr [nachmittags] seien zwei Wagen voll junger Männer, meistens Arbeiter aus Offenbach, angekommen, so der Dieburger SPA in seinem ausführlichen Bericht. Etwa „40 bis 50 hiesige Bürger“ hätten der Versammlung, die sich im Gasthaus „Zum Ochs“ „konstituiert“ habe, „mehr aus Neugierde“ beigewohnt. Zunächst habe der „Vorsitzende“ (Versammlungsleiter), „ein Herr Mackert“, betont, dass die Versammlung „aus Anhängern Lassalles“ bestehe.

Als erster Redner ergriff offenbar Johannes Stürtz das Wort. Der SPA bemerkte in seiner einseitigen Darstellung dazu, dass „ein Herr Stürtz in gut auswendig gelernter Rede“ über die „Lostrennung der Arbeiter von der Kapitalmacht“ sich ausgelassen, Lassalle als Gründer der deutschen Sozialdemokratie „belobhudelt“ und „weidlich über die Bourgeoisie und Geldsäcke“ geschimpft habe. „Ein Herr Haustein“, der zweite Sprecher, habe sich „im selben Sinne mit Verweisung auf die unglückliche Lage der Arbeiter in England“ geäußert.

¹⁰³ Social-Demokrat vom 24.10.1869. Mit „Niederrode“ war mit Sicherheit Nieder-Roden gemeint.

¹⁰⁴ SPA vom 4.9.1869.

Sodann habe Mackert „gegen das jetzige Wahl- und Steuersystem“ und den Abgeordneten Kugler gesprochen, weil dieser „im Zollparlament nicht dafür gesorgt hat“, die Bierabgaben vollständig abzuschaffen. Stürtz habe dann nochmals das Wort ergriffen und die Meinung vertreten, dass den Arbeitern durch Errichtung von National-Werkstätten geholfen werden müsse.

Andere Redner hätten die „seitherigen ‚großen Erfolge‘ der Agitationen“ hervorgehoben, so die Dieburger Zeitung. Zu Wort gemeldet habe sich auch „ein gewisser [Herr] Herz“. Zum Schluss konstatierte das hiesige Blatt, dass „die Zeitungsschreiber den ‚Lassalleanern‘ besonders ein Dorn im Auge zu sein scheinen, wohl deshalb, weil ohne dieselbigen viele Leute unsinniges und albernes Geschwätz für bare Münze nehmen würden“.

Im „Social-Demokraten“ vom 10. September 1869 berichtete Haustein kurz über die abgehaltene Versammlung und die Gründung einer „Mitgliedschaft“ in der Kreisstadt. Die Mitglieder der Umgebung forderte er auf, jetzt kräftig zu agitieren, damit der Kreis Dieburg ebenso bearbeitet werde wie der Kreis Offenbach. ^[105]

Bei „Herrn Mackert“ könnte es sich um Georg Mackert, dem Bevollmächtigten von Ober-Roden, gehandelt haben, der Zeit seines Lebens Motor der sozialdemokratischen Bewegung war. ^[106] Allerdings wirkte damals auch B. Mackert auf Versammlungen, der kurz zuvor in Kassel zum Präsidenten der „Arbeiterschaft der Buchbinder, Lederarbeiter, Sattler, Riemer, Handschuhmacher usw.“ gewählt worden war und, wie bereits erwähnt, die Funktion des Beitragssammlers in der Ortsgruppe Offenbach ausübte. ^[107] Möglicherweise waren sie miteinander verwandt, denn am 26. Dezember 1869 sprachen beide anlässlich des Stiftungsfestes in Ober-Roden. ^[108] Es könnte sich bei Herrn Mackert also durchaus auch um den Offenbacher gehandelt haben.

Eine weitere Volksversammlung fand am 7. November 1869 im Gasthaus „Zum Lamm“ (im Minnefeld, heute nicht mehr existent) statt, die, so verbreitete der SPA, vom „Schreiner H... von hier eröffnet“ und der ca. 60 Personen beigewohnt hätten. „Schreiner H...“ dürfte Johannes Herz (1816 bis 1891) gewesen sein, der bereits im vorherigen Treffen im September mit ziemlicher Sicherheit derjenige war, der das Wort ergriffen haben soll und auch als Revisor einer ADAV-Ortsgruppe vorgesehen war. Redner war abermals Herrmann Haustein, der „über Steuern, Ständekammern und Abgeordnete sprach“. Am Ende der Versammlung sei zum Eintritt in den ADAV aufgefordert und um Beiträge für Agitationszwecke gebeten worden. Nach der nicht sehr objektiven Berichterstattung des SPA „ist für den ‚beregten‘ ^[109]

¹⁰⁵ SPA vom 8.9.1869. Blätter zur Geschichte der Stadt Dieburg, Reihe 1, April 1969, Nr. 16, S. 121-123. Social-Demokrat vom 10.9.1869. In dem von Haustein unterzeichneten Artikel wurde als Datum der Versammlung der 5.8.1869 genannt. Sehr wahrscheinlich handelte es sich dabei um einen Übermittlungsfehler.

¹⁰⁶ Wie Anm. 83 (Festschrift SPD Rödermark): S. 15. Dort wurde davon ausgegangen, dass es nur „einen“ Mackert gegeben hätte. In den Beitragslisten des ADAV wurde allerdings ein G. Mackert (Ober-Roden, Bevollmächtigter) und ein B. Mackert (Offenbach, Beitragssammler) geführt.

¹⁰⁷ Social-Demokrat vom 5.9.1869, 24.10.1869.

¹⁰⁸ Social-Demokrat vom 1.1.1870. Anlässlich des Stiftungsfestes war B. Mackert zu Besuch bei G. Mackert.

¹⁰⁹ Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm: sich regen, rühren: <https://woerterbuch-netz.de/?sigle=DWB&lemid=B04097> (abgerufen: 10.3.2024).

Zweck nicht viel herausgesprungen“. Beendet wurde der Artikel mit der bedauerlichen Bemerkung, dass man hier wohl in den April geschickt worden sei. ^[110] „Im Interesse der Wahrheit“ wurde das Dieburger Blatt aufgefordert zu vermelden, dass die Volksversammlung mit dem Lied „Freund, ich bin zufrieden, ...“ einen würdigen Abschluss gefunden habe; dieser Aufforderung kam es auch nach. ^[111]



Abbildung 10: Gasthaus „Zum Lamm“ (ca. 1920), Dieburg

(Quelle: Fotoarchiv Museum Schloss Fechenbach, Dieburg)

Ernennung des Bevollmächtigten, des Beitragssammlers und der Revisoren (ADAV)

In der umfangreichen Ernennungsliste im „Vereins-Theil“ des „Social-Demokraten“ vom 24. Oktober 1869 war erstmals auch Dieburg zu finden. Der ca. zwei Seiten langen Tabelle war eine von Schweitzer mit Datum vom 22. Oktober 1869 „Mit social-demokratischem Gruße“ gebilligte Erklärung mit dem bereits beschriebenen Hinweis „Ich ernenne [...] die genannten Personen für die [...] bezeichneten Orte“ vorangestellt.

Als ADAV-Bevollmächtigter Dieburgs war Johannes Rebel vermerkt, geboren 1830 und wohnhaft in Eppertshausen, gestorben am 11. Juli 1882 in Dieburg, wo er den Beruf des Häfners ^[112] ausübte. Daneben fungierte er ab Oktober 1868 in Ober-Roden als Beitragssammler. Einer der Revisoren war der Schreiner Johannes Herz, der sich bereits im „Ochsen“ verbal hervorgetan hatte. Über die weiteren angegebenen Personen können allerdings nur Mutmaßungen angestellt werden. Beitragssammler könnte demnach Jakob Bender (1807 bis

¹¹⁰ SPA vom 10.11.1869.

¹¹¹ SPA vom 13.11.1869.

¹¹² Häfner: Töpfer, Ofenbauer: in Wikipedia; <https://w.wiki/BgB7> (abgerufen: 10.3.2024).

1875), von Beruf Maurer, gewesen sein. Weitere Revisoren waren womöglich die Maurer Peter Heinrich Frank, geboren am 21. Juni 1833, und Lorenz Helfrich II. (1825 bis 1893).^[113]

Ort.	Bevollmächtigter.	Beitragsammler.	Revisoren.
Dieburg.	J. Rebel.	J. Bender.	P. Frank, L. Helfrich, J. Herz.

Abbildung 11: Auszug aus der Aufstellung im „Social-Demokraten“ vom 24. Oktober 1869

(Quelle: Zeitungsarchiv der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Ab Oktober bis Ende 1869 war Dieburg in weiteren Übersichten jeweils unter den Orten angegeben, die „ihren [Beitrags-]Verpflichtungen gar nicht nachkommen“; ab Anfang 1870 verschwand Dieburg wieder aus den monatlichen ADAV-Aufstellungen. Der damalige Kreis Dieburg war nur noch durch Ober-Roden (gute Beitragszahler) und Nieder-Roden (weniger gute Beitragszahler) vertreten.

Die Veröffentlichungen im „Social-Demokraten“ über den Beitragsstand der Ortsgruppen unterzeichnete Wilhelm Hasenclever (1837 bis 1889), der Vereinskassierer. Hasenclever trat später die Nachfolge von Schweitzer an und wurde vom 1. Juli 1871 bis 25. Mai 1875 Präsident des ADAV.^[114]

Dieburger ADAV wechselt zum LADAV

Nach dem Tod von Ferdinand Lassalle im Jahr 1864 kam es aufgrund von inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen immer wieder zu innerparteilichen Auseinandersetzungen im ADAV. Dabei spielte die Gräfin Hatzfeldt (1805 bis 1881), die zeitweise die Geliebte von Lassalle gewesen war und dessen Partei finanziell unterstützt hatte, eine beträchtliche Rolle. Nach der Wahl Schweitzers im Mai 1867 (*siehe Abschnitt „Offenbach wird zu einer Hochburg des ADAV“*) spaltete sich endgültig eine Gruppe ab und bildete den „Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ (LADAV). Die Organisation bestand zunächst bis Mitte 1869 und vereinigte sich dann ganz überraschend wieder mit der Mutterpartei. Finanzielle Aspekte sowie das Scheitern der Bestrebung, sich gegenüber dem ADAV als die eigentlich legitime Organisation im Sinne Lassalles zu etablieren, waren dafür maßgebend. Allerdings erwiesen sich die Hoffnungen, dass der ADAV nach der Wiedervereinigung wieder einen orthodoxen, an Lassalle orientierten Kurs fahren würde, als Illusion. Bereits im Oktober 1869 zeichnete

¹¹³ Social-Demokrat vom 24.10.1869. Familienbuch Dieburg 1603 - 1900 mit Filiale Klein-Zimmern von Brigitte Olschewski, Otzberg, 2014 (E-Mail des Museums Schloss Fechenbach, Lothar Lammer, vom 1.12.2023).

¹¹⁴ Social-Demokrat vom 24.11.1869 und 22.12.1869 sowie Ausgaben aus der ersten Jahreshälfte 1870. Die Mitgliedsbeiträge waren die einzige Einnahmequelle des ADAV, vermutlich deshalb der etwas rigorose Umgang mit Zahlungssäumigen.

sich die erneute Spaltung ab. Die abermalige Konstituierung des LADAV erfolgte dann im Januar 1870. Im Jahr 1872 zerfiel der Verein allmählich. ^[115]

Die Anzahl der Ortsgruppen, die vom ADAV zum LADAV wechselten, war insgesamt sehr überschaubar. An der Wahl des Präsidenten im Januar 1870 nahmen etwas mehr als 36 Orte teil. ^[116] Zu diesen gehörte anscheinend auch die ehemalige ADAV-Organisation Dieburgs oder zumindest ein Teil davon.

Jedenfalls wurden für Januar 1870 der LADAV-Hauptkasse zehn zahlende Dieburger Mitglieder gemeldet, und zum 4. März 1870 erhielt der — bereits durch den ADAV bekannte — Bevollmächtigte Johannes Rebel 125 neue Quittungsmarken. In einer Liste mit Stand März 1870 wurden Dieburg die Mitglieds-Nummern 13901 bis 13925 zugeteilt. Mit Sicherheit fanden die Mitgliedskarten keine Verwendung mehr. Rebel war auch Adressat eines LADAV-Rundschreibens des Hauptkassierers vom 5. März 1870.

Die Funktion des Kassierers vor Ort verrichtete womöglich Johannes Anton Braun II. (1829 bis 1882), Maurer von Beruf, wohnhaft Am Zentturm im Haus Nr. 219. Sogenannter „Zahlmeister“ (regelte die Ausgaben) war der ebenfalls vom ADAV als Revisor her bekannte Lorenz Helfrich II.; jetzt wurde als sein Beruf Schumacher angegeben. Joseph Matthias Fuchs (1834 bis 1891), von Beruf Maurer, Handarbeiter, Tagelöhner, Am Zentturm, Haus Nr. 218, dürfte der „Kontrolleur“ (Revisor) gewesen sein. Der vormalige ADAV-Revisor Peter Heinrich Frank hatte nun beim LADAV das Amt des Schriftführers übernommen. ^[117]

Da sich im gesamten Wahlkreis Offenbach-Dieburg kein weiterer ADAV-Verein dem LADAV angeschlossen hatte, befanden sich die LADAV-Genossen der Kreisstadt quasi in einer „Diaspora“. Es kann davon ausgegangen werden, dass die „lassalleschen“ Organisationen im nördlichen Umkreis umgehend ihre Unterstützung versagten. Überhaupt entwickelte der LADAV im Großherzogtum Hessen nur noch in Mainz und Kastel nennenswerte Aktivitäten, allerdings vor allem in den 1860-Jahren. ^[118] Somit war das Schicksal der hiesigen LADAV-Ortsgruppe schnell besiegelt.

¹¹⁵ Lassallescher Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (LADAV): in Wikipedia; <https://w.wiki/C7xe> (abgerufen: 19.11.2024).

¹¹⁶ Wie Anm. 33 (Offermann): Buch, S. 211.

¹¹⁷ Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 246, 333: Die Quellen, die Offermann in seinem Werk bezüglich Dieburg und dem ADAV bzw. LADAV anführt, waren bis zur Wiedervereinigung Bestand des „Instituts für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (IML) der DDR. Weitere Materialien die lassalleschen Arbeiterbewegung betreffend befanden sich außerdem im Archiv des IML beim ZK der KPdSU in Moskau. Die relevanten Dokumente lagern heute im Bundesarchiv am Standort Berlin-Lichterfelde. Die vom Verfasser zur Einsicht angefragten Akten, die möglicherweise weitere Hinweise über den ADAV bzw. LADAV in Dieburg beinhalten, wurden dort geprüft und zur „Digitalisierung on demand“ weitergeleitet. Die Digitalisate standen zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Publikation jedoch noch nicht zur Verfügung. Sollte die Auswertung dieser Unterlagen zu grundsätzlich neuen Erkenntnissen über die sozialdemokratischen Wurzeln in Dieburg führen, so wird darüber zu berichten sein. Familienbuch Dieburg 1603 - 1900 mit Filiale Klein-Zimmern von Brigitte Olschewski, Otzberg, 2014 (Museum Schloss Fechenbach, Lothar Lammer, 16.11.2024).

¹¹⁸ Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 253 ff.: In den Aufstellungen und Beschreibungen von örtlichen LADAV-Organisationen sind aus dem Großherzogtum Hessen lediglich Dieburg, Mainz und Kastel gelistet bzw. detaillierter erläutert.

Wie und warum sich die höchst überraschende und seltsam anmutende Zuwendung der ehemaligen Dieburger ADAV-Gruppe hin zum dem LADAV ergab, darüber existieren (gegenwärtig) keinerlei (bekannte) Informationen. In der Beurteilung der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der arbeitenden Bevölkerung waren sich Lassalle und der katholische Bischof Ketteler zumindest in Teilen einig. Möglich, dass sich die LADAV-Mitglieder nun der katholischen Kirche näher und somit besser aufgehoben fühlten. Schon Johannes Stürtz muss bei seinem Auftritt am 5. September 1869 im „Ochsen“ erkannt haben, „dass noch religiöser Sinn in Dieburg herrscht“, so zumindest der SPA in seinem Artikel. ^[119]

Inwieweit dies aber tatsächlich couragierte Versuche von Dieburger Bürgern waren, dauerhaft Ortsgruppen des ADAV bzw. LADAV aufzubauen, darüber kann heute nur spekuliert werden. Ebenso, warum es schließlich nicht dazu kam. Das offene Bekenntnis zur Sozialdemokratie dürfte zu der Zeit — und auch später — in Dieburg nicht gerade von Vorteil gewesen sein.



**Abbildung 12: Gasthaus „Zum weißen Ross“
(ca. 1926), Dieburg**

(Quelle: Fotoarchiv Museum Schloss Fechenbach, Dieburg)

Unter Umständen fehlte aber einfach das Interesse, so wie beispielsweise bei der Errichtung einer Arbeiter-Krankenkasse. Die Gründungsversammlung am 12. Juni 1870 im Gasthaus „Zum weißen Ross“ sei, so der SPA in seiner Meldung, von beiden Seiten — den Gesellen wie den Arbeit gebenden Meistern — schwach besucht gewesen. Letztere hätten ihr Interesse an einer solchen Kasse vorher bekundet und diese auch entsprechend fördern wollen. Aufgrund fehlender Vorbereitung sei schließlich eine Kommission von fünf Anwesenden beauftragt worden, einen Statuten-Entwurf auszuarbeiten. Es ist nicht bekannt, was daraus geworden ist. ^[120]

Damit — lange vor 1903, dem offiziellen Gründungsjahr der Dieburger SPD — endeten sehr wahrscheinlich die ersten Versuche, in Dieburg sozialdemokratische Organisationen zu etablieren.

¹¹⁹ SPA vom 8.9.1869.

¹²⁰ SPA vom 8.6.1870, 15.6.1870.

Reichstagswahl 1871

Wahlkampf in Dieburg

Die Reichstagswahl 1871 war die Wahl der Abgeordneten zum 1. Deutschen Reichstag und fand am 3. März 1871 statt. Einige Wochen zuvor, am 31. Januar 1871, kam es in dem Zusammenhang in Dieburg zu einer Volksversammlung, zu der alle Arbeiter und Kleinbürger durch Maueranschlag „dringend“ eingeladen worden waren. Johannes Stürtz, der im Offenbacher Umland für den ADAV bereits emsig geworben hatte, stellte den designierten sozialdemokratischen Arbeiterkandidaten für die Reichstagswahl, den Schumacher Wilhelm Wolf aus Büdingen, vor. Etwa 70 Personen, so der Bericht der Dieburger Zeitung, hätten sich eingefunden, um den Ausführungen und Forderungen der beiden Sozialdemokraten zu lauschen. Dazu hätten u. a. die Verminderung der indirekten Steuern, der Diätenbezug der Abgeordneten, die Abschaffung der stehenden Heere, die Ausschließung der Frauen und Kinder von der Lohnarbeit und die Gewährung des vollen Arbeitsertrags gehört ^[121]. Immerhin seien sechs Personen bereit gewesen, „durch Verteilen von Programmen und Stimmzetteln agitieren zu wollen“. ^[122] Insgesamt war der Tenor dieser einzigen Meldung über den Sozialdemokraten Wolf im hiesigen SPA nicht grundsätzlich negativ.

Die Nationalliberalen hatten Dr. Friedrich Dernburg (1833 bis 1911), Hofgerichtsadvokat aus Darmstadt, nominiert. Das veranlasste die Dieburger Blatt zu der Bemerkung, das Resultat der Wahlen werde zeigen, „dass das Volk der ewigen Phrasen dieser Maulhelden nachgerade satt geworden“ sei. Trotzdem arbeite die Agitation mit Hochdruck und Versammlungen in Groß-Umstadt, Schaaheim und Babenhausen seien abgehalten worden, weitere in Offenbach, Sprendlingen, Neu-Isenburg, Dudenhofen, Groß-Zimmern, Brensbach und Groß-Bieberau sollten folgen. Unverkennbar war aber, dass der SPA auf die Nationalliberalen nicht gut zu sprechen war.

Ordentlich geworben wurde dagegen für Friedrich Küchler (Deutsche Reichspartei, DRP), dem damaligen Kreisrat des Landkreises Dieburg. Zahlreiche Bürgermeister, unter ihnen die aus Dieburg, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Eppertshausen, Münster und Babenhausen, sowie weitere Beigeordnete, Gemeinderäte und Landwirte (Ökonomen) hatten in einem martialisches-pathetischen Aufruf die Wähler um die Stimme für Küchler (1822 bis 1898) aus Dieburg gebeten. ^[123]

¹²¹ Entlohnt wurde teilweise mit Naturalien und/oder Produkten des Unternehmens (Trucksystem bzw. -unwesen) (Trucksystem: in Wikipedia; <https://w.wiki/BgBn> (abgerufen: 11.3.2024).

¹²² SPA vom 4.2.1871. Ausgaben des Odenwälder Boten aus der Zeit der Reichstagswahl 1871 lagen in den Archiven nicht vor, konnten daher nicht ausgewertet werden.

¹²³ SPA vom 18.2.1871.

Wahlergebnisse in Dieburg und einigen Orten im Kreis

Dem „Lassalleaner“ Wolf hatte in Dieburg weder der Artikel im SPA noch die vermeintliche Agitation etwas genutzt, denn er erhielt im ersten Wahlgang nur zwei Stimmen. Auch der nationalliberale Dernburg spielte keine Rolle; er kam auf lediglich drei Stimmen. Für den allseits bekannten Kreisrat Küchler votierten hingegen 521 Männer. In den Ergebnismeldungen von Dieburg nicht erwähnt wurde Julius Rinck Freiherr von Starck (ebenfalls Deutsche Reichspartei, DRP; 1825 bis 1910), Provinzialdirektor und Kreisrat des Kreises Gießen; er dürfte somit keine Stimme bekommen haben.

	Küchler	Dernburg	Wolf
	DRP	NL	SPD
Wahl Dieburg	521	3	2
in %	99,0	0,6	0,4
Stichwahl Dieburg	582	2	
in %	99,7	0,3	

Tabelle 2: Reichstagswahl 1871; Ergebnis in Dieburg

Wilhelm Wolf erzielte im ersten Wahlgang im Wahlkreis immerhin beachtliche 18,9 %, was der ADAV durchaus als Fortschritt im Umland von Offenbach wertete.

Da im Wahlkreis Offenbach-Dieburg keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte, kam es zur Stichwahl, der einzigen im Großherzogtum Hessen, bei der sich Dr. Friedrich Dernburg gegen Friedrich Küchler durchsetzte.

In einem Aufruf mehrerer Arbeiter des Wahlvereins des benachbarten Wahlkreises Darmstadt-Groß-Gerau an die Arbeiter des hiesigen Wahlkreises wurde den „Lassalleanern“ nahegelegt, nicht Dernburg, sondern Küchler zu wählen. Hintergrund der Aufforderung waren anscheinend Darmstädter „Interna“. ^[124] (*Weitere Ergebnisdetails dazu im Abschnitt „Reichstagswahlen 1871 bis 1878 — Ergebnisse im Wahlkreis Offenbach-Dieburg“ im Anhang.*)

In Dieburg entschieden sich in der Stichwahl — amtlich „engere Wahl“ genannt — 582 Wähler für Küchler und zwei für Dernburg. Ende 1871 hatte Dieburg 3.736 Einwohner, ^[125] das bedeutete, dass nur knapp ein Sechstel der Gesamtbevölkerung der Stadt an der Stichwahl beteiligt war. (*Informationen zum Wahlgesetz im Abschnitt „Reichstagswahlen 1871 bis 1878 — Wahlgesetz und Ergebnisse im Deutschen Reich“ im Anhang.*)

Die Anzahl der Wahlberechtigten in Dieburg wurde nicht dokumentiert, ist daher nicht bekannt. ^[126]

¹²⁴ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 228, 230.

¹²⁵ Ursula Braasch-Schwersmann: Hessischer Städteatlas, Dieburg, Marburg 2005, S. 21: in LAGIS; <https://www.lagis-hessen.de/downloads/statl/4.pdf> (abgerufen: 11.2023).

¹²⁶ SPA vom 8.3.1871. Die Angaben zu Wahlberechtigten — sie dürfte unter 800 gelegen haben — und abgegebenen Stimmen fehlen.

Nur für sehr wenige Orte des Kreises Dieburg wurden die Wahlergebnisse erfasst.

	Küchler	Dernburg
	DRP	NL
Stichwahl Babenhhausen	133	192
in %	40,9	59,1
Stichwahl Groß-Umstadt	197	269
in %	42,3	57,7
Stichwahl Groß-Zimmern	175	184
in %	48,7	51,3
Stichwahl Münster	350	2
in %	99,4	0,6

Tabelle 3: Reichstagswahl 1871; Ergebnisse der Stichwahlen in Babenhhausen, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern und Münster

Im benachbarten Münster stimmten die Wähler ebenso klar für Küchler wie in Dieburg, in Babenhhausen, Groß-Zimmern und Groß-Umstadt dagegen mehrheitlich für den nationalliberalen Dernburg. Auch Semd entschied sich bei der Stichwahl für den Nationalliberalen, der dort 126 Stimmen erhielt, für Küchler votierten immerhin 84. ^[127]

Erster Sozialistenprozess im Großherzogtum Hessen

Im August 1871 berichteten verschiedene bürgerliche Zeitungen über die Verhaftung von vier Arbeiter-Führern der „lassalleschen Partei“ in Offenbach. „Der Volksstaat“ gab in einer kurzen Notiz bekannt, dass es sich um Johannes Stürtz, Wilhelm Wolf und Adam Heuser handelte, die auf einer am 13. August 1871 in Bieber abgehaltenen Volksversammlung als Redner aufgetreten und wegen „Aufreizung“ festgenommen worden seien; nicht genannt wurde der Zigarrenarbeiter Veith. ^[128] Am 26. November 1871 veröffentlichte „Der Volksstaat“, Organ der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, fettgedruckt eine telegrafische Depesche: „Soeben wurden Wolf und Heuser in Ketten geschlossen von Offenbach durch Frankfurt nach Darmstadt geführt.“ ^[129]

Man warf den beiden vor, sie hätten zur Revolution aufgerufen, wobei Wolf gesagt haben soll, „den vereinten Fürsten, Pfaffen und Geldsäcken müsse mit Gewalt entgegengetreten werden“. Außerdem habe er „von der morschen Staatsregierung“ gesprochen, die es wie eine „alte Scheue“ umzureißen gelte. Heuser wurde u. a. unterstellt: „Sie [selbst] brauchten keinen König von Preußen, keinen Bismarck, sie könnten sich selbst regieren. Wenn sie

¹²⁷ Wie Anm. 80 (Klein): S. 197-198: Die Anzahl der Stimmen im ersten Wahlgang wurde nicht dokumentiert, ebenso die Anzahl der Wahlberechtigten; beide Angaben sind daher nicht bekannt. Der SPA vom 18.3.1871 meldete gleiche Ergebnisse.

¹²⁸ Fränkischer Kurier vom 21.8.1871. Der Volksstaat vom 23.8.1871.

¹²⁹ Der Volksstaat vom 25.11.1871.

[selbst] auch keine Hinterlader und keine Kanonen hätten, so hätten sie doch Petroleumlampen.“ Ähnliches sollen die beiden auf einer Offenbacher Versammlung, die sie nach ihrer vorübergehenden Entlassung am 3. Oktober 1871 abhielten, geäußert haben. Angezeigt hatte die Agitatoren der örtliche Bürgermeister (eine andere Quellen nannte eine Denunziation des katholischen Kasinos zu Bieber ^[130]), der damit eine Lawine ins Rollen brachte. ^[131]

Anfang Dezember 1871 rief „Der Volksstaat“ die Darmstädter Genossen auf, die beiden Häftlinge, soweit nötig, mit Lebensmitteln zu versorgen; die Offenbacher Mitglieder der SDAP (!) würden einen Teil der Kosten übernehmen. Unter den Beschuldigten wären auch Stürtz und Kölsch, der übrigens einige Monate zuvor vom ADAV zur SDAP gewechselt war. Ebenso forderte „Der Volksstaat“ die Arbeiter auf, bei dem Prozess zahlreich anwesend zu sein. ^[132]

Der aufsehenerregende und unter großem Publikumsandrang geführte Hochverratsprozess vor dem „Assisenhof“ (Schwurgericht) in Darmstadt endete nach dreitägiger Verhandlung am 11. Januar 1872 mit einem Freispruch der beiden Angeklagten. „Der Jubel der nach Hunderten zählenden Zuhörer war ungeheuer[lich], als die aus der Haft entlassenen auf die Straße traten“, konnte einem Presseartikel entnommen werden. Verteidiger war übrigens Dr. Dernburg, der knapp zwei Jahre später erbitterter Gegner von Stürtz werden sollte und wenige Monate zuvor mit Wolf um das Reichstagsmandat im Wahlkreis Offenbach-Dieburg gerungen hatte. ^[133] (Über Stürtz und Kölsch waren keine weiteren Informationen den Prozessverlauf betreffend zu finden; vermutlich waren sie nicht angeklagt worden.)

Stürtz war bereits früher entlassen worden, weil er bei der Voruntersuchung zugesichert hätte, dass er sich von den „lassalleschen Umtrieben zurückziehen und sämtliches in Händen habende Material beseitigen“ wolle. „Der Volksstaat“ veröffentlichte diese Nachricht am 20. Januar 1872 und kommentierte sie entsprechend schadenfroh-sarkastisch. ^[134] Es konnte jedoch davon ausgegangen werden, dass Stürtz keineswegs daran dachte, sich an seine gemachten Zusicherungen zu halten. So wurde von einer Mitgliederversammlung berichtet, die schon einen Monat nach dem Prozess am 5. Februar 1872 stattfand und auf der sowohl Wolf wie auch Stürtz sprachen. ^[135]

Ein Nachspiel hatte der Prozess für Stürtz fast zwei Jahre später. Ende des Jahres 1873 veranstaltete Dernburg, der erneut Reichstagskandidat war, in Egelsbach eine sogenannte „Privatversammlung“, in die sich eine Schar „Lassalleaner“ hineingedrängt hatte, unter ihnen Johannes Stürtz, der Kandidat des ADAV. In der anschließenden verbalen Auseinandersetzung bezichtigte Dernburg Stürtz der Denunziation mit Verweis auf den Hochverratsprozess knapp zwei Jahre zuvor. Dernburg, der, wie erwähnt, Wolf und Heuser verteidigt hatte, kannte die Gerichtsakten und soll Stürtz mit Verratsvorwürfen in arge Bedrängnis gebracht

¹³⁰ Münchner Abendzeitung vom 16.1.1872.

¹³¹ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 231-235.

¹³² Der Volksstaat vom 02.12.1871. Dies war die einzige Quelle, die auch Stürtz und Kölsch zu den Angeklagten zählte.

¹³³ Fränkisches Volksblatt vom 11.1.1872. Kitzinger Anzeiger vom 12.1.1872. Münchner Abendzeitung vom 16.1.1872.

¹³⁴ Der Volksstaat vom 20.1.1872.

¹³⁵ Der Volksstaat vom 17.2.1872.

haben. Jedenfalls druckte der nationalliberal-protestantisch gesinnte und Dernburg sehr zugewandte Groß-Umstädter „Odenwälder Bote“ in seiner Ausgabe vom 3. Januar 1874 einen entsprechenden zwei Spalten langen tendenziösen Artikel der „Main-Zeitung“ aus Darmstadt ab. ^[136]

Weniger Aktivitäten

Von Mitte 1871 bis einschließlich April 1873 fehlen die Ausgaben des „Neuen Social-Demokraten“, weswegen weniger Informationen über die örtlichen Aktivitäten von Johannes Stürtz, Wilhelm Wolf und Adam Heuser sowie des ADAV zur Verfügung stehen. Möglicherweise waren aber interne Zwistigkeiten und Mängel in der Organisation der Arbeiterschaft Gründe, warum Berichte über Versammlungen des ADAV in der hiesigen Gegend in den Quellen seltener auftauchten.

Auch behördliche Sanktionen dürften eine Rolle gespielt haben, die ab Ende 1872/Anfang 1873 zunahmen. Zwar konnten Stürtz und Wolf im September 1872 am „Arbeitertag für Süddeutschland“ teilnehmen, ^[137] aber höchstwahrscheinlich war wohl die eine oder andere Veranstaltung doch polizeilichen Verboten zum Opfer gefallen. So wurde eine im März 1873 vom Vorstand des ADAV in Offenbach anberaumte Volksversammlung anlässlich der 25-Jahrfeier der Revolution von 1848 untersagt. ^[138]

Johannes Stürtz, Adam Heuser und Leonhard Schäfer (1836 bis unbekannt) kandidierten im Jahr 1873 noch für das ADAV-Präsidentenamt, erhielten aber jeweils nur eine Stimme. ^[139]

ADAV-Mitgliederbestand

Die Ausbreitung sozialdemokratischer Ortsorganisationen war über die Jahre hinweg von hoher Mitgliederfluktuation gekennzeichnet. Der ADAV insgesamt war deshalb eine durchaus fragile Einrichtung von teilweise nur lockerer struktureller Bindungskraft. Eine Ausnahme bildeten Offenbach und sein Umland, welches durch Redner und Ortsdelegationen unterstützt wurde. Aber auch hier konnten die durch Arbeiter- und Volksversammlungen zahlenmäßig großen spontanen Beitrittswellen nur teilweise gebunden werden. Ebenso hielten viele Mitgliedschaften dem Druck der Behörden, der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Arbeitgebern nicht stand. ^[140] Hatten zur Generalversammlung im Jahr 1869 in Elberfeld-Barmen noch fast 1.100 in ADAV-Ortsvereinen organisierte Arbeiter der Kreise Offenbach und Dieburg — allein 450 aus Offenbach — ihre Delegierten mit einem Mandat ausgestattet, so sah das wenige Jahre später bisweilen anders aus.

¹³⁶ Odenwälder Bote vom 3.1.1874. Main-Zeitung: Organ der Deutschen Fortschrittspartei in Hessen.

¹³⁷ Schweinfurter Anzeiger vom 19.9.1872.

¹³⁸ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 240.

¹³⁹ Neuer Social-Demokrat vom 6.7.1873. Weitere Information zu Schäfer siehe Anm. 164.

¹⁴⁰ Wie Anm. 33 (Offermann): Buch, S. 128-130.

1872

Auf der als „Heerschau der Lassalleaner“ titulierten Generalversammlung vom 22. bis 25. Mai 1872 in Berlin betrug die gesamte (vertretene) Mitgliedschaft lediglich ca. 8.000 Personen. Der ADAV im Großherzogtum Hessen hatte zu dem Zeitpunkt genau 741 Arbeiter in seiner Kartei. Zu den Delegierten aus dem Wahlkreis Offenbach-Dieburg gehörten auch Johannes Stürtz, der 113 Arbeiter aus Offenbach vertrat, und Johann Ohlig, der Bevollmächtigte aus Heusenstamm. Er repräsentierte insgesamt 271 ADAV-Mitglieder, die sich wie folgt verteilten: Bieber 25, Heusenstamm 40, Mühlheim a. Main 55, Neu-Isenburg 24, Obertshausen 10, Seligenstadt 20, Weiskirchen 17; aus dem Kreis Dieburg: Nieder-Roden 50 und Ober-Roden 30. Stürtz und Ohlig nahmen in Berlin somit die Interessen von mehr als der Hälfte (384) der im ADAV organisierten Arbeiter des Großherzogtums Hessen wahr.

Auf einer Versammlung der „Eisenacher“ in Mainz im September 1872 waren nur 51 Delegierte anwesend, die für etwa 5.800 Mitglieder standen.

1873

Genau ein Jahr später, im Mai 1873, vertraten auf der Generalversammlung in Berlin 61 Delegierte 180 Ortsvereine mit ca. 16.000 Mitgliedern. Aus dem Kreis Offenbach wurden folgende Mitgliederzahlen protokolliert: Bieber 35, Dietesheim 30, Groß-Steinheim 35, Hausen 30, Heusenstamm 53, Klein-Steinheim 50, Mühlheim a. Main 44, Neu-Isenburg 14, Obertshausen 50, Offenbach 130, Seligenstadt 35, Weiskirchen 20; aus dem Kreis Dieburg war Nieder-Roden mit 30 und Ober-Roden mit 21 Mitgliedern vertreten. In Summe waren das 577 Arbeiter, die ihren Delegierten ihr Votum mit auf die Reise gegeben hatten. Zu den Abgesandten gehörten Johannes Stürtz und Adam Heuser.

1874

Auf der nächsten Generalversammlung, die vom 26. Mai bis 5. Juni 1874 in Hannover abgehalten wurde, waren aus dem Kreis Offenbach neben den bereits für das Jahr 1873 erwähnten Ortsorganisationen noch Bürgel, Hainhausen, Jügesheim, Klein-Auheim und Klein-Krotzenburg vertreten. Die jeweiligen Mitgliederzahlen wurden lediglich für Offenbach (211 Mitglieder) und Klein-Steinheim (50) dokumentiert. Nicht mehr gelistet war Nieder-Roden aus dem Kreis Dieburg. ^[141]

¹⁴¹ Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 70-79, 133-137. Wie Anm. 7 (Beier): S 152-153. Die Gesamt-Mitgliederzahlen der beiden Organisationen unterscheiden sich je nach Quelle sehr. So werden bei Miller/Potthoff (siehe Anm. 19) auf S. 39 folgende Zahlen genannt: ADAV: 1872 über 21.000 Mitglieder, 1875 ca. 15.000 Mitglieder; SDAP: 1870 ca. 10.000 Mitglieder hauptsächlich in Sachsen, 1875 ca. 9.000 Mitglieder. Grund dafür könnte sein, dass lediglich ein Teil der Ortsvereine Delegierte zu den Generalversammlungen und Kongressen entsandte und nur diese „offiziell gezählt“ wurden. Die Mitgliederzahlen erscheinen deshalb mitunter nicht immer valide.

Reichstagswahl 1874

Agitation im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Ende Juli 1873 übernahm Johannes Stürtz offiziell die Agitation — heute würde man Wahlkampfleitung sagen — im Wahlkreis Offenbach-Dieburg. Der Bekanntgabe war eine nicht-öffentliche Konferenz in Steinheim vorausgegangen, auf der die Mitglieder Stürtz ihre Unterstützung zugesagt hatten. ^[142] Somit entbrannte eine lebhafte Agitation, die von Johannes Stürtz und zunächst Adam Heuser getragen und nicht nur bei Fabrikarbeitern, sondern auch bei einem Teil der Landbevölkerung durchaus positiv aufgenommen wurde. Es verging kein Sonntag, an dem die beiden Offenbacher nicht auf Versammlungen unterwegs waren. Sie und ihre Helfer erhofften sich damit, das linke Mainufer des Wahlkreises Offenbach-Dieburg zu gewinnen. ^[143]

Am Organisationsgrad des ADAV im damaligen Kreis Dieburg hatte sich gegenüber 1870 jedoch kaum etwas geändert; Mitte 1873 waren Ober-Roden (Bevollmächtigter G. Mackert) und Nieder-Roden (J. [F.?] Jäger) die einzigen Orte mit einer Ortsgruppe. Urberach wurde in den Aufstellungen nicht erwähnt. ^[144]

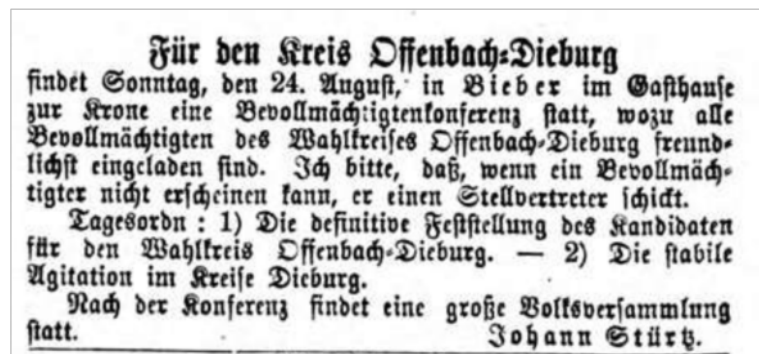


Abbildung 13: Aufruf im „Neuen Social-Demokraten“ vom 22. August 1873

(Quelle: Zeitungsarchiv der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Folglich richtete Johannes Stürtz sein Augenmerk verstärkt auf den Kreis Dieburg. Auf einer für den 24. August 1873 nach Bieber einberufenen Konferenz der Bevollmächtigten war „die stabile Agitation im Kreis Dieburg“ ein Tagesordnungspunkt. ^[145]

In einem Bericht im „Neuen Social-Demokraten“ über eine Volksversammlung, die am 9. August 1873 in Offenbach stattfand, war zu lesen: „Jeden Sonntag finden fünf bis sechs Volksversammlungen im Kreis Dieburg statt, und es wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo das Banner Lassalles auch im fernsten Dörfchen unseres Wahlkreises lustig flattern wird.“ ^[146]

¹⁴² Neuer Social-Demokrat vom 30.7.1873.

¹⁴³ Pfälzer Kurier vom 12.7.1873.

¹⁴⁴ Neuer Social-Demokrat vom 27.7.1873 und 22.8.1873. Weiter südlich gab es eine ADAV-Ortsgruppe in Michelstadt (Neuer Social-Demokrat vom 25.7.1873).

¹⁴⁵ Neuer Social-Demokrat vom 22.8.1873.

¹⁴⁶ Neuer Social-Demokrat vom 24.8.1873.

Sozialdemokratischer Wahlkampf in Dieburg

Eine dieser Volksversammlungen wurde am 10. August 1873 im Gasthaus „Zum Lamm“ abgehalten, die laut SPA äußerst gut besucht gewesen sein soll. Auf dieser sei der Pfannen- und Kaffeemühlen-Reparateur Hartig — weitere Namen wurden in dem Artikel nicht genannt — aus Münster zum Präsidenten (Versammlungsleiter) gewählt worden. Einem der Redner attestierte die Dieburger Zeitung „in Bezug auf die Rhetorik“ schon eine gewisse Routine, zweifelte aber an der Logik seines Vortrags. Etwas bewundernd stellte der SPA fest, „dass diese Partei eine bedeutende Rührigkeit entwickelt, denn es sollen an dem oben genannten Tage nicht weniger als fünf dergleichen Versammlungen in unserem Kreise stattgefunden haben“ — und bestätigte damit indirekt den Bericht im „Neuen Social-Demokraten“. Zum Schluss hätten die Redner versprochen, bald wiederzukommen, warnte das Blatt. ^[147]

Ebenfalls am 10. August 1873 wurde anlässlich eines Festes dem Offenbacher Arbeiter-Gesangverein „Lassallia“ eine rote Fahne überreicht. Offenbar fand sich zu der Zeit in Dieburg bereits eine Schar aktiver sozialdemokratischer Anhänger zusammen. Denn Arbeiter aus Dieburg und Babenhausen schickten dazu Telegramme, „welche von den Festgenossen mit großem Enthusiasmus aufgenommen wurden“, so der „Neue Social-Demokrat“ in seiner Meldung. ^[148] Möglicherweise wurde die Telegramm-Aktion von der Volksversammlung im „Lamm“ befeuert.

Wenige Wochen später, am 21. September 1873, lösten die Sozialdemokraten („Volksbeglückter“) ihr Versprechen ein und kamen erneut nach Dieburg, diesmal ins „Petermannsche Local“ (heute Altstadt 9 ^[149]). Zum Versammlungsleiter sei wiederum der Münsterer Hartig gewählt worden, so das Dieburger Blatt in seinem Bericht. Einer der (beiden) Redner war anscheinend [Josef] Müller ^[150] aus Offenbach, welcher dort und in der Umgebung bereits mehrmals auf solchen Zusammenkünften gesprochen und daher ein gewisses Maß an Erfahrung hatte. Müller „stellte Herrn Stürtz aus Offenbach als Reichstagskandidaten auf“, wie es der SPA formulierte. Harsche Kritik übten die Vortragenden offenbar an der Berichterstattung der hiesigen Presse über die vormals abgehaltenen Versammlungen der Sozialdemokraten hier und in Münster, was der SPA entsprechend derb kommentierte. Allerdings hob die Dieburger Zeitung lobend hervor, dass Hartig „sein Amt mit größter Präzision verwaltet“ habe. ^[151]

Eine weitere Zusammenkunft fand am 19. Oktober 1873 in Dieburg im „Ochsen“ statt, auf der Johannes Stürtz sprach und um das Reichstagsmandat warb. ^[152]

¹⁴⁷ SPA vom 20.8.1873.

¹⁴⁸ Neuer Social-Demokrat vom 5.9.1873.

¹⁴⁹ Heinrich Beckmann: Dieburger Gaststätten im Wandel der Zeit, 1985, S. 55-56.

¹⁵⁰ Ludwig Bergsträsser: Carl Ulrich — Erinnerungen, Offenbach, 1953, S. 31: Ein Hinweis von Carl Ulrich lässt darauf schließen, dass es sich bei ‚Herrn Müller aus Offenbach‘ um Josef Müller, genannt „Brillenmüller“, gehandelt haben dürfte. Dieser trat meistens zusammen mit Stürtz und Heuser auf, auch bei der Gründung der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“.

¹⁵¹ SPA vom 24.9.1873.

¹⁵² SPA vom 25.10.1873.

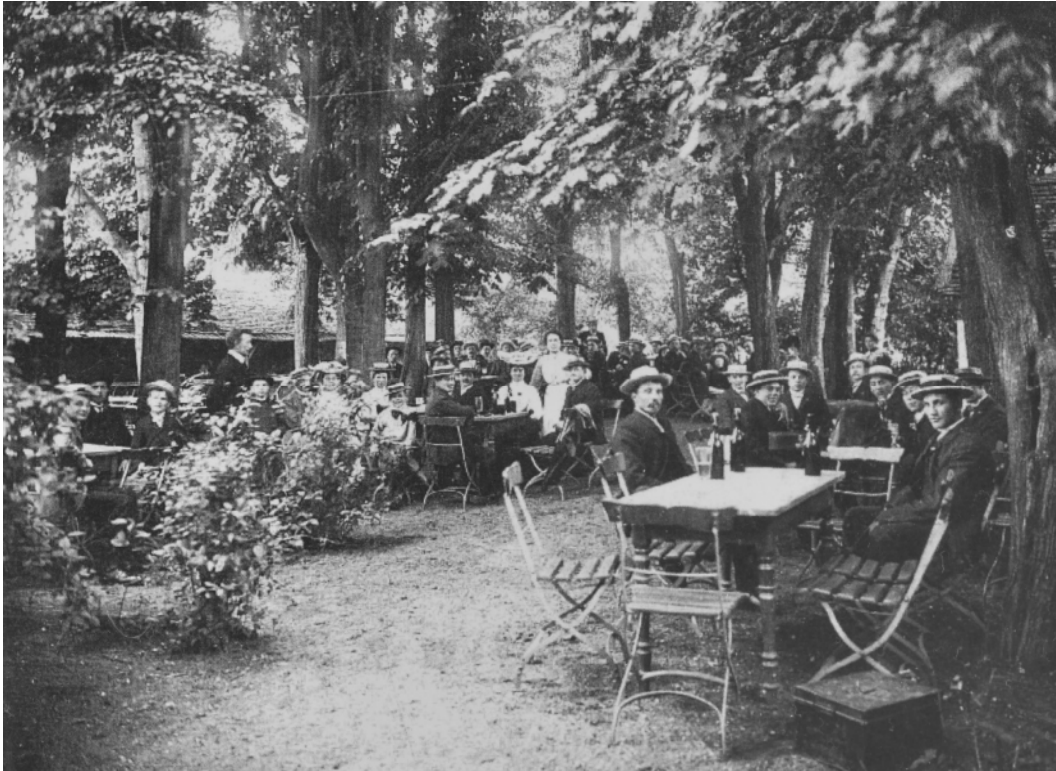


Abbildung 14: „Kleins Garten“, 1906, zuvor „Petermanns Garten“, Dieburg

(Quelle: Paul, Alte Dieburger Wirtshäuser, S. 73)

Auffallend ist, dass die einheimische, sehr dem Zentrum („Pfaffenpartei“) zugewandte Presse inhaltlich den Vorträgen und Forderungen oft wenig entgegenzusetzen hatte. Daher beschränkte sie sich bei der Kritik auf Formalitäten, beispielsweise die Grammatik des Vortragenden. Im gleichen Stil wurde auch ein von den Sozialdemokraten herausgegebenes Flugblatt bemängelt, in welchem der bisherige Abgeordnete des Wahlkreises, Friedrich Dernburg, gerügt wurde. Die mit „Das Wahlkomitee der Arbeiterpartei“ unterschriebene „Flugschrift“ sei, so der SPA in seiner Meldung, „zwar nicht geistvoll und schön, dafür aber sehr grob“. ^[153]

Unverhohlene Schadenfreude klang wiederum aus einer Notiz über eine bei der Polizei nicht angemeldete Versammlung mit dem mittlerweile vom ADAV offiziell benannten Reichstagskandidaten Johannes Stürtz ^[154] im Dezember 1873 hervor. Diese konnte deshalb nicht abgehalten werden. Das Dieburger Blatt deutete an, dass Stürtz und Genossen Glück gehabt hätten. Es hätte sonst leicht passieren können, dass den „Sozialdemokraten noch gründlicher heimgeleuchtet worden wäre als kürzlich in Groß-Umstadt“. ^[155]

¹⁵³ SPA vom 29.11.1873.

¹⁵⁴ Neuer Social-Demokrat vom 26.11.1873.

¹⁵⁵ SPA vom 15.12.1873. Informationen über das Geschehen in Groß-Umstadt lagen nicht vor, da der Odenwälder Bote des Jahres 1873 in den Archiven fehlt.

Sozialdemokraten im benachbarten Münster

Bereits im März 1873 hatte an zwei Sonntagen ein Offenbacher Sozialist — sein Name wurde nicht genannt — im benachbarten Münster in Begleitung „einiger Getreuen aus der Gegend“ Vorträge gehalten und dabei seine bekannten Forderungen kundgetan. Im hiesigen SPA wurden diese als nicht verwerflich angesehen. Allerdings erschien die „Sache“ dem Blatt doch bedenklich, weil „die Ziele der Partei auf den Sturz der Regierungen und der ganzen gegenwärtigen Gesellschaft gerichtet“ seien. ^[156]



Abbildung 15: „Hessischer Hof“ in Münster heute
(Quelle: eigenes Foto)

Einige Monate später, im Juli 1873, waren in Münster im „Hessischen Hof“ ca. 200 Personen einer Einladung von zwei Offenbacher Sozialdemokraten gefolgt. Diese hätten für den Eintritt in den ADAV geworben, mit wenig Erfolg, wenn man dem Zeitungsartikel glauben mag. Überhaupt berichtete das Dieburger Blatt über die Redner und die von ihnen angesprochenen Themen — Militär, zukünftige Wahlen an einem Sonntag durchführen, sozialdemokratische Presse ^[157] — in einer überaus abfälligen Weise. ^[158]

¹⁵⁶ SPA vom 12.3.1873.

¹⁵⁷ Das Fehlen einer sozialdemokratischen Presse wurde in dem Wahlkampf als großes Manko empfunden und führte zur Gründung der sozialdemokratischen „Neuen Offenbacher Tageszeitung“.

¹⁵⁸ SPA vom 30.7.1873.

Wahlergebnisse in Dieburg und einigen Orten im Kreis

Die Reichstagswahl fand am 10. Januar 1874 statt. Wahlberechtigt waren in Dieburg 824 Männer. Von den 686 gültigen Stimmen entfielen auf Nicola Racké (1847 bis 1908), Zentrumskandidat aus Mainz, 587 (85,6 %), auf Dr. Friedrich Dernburg 85 und Johannes Stürtz immerhin 14. ^[159] Die Wahlbeteiligung muss demnach bei mehr als 76 % gelegen haben, da die ungültigen Stimmen nicht überliefert sind.

	Wahl- berechtigte	gültige Stimmen	Racké	Dernburg	Stürtz
			Zentrum	NL	SPD
Dieburg	824	686	587	85	14
in %		76,0	85,6	12,4	2,0

Tabelle 4: Reichstagswahl 1874; Ergebnis in Dieburg

	gültige	Racké	Dernburg	Stürtz
	Stimmen	Zentrum	NL	SPD
Babenhausen	400	---	400	---
in %		0,0	100,0	0,0
Eppertshausen	210	195	15	---
in %		92,9	7,1	0,0
Groß-Umstadt	521	22	441	58
in %		4,2	84,6	11,1
Groß-Zimmern	366	108	228	30
in %		29,5	62,3	8,2
Münster	371	322	---	49
in %		86,8	0,0	13,2
Reinheim	292	---	291	1
in %		0,0	99,6	0,3
Schaafheim	329	---	326	3
in %		0,0	99,1	0,9

Tabelle 5: Reichstagswahl 1874; Ergebnisse in verschiedenen Orten im Kreis Dieburg

¹⁵⁹ Wie Anm. 80 (Klein): S. 198-199 (auch Quelle des Ergebnisses in Tabelle 4); dort wurde Johannes Stürtz unter SPD gelistet, weil er der SPD-Vorgängerorganisation ADAV angehörte. (Die Ergebnisse in Tabelle 5 sind dem Odenwälder Boten vom 14.1.1874 entnommen.)

Im Wahlkreis Offenbach-Dieburg setzte sich auf Antrieb der nationalliberalen Dr. Friedrich Dernburg mit einem Stimmenanteil von 55,7 % durch; ^[160] eine Stichwahl war somit nicht erforderlich. Gegenüber der Reichstagswahl drei Jahre zuvor hatten die Sozialdemokraten lediglich um 1,7 Prozentpunkte zugelegt. (*Weitere Ergebnisdetails dazu im Abschnitt „Reichstagswahlen 1871 bis 1878 — Ergebnisse im Wahlkreis Offenbach-Dieburg“ im Anhang.*)

Außer in Dieburg, Münster und Eppertshausen, wo Nicola Racké klar die Mehrheit erhielt, votierten in fast allen Orten des Kreises Dieburg die Wähler erneut sehr überzeugend für Dernburg. Dies traf auch für die hier nicht gelisteten Orte Altheim und Semd zu. ^[161] Lediglich die Wähler aus Groß-Zimmern verteilten ihre Stimmen etwas „gleichmäßiger“.

Der Sozialdemokrat Johannes Stürtz hatte im Kreis Dieburg nur eine geringe Chance. Einer der besseren Resultate erzielte er in Groß-Umstadt, obwohl sich dort der „Odenwälder Bote“ massiv für Dernburg und gegen „Ultramontane“ ^[162] und „Lassalleaner“ eingesetzt hatte. Wie bereits der SPA in Dieburg, so nahm sich der „Bote“ weniger der Themen von Stürtz an, sondern machte sich beispielsweise über dessen Orthografie lustig. ^[163] Vielleicht tat aber ein vom Offenbacher Sozialdemokraten Leonhard Schäfer ^[164] unterzeichnetes und am Silvesterabend 1873 verteiltes „Schmähblatt“ doch seine Wirkung, denn Johannes Stürtz erzielte in Groß-Umstadt immerhin mehr als 11 % der gültigen Stimmen. ^[165] Nach der Wahl erschien dies dem „Odenwälder Boten“ dann doch „weniger erfreulich“, da ein Teil der Katholiken offenbar für den Sozialdemokraten Stürtz votiert hätte.

¹⁶⁰ Wie Anm. 80 (Klein): S. 199.

¹⁶¹ Odenwälder Bote vom 14.1.1874. Von Ober-Roden, Urberach und Nieder-Roden lagen die Wahlergebnisse nicht vor. Die Anzahl der Wahlberechtigten wurde hier nicht dokumentiert, ist daher nicht bekannt.

¹⁶² Ultramontanismus („jenseits der Berge [Alpen]“): Seit dem früher 18. Jahrhundert Bezeichnung für die Richtung innerhalb des (politischen) Katholizismus, die die Vorherrschaft des Papstes innerhalb der Kirche verteidigt und mit dem Papsttum gegen Aufklärung, Protestantismus, Liberalismus, Laizismus und nationalstaatliche Souveränität eintritt. Dadurch wurde „Ultramontanismus“ zu einem undifferenzierten Schlagwort, das vor allem im „Kulturkampf“ weite Verbreitung fand (MEYERS GROSSES TASCHENLEXIKON, 1981, Bibliografisches Institut Mannheim, Band 22, S. 328). Gemeint war hier der Zentrumskandidat Racké.

¹⁶³ Odenwälder Bote vom 7.1.1874.

¹⁶⁴ Neuer Social-Demokrat vom 10.12.1873. Der Offenbacher Leonhard Schäfer, geb. am 15.10.1836 in Glauberg in Hessen, freireligiös, in verschiedenen Berufen tätig, war Ende 1869/1870 Bevollmächtigter in Mannheim und 1874 Reichstagskandidat im Wahlkreis Mannheim, galt dort als sogenannter „Wanderagitor“ (SPD Baden-Württemberg: <http://geschichte.spd-bw.de/de/um-freiheit-und-soziale-demokratie/1874.html> [abgerufen: 01.2024]; wie Anm. 33 [Offermann]: CD-ROM, S. 52, 58, 137.) und erhielt lediglich 0,6 % der Stimmen. Einer der Gegner dort war übrigens August Bebel (SDAP), für den 1,0 % der Wähler votierten (Wahlen in Deutschland: <https://www.wahlen-in-deutschland.de/kulbmannheim.htm> [abgerufen: 01.2024]). Der Volksstaat vom 9.1.1874). Schäfer war auch für den Wahlkreis Karlsruhe nominiert (Fränkischer Kurier vom 1.12.1873). In Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 138, heißt es weiter zu L. Schäfer: Im Juni 1873 soll ihn Hasenclever zum Bevollmächtigten von Offenbach ernannt haben. (Schäfer könnte somit Nachfolger von Johannes Stürtz gewesen sein.) Da Schäfer den Bürgermeister der Fälschung von Wahllisten bezichtigt haben soll, sei er zu einer Haftstrafe verurteilt worden, habe sich aus der Politik zurückgezogen und im Januar 1874 Offenbach verlassen (Schäfers Reichstagskandidatur in Mannheim und seine Aktivitäten in Groß-Umstadt konnten belegt werden. Insofern erscheinen die Aussagen in den verschiedenen Quellen zusammengefasst nicht ganz plausibel).

¹⁶⁵ Odenwälder Bote vom 3.1.1874, 7.1.1874, 10.1.1874.

Wie in Groß-Umstadt mitunter mit der sozialdemokratischen Wählerschaft umgegangen wurde, konnte einem Leserbrief im SPA vom 17. Januar 1874 entnommen werden. Dort hatte sich der Kaminfeger Adam Zibulsky (1841 bis etwa 1913), der aus einer angesehenen Groß-Umstädter Familie mit demokratischer Tradition stammte und sich für Johannes Stürtz eingesetzt hatte, über die rüden Methoden der Nationalliberalen beschwert. Diese hätten „Wähler, die Dernburg nicht gewählt haben, beim Gang zur Wahlurne und zurück verhöhnt und mit Steinwürfen bedroht“. Vor der Wohnung von Zibulsky sei es nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu „brutalem Geheul einer rohen Masse und kannibalischem Gebaren“ gekommen. Erst der Bürgermeister habe „Schutz und Ruhe verschaffen“ können. Der „Odenwälder Bote“ kontierte am 21. Januar 1874 entsprechend: „Der SPA ist wieder mit Ausfällen gegen die hiesigen Einwohner gespickt.“ Zibulsky wurde „als echter Führer des Hasses“ bezeichnet und bezichtigt, mit „seinen Offenbacher Freunden in den Wirtshäusern von Groß-Umstadt“ herumgezogen zu sein und „in unbändiger Weise gegen die Fortschrittspartei“ geschimpft zu haben. ^[166]

Das beste Ergebnis im Kreis Dieburg erreichte Johannes Stürtz in Münster, wo er 13,2 % der Stimmen erhielt. In allen anderen Gemeinden blieb er — größtenteils erheblich — dahinter zurück. ^[167]

In einer Beurteilung des Wahlausgangs im Kreis Dieburg stellte der „Neue Social-Demokrat“ in seiner Ausgabe vom 20. Februar 1874 fest, dass es den Gegnern gelungen sei, „mittels Schmähungen und Verdächtigungen durch Wort und Schrift den protestantisch-orthodoxen Bauernstand gegen uns aufzuhetzen und uns als Gesinnungsgenossen der Ultramontanen hinzustellen“. ^[168]

Letztendlich blieb nur die Erkenntnis, dass das Banner Lassalles keineswegs im fernsten Dörfchen des Kreises Dieburg flatterte.

¹⁶⁶ Mit Adam Zibulsky fing es an ... 1903 - 2003, Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Groß-Umstadt, S. 13 ff.

¹⁶⁷ Odenwälder Bote vom 14.1.1874.

¹⁶⁸ Neuer Social-Demokrat vom 20.2.1874.

Nach der Reichstagswahl 1874 und 1875

Vereinigung von ADAV und SDAP

Nach der vollzogenen Reichsgründung 1871 verschlechterte sich die Lage der Arbeiterschaft und der Blick des autoritären Kaiserreiches wandte sich wieder nach innen und zielte auf die Sozialdemokratie. Zur staatlichen Unterdrückung kam eine verstärkte ökonomische und soziale Notlage. Dies beförderte die Diskussion um die Annäherung von ADAV und SDAP. ^[169]

	ADAV	SDAP
Gründung	1863	1869
wichtige Personen	Lasalle	Bebel und Liebknecht
Innere Organisation	Autoritäres Präsidium	„Von unten nach oben“
Bezugsrahmen	Kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung	Großdeutsche Lösung unter österreichischer Beteiligung
Einschätzung der Politik Bismarcks	Potenzieller Verbündeter	Inbegriff des autoritären und rückständigen Deutschlands

Tabelle 6: Unterschiede zwischen ADAV und SDAP

Schon zur Reichstagswahl 1874 hatte der „Neue Social-Demokrat“ (ADAV) sich ausdrücklich bereit erklärt, während der Wahlzeit die Polemik gegen den „Volksstaat“ (SDAP) einzustellen, und der Vorstand der „Lassalleaner“ beschloss, bei Stichwahlen die Kandidaten der „Eisenacher“ (SDAP) zu wählen. Ab Mitte Oktober 1874 begannen die Verhandlungen von Vertretern der SDAP und des ADAV über die Vereinigung beider Parteien. ^[170] Im Mai 1875 kam es dann in der Gaststätte „Tivoli“ in Gotha zum Zusammenschluss von ADAV und SDAP; es entstand die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP bzw. SAPD).

Zu den Delegierten aus dem Wahlkreis Offenbach-Dieburg gehörte in Gotha der „Eisenacher“ Carl Ulrich (für Darmstadt und Offenbach), der insgesamt 74 Mitglieder vertrat. Von den „Lassalleanern“ waren lediglich Adam Bleß aus Offenbach und Johann Ohlig aus Heusenstamm hingefahren. Die beiden repräsentierten rund 200 Genossen aus Klein-Krotzenburg, Bieber, Hausen, Heusenstamm, Weiskirchen, Obertshausen, Seligenstadt, Mühlheim a. Main, Bürgel, Groß-Steinheim, Hainstadt, Klein-Auheim und Offenbach.

¹⁶⁹ Michael Reschke, Christian Krell, Jochen Dahm u. a.: Lesebuch der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, 3. Auflage, März 2013, S. 34-35.

¹⁷⁰ Friedrich-Ebert-Stiftung – Portal der Geschichte der Sozialdemokratie, Jahr 1874: <https://www.geschichte-der-sozialdemokratie.de/chronik/#jahr-1874> (abgerufen: 01.2024).

Im Wahlkreis Offenbach-Dieburg sei die Vereinigung teilweise schon vor dem Kongress mit großem Eifer betrieben worden, so Ulrich später in seinen Memoiren. Zahlreiche Orte des Wahlkreises, die eine Mitgliedschaft des ADAV oder eine Organisation der „Eisenacher“ hatten, hätten Versammlungen haben wollen, in denen über die Einigungsverhandlungen gesprochen werden sollte. Auch in Offenbach selbst habe mit der am 8. August 1875 vollzogenen Vereinigung von „Lassalleanern“ und „Eisenachern“ eine lebhafte Agitation für die Sozialdemokratie eingesetzt.

Allerdings schwelten die Gegensätze noch lange im Untergrund fort. Der Boden war aber schon so weit bereitet, dass Wilhelm Liebknecht im Herbst 1875 auf einem großem Volksfest in Offenbach die Festrede halten konnte. Auf einer Massenversammlung am 3. Oktober 1875 in Obertshausen ergriffen verschiedene ehemalige ADAV- und SDAP-Mitglieder das Wort. Die Hauptrede hielt Wilhelm Wolf (vormals ADAV), danach sprachen Kölsch (zunächst ADAV, später SDAP), Ulrich („Eisenacher“), Ohlig (ADAV) und weitere Genossen. Wolf hatte sich mit seinem langjährigen Einsatz die Gesundheit ruiniert und erst der Vereinigungskongress hatte ihn veranlasst, nach längerer Pause erneut in die Bewegung einzutreten. ^[171]

Über (ehemalige) ADAV- oder SDAP-Organisationen im Kreis Dieburg waren in diesem Zusammenhang keine Informationen zu finden.



Abbildung 16: Gaststätte "Tivoli" in Gotha

(Quelle: AdsD der FES, 6/FOTB002567; Rechte: gemeinfrei/AdsD)

¹⁷¹ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 258-259, 267. Historischer Kalender der Offenbacher Sozialdemokratie 1866 bis 2007, Historische Kommission des SPD-Unterbezirks Offenbach, 2008, S. 16. Wie Anm. 150 (Bergsträsser): S. 59.

Gründung der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“

Die Offenbacher „Lassalleaner“ hatten im Reichstagswahlkampf 1874 das Fehlen eines eigenen Presseorgans als schweren Nachteil empfunden. Die „Offenbacher Zeitung“ als Sprachrohr der Nationalliberalen hatte nämlich Johannes Stürtz, den sozialdemokratischen Kandidaten, scharf angegriffen, dabei jedoch jede Erwiderung — selbst gegen Bezahlung im Anzeigenteil — abgelehnt. Auch die Berichterstattung in der Dieburger und Groß-Umstädter Presse war, was die Sozialdemokratie anbelangte, nicht gerade objektiv gewesen. Aus diesem Grund entstand unter den Offenbacher „Lassalleanern“ eine breite Bewegung zur Gründung einer eigenen Zeitung.^[172] Jahrzehnte später wurde dieser Gruppe ein „recht beachtenswerter Weitblick“ attestiert, weil sie erkannt hatte, dass die Ausbreitung der Sozialdemokratie in der Stadt und seinem Umland ein eigenes Lokalblatt Größeres leisten könne, als eine zentralistische Parteizeitung.^[173] Die Berliner Vereinsleitung missbilligte allerdings das Vorhaben, was im Laufe des Jahres 1874 — der genaue Zeitpunkt war in den Quellen nicht zu finden — zum Austritt der Mehrheit der Arbeiter aus dem ADAV in Offenbach führte, unter ihnen Stürtz, Heuser und Müller. Diese gründeten unter der Leitung von Stürtz, dem die Schaffung einer örtlichen Arbeiterzeitung offensichtlich ein großes Anliegen war, eine eigene „Presspartei“.^[174]

Deren Vorstellungen stießen auf teils heftigen Widerstand der übrigen „Lassalleaner“. Bei einer Ende September 1874 in Offenbach abgehaltenen Versammlung stand die Gründung der Arbeiterzeitung auf der Tagesordnung. Etwa fünfzig Besucher aus Frankfurt waren gekommen und beteiligten sich an der Diskussion. Stürtz und seine Mitstreiter, in den Zeitungsberichten der bürgerlichen Presse nun den „Eisenachern“ zugeordnet, setzen sich energisch für das neue Blatt ein. Dabei kam es wegen Meinungsverschiedenheiten zum Tumult, weswegen die anwesende Polizei einschritt und die Versammlung auflöste. Hiernach wurden die Frankfurter Gäste von sechs Polizisten bis an das „Weichbild“ (Stadtgrenze) der Stadt (Offenbach) eskortiert.^[175]

In Offenbach hatte sich schon drei Jahre zuvor eine kleine Gruppe von „Eisenachern“ (SDAP) aufgetan,^[176] zu deren Kreis ab etwa Mitte 1873 auch der zugereiste Carl Ulrich (1853 bis 1933) gehörte (*siehe dazu Abschnitt „Carl Ulrich“*). Anfangs soll Ulrich der Zeitungsgründung durchaus reserviert bis feindlich gegenübergestanden haben.^[177] Offensichtlich stellte er seine Bedenken aber zurück, denn er und die „Presspartei“ erkannten die großen finanziellen Herausforderungen, die die Etablierung des geplanten Blattes im Wahlkreis Offenbach-Dieburg mit sich bringen würden. Deshalb sollte zunächst an eine bereits bestehende lokale Parteizeitung angeknüpft und auf diese die Gründung aufgebaut werden. Ein solches Blatt

¹⁷² Carl Ulrich — Vorkämpfer für soziale Demokratie im hessischen Landtag, Hessischer Landtag, Wiesbaden, 2007, S. 23. Alfred Kurt: Stadt und Kreis Offenbach in der Geschichte, 1998, S. 167.

¹⁷³ Wie Anm. 12 (Kaul): S. 33.

¹⁷⁴ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 249.

¹⁷⁵ Frankfurter Zeitung vom 24.9.1874. Odenwälder Bote vom 30.9.1874. Straubinger Zeitung vom 8.10.1874. Regensburger Tagblatt vom 9.10.1874.

¹⁷⁶ Der Volksstaat vom 2.12.1871.

¹⁷⁷ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 255.

war die „Süddeutsche Volksstimme“ in Mainz, deren Redakteur der „Eisenacher“ Wilhelm Bloß (1849 bis 1927) war. Stürtz hatte bei Wilhelm Liebknecht um einen Vorschlag für einen Redakteur der neuen Zeitung gebeten, der den Journalisten, Historiker, Schriftsteller und Politiker Wilhelm Bloß ins Spiel brachte.^[178] Dieser war Mitglied der SDAP und später erster Staatspräsident des Volksstaates Württemberg.^[179] Nach einem Gefängnisaufenthalt hatte Bloß Ende September 1874 zunächst die Redaktion der „Süddeutschen Volksstimme“ übernommen. Die wirtschaftliche Lage dieses Blattes war schlecht. Auf Anregung vor allem der Offenbacher „Presspartei“ sowie des jungen Carl Ulrich setzte Bloß den Gedanken um, eine dreiköpfige Lokalzeitung für Mainz, Frankfurt a. Main und Offenbach mit Hauptsitz in Frankfurt zu schaffen.^[180]

Letztendlich verkündete Stürtz am 20. Dezember 1874 im (SDAP-Organ) „Der Volksstaat“ die Herausgabe der Arbeiterzeitung „Neue Offenbacher Tageszeitung“ zum 1. Januar 1875.^[181] Die erste Nummer erschien bereits am 24. Dezember 1874, die Nummer zwei am 1. Januar 1875. Die Frankfurter Ausgabe wurde „Frankfurter Volksfreund“ genannt, in Mainz erhielt das Blatt den Namen „Neue Mainzer Zeitung“ und trat an die Stelle der „Süddeutschen Volksstimme“. Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber war Wilhelm Bloß in Frankfurt. In Offenbach bereitgestellt („expediert“) wurde die Zeitung in der Geleitstr. 8, eine Annahme- und Ausgabestelle befand sich im Laden von Stürtz, Kleiner Biergrund 2.

Die Lebensdauer des Dreistädte-Blattes währte nicht lange. Schon nach wenigen Ausgaben stellte der „Frankfurter Volksfreund“ sein Erscheinen ein, weil die dortigen „Lassalleaner“ strikt die Order der Parteileitung befolgten und den „Volksfreund“ boykottierten. Die Offenbacher verfügten dagegen über eine Druckerei — die „Lassalleaner“ hatten unter der energischen Führung von Stürtz vorher eine eingegangene Druckerei aufgekauft^[182] — und einen Zeitungsbetrieb, allerdings fehlten Kräfte mit den notwendigen Fachkenntnissen. Bloß verbrachte daraufhin mehrere Wochen in Offenbach, um die Schwierigkeiten zu beheben, was ihm allerdings nicht gelang. Schließlich lösten Bloß und die „Neue Mainzer Zeitung“ ihre Beziehung zu Offenbach, was für das Mainzer Blatt nach kurzer Dauer Anfang März 1875 ebenfalls das Ende bedeutete.

¹⁷⁸ Der Volksstaat vom 16.7.1875.

¹⁷⁹ Wilhelm Bloß: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bdw5> (abgerufen: 11.3.2024).

¹⁸⁰ Wie Anm. 12 (Kaul): S. 34-35.

¹⁸¹ Der Volksstaat vom 20.12.1874.

¹⁸² Das Kapital dafür stammte von den Arbeitern der Offenbacher „Lassalleaner“, die bereits etwa zwei Jahre zuvor den Entschluss gefasst hatten, eine Arbeiterzeitung zu gründen. Jeder Arbeiter verpflichtete sich, wöchentlich drei Kreuzer abzuführen, damit das erforderliche Betriebskapital gebildet werden konnte (M. W. van der Linde: Die Entstehung der Neuen Offenbacher Tages-Zeitung, ca. 1875, S. 3 [Friedrich-Ebert-Stiftung, Dokument A 23-01929]. Die folgenden Ausführungen des Schriftsetzers van der Linde in der genannten Publikation waren eine Abrechnung mit der SDAP und wurden daher in den weiteren Betrachtungen nicht verwendet.).

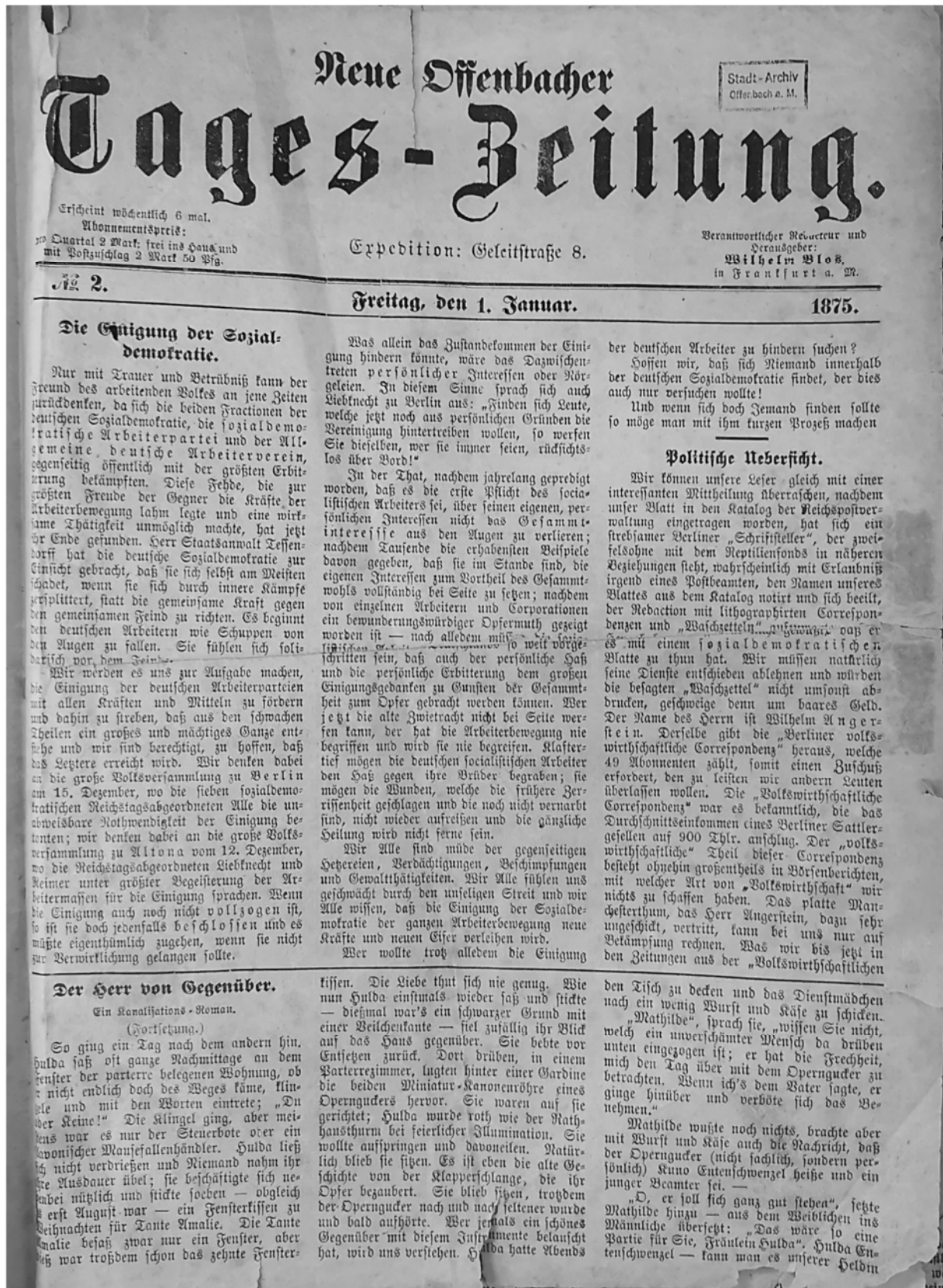


Abbildung 17: Ausgabe der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ vom 1. Januar 1875
(Quelle: Stadtarchiv Offenbach)

Offenbar gab es nicht nur administrative Probleme, sondern auch handfeste Auseinandersetzungen. Bloß gab später auf dem Kongress der SDAP in Gotha Mitte 1875 zu Protokoll, dass die „Stürtzianer“ durch „die Annexion der [Druck-]Maschine den Zwiespalt und die Zerschlagung des Zeitungs-Unternehmens herbeigeführt“ hätten. Damit dürfte Bloß die Pleite der „Neuen Mainzer Zeitung“ gemeint haben. Auch Ulrich sprach von „das Blatt gefährdenden Handlungen und Umtrieben“, zu denen Stürtz, Heuser und Müller sich hätten hinreißen lassen. Außerdem flammten erneut Zwistigkeiten zwischen „Eisenachern“ und „Lassalleanern“ auf.

An die Stelle von Bloß schickte die „Presspartei“ deshalb Adam Heuser vor, der, ebenso wie Johannes Stürtz, mit der Führung der übrig gebliebenen Zeitung überfordert war. Dies war wohl der Grund dafür, dass sich die Redaktion damit begnügte, größtenteils Artikel aus „Bourgeoiszeitungen“ ohne jeden Kommentar und hin und wieder aus anderen Arbeiterzeitungen ohne Quellenangaben abzudrucken^[183]. Die „Neue Offenbacher Tageszeitung“ entsprach damit keineswegs sozialdemokratischen Ansprüchen. Nach dem Verschwinden von Stürtz Mitte des Jahres 1875 trat ein Umschwung ein; die „Neue Offenbacher Tageszeitung“ wurde von Parteigenossen erworben und zeichnete sich nun „in prinzipiellen Fragen und in den Organisationsfragen“ aus.^[184] Die Fraktionen der „Eisenacher“, der „Lassalleaner“ und der „Presspartei“ wählten im August 1875, nach ihrer Vereinigung, den erst 22-jährigen Carl Ulrich — ohne ihn vorher darüber zu informieren oder gar zu fragen — zum Redakteur.^[185] *(Weitere Informationen dazu im Abschnitt „Überregionale Blätter zu der Zeit“ im Anhang.)*

¹⁸³ Wie Anm. 12 (Kaul): S. 36 ff. Der Volksstaat vom 16.7.1875. Aus dem Protokoll über den Kongress der SDAP 1875 zu Gotha: Stürtz, Heuser und Müller waren dort erneut Thema. Ulrich, Liebknecht und Bloß nahmen zu den Dreien, der Zeitungsgründung und dem beinahe Scheitern jeweils aus ihrer Sicht Stellung.

¹⁸⁴ Der Volksstaat vom 1.9.1875.

¹⁸⁵ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 257. Wie Anm. 150 (Bergsträsser): S. 29-32: Carl Ulrich schilderte dort unter dem Titel „Die Gründung des Offenbacher Parteiblattes“ seinen Eindruck von der Gründung der Zeitung.

Zu Fuß unterwegs zur Agitation

Die sozialdemokratische Kärnerarbeit erfolgte in der Zeit auf abendlichen, vor allem aber an Sonntagen stattfindenden Versammlungen. Zur Agitation gehörte es fast immer, einige Stunden zum Ort einer Veranstaltung zu laufen und sich danach wieder auf den Rückweg zu machen, denn Geld für Eisenbahn oder Droschken war nicht vorhanden. So war Carl Ulrich im August 1875 auch zu Fuß von einer Veranstaltung von Seligenstadt — er hatte dort im Saal „Zum Riesen“ auf der Verbrüderungsfeier der zerstrittenen Arbeiterorganisationen gesprochen — nach Offenbach unterwegs, als er zwei Genossen traf, die bereits wussten, was in Offenbach beschlossen worden war: „Du bist zum Redakteur gewählt!“ Erschreckt wandte der Eisendreher Ulrich ein: „Das geht nicht. Das kann ich doch gar nicht!“ Doch die Partei hatte entschieden: „Was du nicht weißt, kannst du lernen. Du bist jung.“ Voller Zweifel, aber folgsam machte Ulrich sich anderntags auf den Weg zur Maschinenfabrik Neubecker, um seine Arbeitsstelle zu kündigen. ^[186]

Personelle Veränderung

Johannes Stürtz war nach der Reichstagswahl im Januar 1874 monatelang bei den seltener anberaumten Konferenzen und Volksversammlungen des ADAV im Wahlkreis Offenbach-Dieburg weder als Einladender noch als Redner in Erscheinung getreten. Grund dürfte sein vormals beschriebener Austritt aus dem ADAV und die Gründung der „Presspartei“ gewesen sein. Ob er in der Zeit tatsächlich vom „Lassalleaner“ zum „Eisenacher“ konvertierte, darüber kann nur gemutmaßt werden. Jedenfalls arbeitete er bei der Gründung der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ mit lokalen SDAPlern zusammen und der „Der Volksstaat“ berichtete über Stürtz nunmehr in einem ihm sehr gesonnenen Ton, beispielsweise am 4. November 1874, weil ihm das Versammlungsrecht vom Kreisrat entzogen worden war. ^[187] Seine mögliche Hinwendung zu den „Eisenachern“ konnte auch dem Zeitungsbericht des „Odenwälder Boten“ vom 30. September 1874 entnommen werden. Auf besagter Versammlung, auf der es um die die Zeitungsgründung ging, soll Stürtz den Präsidenten des ADAV Hasenclever sowie Hasselmann (1844 bis 1916), beide ADAV-Reichstagsabgeordnete, massiv angegriffen haben. Einige Blätter rechneten ihn deshalb in ihren Berichten den „Eisenachern“ zu. ^[188] Vielleicht erhoffte er sich bei den „Eisenachern“ auch die erforderliche Unterstützung bei der Verwirklichung des lokalen Zeitungs-Projekts. Liebknecht hatte auf dem Kongress der SDAP in Coburg am 21. Juli 1874 die Gründung guter Lokalblätter grundsätzlich befürwortet.

Die Umtriebigkeit von Stürtz, Heuser und Müller im Zusammenhang mit dem neuen Blatt, der Versuch, auf „eigene Faust Sozialismus treiben zu müssen“ und letztendlich die massive

¹⁸⁶ Offenbach-Post vom 29.12.2009. Ende der Wirklichkeit: <https://www.op-online.de/offenbach/erde-wirklichkeit-570881.html> (abgerufen: 11.2023). Wie Anm. 172 (Carl Ulrich): S 23.

¹⁸⁷ Der Volksstaat vom 4.11.1874.

¹⁸⁸ Wie Anm. 175.

Störung einer Versammlung im März 1875 mit Ulrich und Blos führten dazu, dass sich die „Eisenacher“ wie auch die „Lassalleaner“ scharf von ihnen distanzieren und sie für unwürdig erklärt wurden, in die Arbeiterpartei aufgenommen zu werden.^[189] Eine entsprechende Mitteilung veröffentlichte „Der Volksstaat“ in seiner Ausgabe vom 7. April 1875.

Mitte 1875 berichteten zahlreiche bürgerliche Blätter mit sichtlicher Genugtuung, dass sich Johannes Stürtz aus dem Staub gemacht und angeblich die Kasse des Offenbacher ADAV sowie seine in Kommission befindliche Uhrenkollektion — er war ja Uhrenmacher — gleich mitgenommen hätte.^[190] Die ätzenden Kommentare der nationalliberalen und „ultramontanen“ Presse kontierte „Der Volksstaat“ geschickt. Er kenne „verschiedene Nationalliberale und sonstige Kulturkämpfer, die mit einer ‚fremden Frau‘ und von gestohlenem ‚fremden Geld‘ leben und — nicht nötig haben, zu verschwinden“.^[191]

Im Groß-Umstädter „Odenwälder Boten“ vom 3. November 1875 war schließlich zu lesen, dass „der bekannte sozialdemokratische Agitator und einstmalige Reichstagskandidat Johannes Stürtz aus Offenbach im ‚Süddeutschen Polizeitelegraph‘ steckbrieflich gesucht“ werde.^[192] Eine andere Quelle berichtet, er wäre zum neu gegründeten (und völlig unbedeutenden) „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (Sitz Hamburg)“ gegangen, der sich 1875 nach der Vereinigung von ADAV und SDAP konstituiert hatte. Stürtz soll 1875 und 1876 in dessen Vorstand gewählt worden sein.^[193]

Jahrzehnte später wurde allgemein die Meinung vertreten, er wäre nach Amerika ausgewandert.^[194]

¹⁸⁹ Der Volksstaat vom 7.4.1875.

¹⁹⁰ Odenwälder Bote vom 3.7.1875.

¹⁹¹ Der Volksstaat vom 9.7.1875.

¹⁹² Odenwälder Bote vom 3.11.1875. Pfälzer Kurier vom 4.11.1875. Süddeutscher Polizeitelegraph: Fahndung über damalige Ländergrenzen hinweg (Newsletter HessenArchiv aktuell 2020/01, S. 5 ff: https://landesarchiv.hessen.de/sites/landesarchiv.hessen.de/files/2022-11/newsletter_hessenarchiv_aktuell_2020.pdf [abgerufen: 01.2024]).

¹⁹³ Wie Anm. 33 (Offermann): CD-ROM, S. 138.

¹⁹⁴ Wie Anm. 12 (Kaul): S. 69.

Carl Ulrich



Abbildung 18: Carl Ulrich (ca. 1875)

(Quelle: AdsD der FES, 6/FOTA102451;
Rechte: gemeinfrei/AdsD)

Seit 1873 war Offenbach mehr und mehr zum politischen Lebensmittelpunkt von Carl Ulrich geworden, der aus Braunschweig stammte. Während er tagsüber bei Offenbacher Firmen als Eisendreher arbeitete, bemühte er sich in der Freizeit, zwischen den Anhängern Lassalles, die in Offenbach damals die Mehrheit hatten, und den sozialdemokratischen „Eisenachern“ zu vermitteln, wobei er unzweideutig für die marxistischen „Eisenacher“ warb.

Die Fähigkeit zu argumentieren und zu diskutieren hatte Ulrich in seinen beiden Wanderjahren entwickelt und geschult. In dieser Zeit fand auch seine politische Sozialisation statt, denn er nahm an allen Arbeitsorten Kontakt zu sozialdemokratischen Gruppen auf, beteiligte sich an Diskussionen auf öffentlichen Versammlungen. Seine erste Rede musste er beim sozialdemokratischen Verein in Augsburg halten, weil der zunächst eingeladene Vortragende nicht erschienen war. „Langsam, stockend und mit schlotternden Knien stand ich da“, so Ulrich in seinen „Erinnerungen“.

Als er vom Rednerpult abtrat, veranlasste ihn der lebhafte Beifall anzunehmen, „dass ich nicht schlecht gesprochen haben dürfte.“^[195]

In der SDAP und im Offenbacher Raum war Ulrich schnell bekannt, weil er sich auch hier an den Versammlungen beteiligte und öffentlich Stellung bezog.

Im „Der Volksstaat“ wurde im August 1873 ein vom ihm unterzeichneter Artikel abgedruckt, in dem er Dernburg, den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Offenbach-Dieburg, scharf angriff.^[196] Auslöser war, dass die Nationalliberalen nur ihnen genehmes Publikum zu den von ihnen öffentlich anberaumten Volksversammlung zulassen wollten und deshalb einen „Verein zum Schutz des Versammlungsrechts“ gegründet hatten. Dernburg hatte kein Interesse an Diskussionen mit den Arbeitern.

Auf einer zu diesem Thema einberufenen Versammlung der Offenbacher Arbeiterschaft, auf der „Lassalleaner“ und „Eisenacher“ vertreten waren, brachten Stürtz und Müller eine Resolution ein, die das Verhalten Dernburgs und das „volksfeindliche Gebaren des Vereins“ verurteilte. Außerdem sollten „bei der kommenden [Reichstags-]Wahl nur der selbstständig organisierte ADAV und dessen Kandidaten antreten“ und diese mit allen Kräften unterstützt werden. Ulrich und die „Eisenacher“ beantragten die Streichung des Bezugs zum ADAV,

¹⁹⁵ Wie Anm. 172 (Carl Ulrich): S. 22. Wie Anm. 150 (Bergsträsser): S. 20-21.

¹⁹⁶ Der Volksstaat vom 24.8.1873. Neuer Social-Demokrat vom 24.8.1873.

wurden aber von den „Lassalleanern“ überstimmt. Dies könnte eines der ersten Aufeinandertreffen von Stürtz und Ulrich gewesen sein. Zu der Zeit war Stürtz bereits designierter (ADAV-)Kandidat für die Reichstagswahl 1874.

Auf dem Coburger Kongress der SDAP Mitte 1874 war Carl Ulrich als Delegierter der Braunschweiger Mitgliedschaft vertreten. ^[197] Im weiteren Verlauf des Jahres 1874 referierte er bei Versammlungen zu verschiedenen Themen, mehrmals einvernehmlich mit Johannes Stürtz und Adam Heuser, die vermutlich zu dem Zeitpunkt den ADAV bereits verlassen hatten. ^[198] Im Dezember 1874 wurde Ulrich in Erfurt wegen „Aufreizung zum Klassenhass“ ^[199] zu einer Geldstrafe, ersatzweise 30 Tagen Haft, verurteilt. Da bei der damaligen Armut von Parteikasse und Mitgliedschaft die „30 Thaler“ nicht aufgebracht werden konnten, musste er die Strafe „abbrummen“. ^[200] Die Haft trat er am 1. Juni 1875 in Darmstadt, Bleichstr. 1, an und gab dies seinen Parteigenossen öffentlich zur Kenntnis. ^[201]

Auch im Jahr 1875 war er — zum Teil mit Wilhelm Bloss und nun gestört von Stürtz — eifrig auf Versammlungen vertreten, warb für die Zusammenarbeit von ADAV und SDAP und nahm, wie bereits angeführt, als einer der jüngsten Delegierten am Gründungsparteitag der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP) teil. Im „Der Volksstaat“ vom 14. Juli 1875 wurde Ulrich wegen seiner Agitation neben anderen Genossen lobend erwähnt. Im August 1875 übernahm Carl Ulrich hauptberuflich die Redaktion der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“. ^[202]

„Aus der ersten Zeit der Agitation“

Zu der Zeit wurde die Agitation allmählich von den industriellen Bezirken Offenbachs auf das Land verlagert. Wollte man den Wahlkreis Offenbach-Dieburg für die Sozialdemokratie gewinnen, galt es, den landwirtschaftlich strukturierten Kreis Dieburg „zu bearbeiten“, wie Carl Ulrich dies in seinen „Erinnerungen“ formulierte. An den Samstagen sei es deshalb über Darmstadt in den Odenwald gegangen, um dort sonntags Versammlungen abzuhalten. Oft seien er und seine Genossen stundenlang auf der Suche nach einem Lokal, einer kleinen Wirtsstube gewesen, Plakate hätten sie selbst geschrieben und angeklebt. Nicht selten sei es vorgekommen, dass das Lokal am Sonntag nicht mehr zur Verfügung stand, weil der Gemeindediener ihnen dies nun im Auftrag des Bürgermeisters verweigerte. Gerne hätte der Wirt einige Gläser Bier verkauft, wäre aber „breitgeschlagen worden und zog seine Zusage für die Versammlung zurück“.

Wenn sich allerdings herumgesprochen hatte, die Sozialdemokraten aus Offenbach wären in einer Wirtschaft, so seien die Leute gekommen und „wir redeten und der Wirt hörte und sah

¹⁹⁷ Der Volksstaat vom 12.7.1874. Wie Anm. 150 (Bergsträsser): S. 22.

¹⁹⁸ Der Volksstaat vom 13.10.1874, 15.11.1874. Neuer Social-Demokrat vom 13.1.1875.

¹⁹⁹ Alfred Kurt: Stadt und Kreis Offenbach in der Geschichte, 1998, S. 168.

²⁰⁰ SPD Offenbach: <https://www.spd-offenbach.de/de/carl-ulrich-c-1414-1----.html> (abgerufen: 01.2024). Wie Anm. 150 (Bergsträsser): S. 26.

²⁰¹ Der Volksstaat vom 6.6.1875.

²⁰² Wie Anm. 12 (Kaul): S. 43. Der Volksstaat vom 7.4.1875, 14.7.1875.

nichts“. Auch der Polizeidiener habe mit zugehört. Erst wenn ein großer Bauer oder die „Kriegsvereinler“ gekommen wären, sei die Stimmung lebhafter geworden und wiederholt habe es Prügeleien gegeben.

Schlimm sei es häufig nachts geworden, weil kein Mensch Ulrich und seine Mitstreiter habe bei sich übernachten lassen. „Dann mussten wir oft noch lange laufen, um in irgendeiner Stube auf irgendeinem Lager oder direkt auf dem Fußboden bei einem Gesinnungsgenossen auszuruhen.“

Das seien, so Carl Ulrich hinterher, „böse Zeiten“ gewesen, „allein sie wurden mit eisernem Willen und unerschütterlicher Begeisterung überwunden“. Jahre später ging der Wahlkreis Offenbach-Dieburg letzten Endes dann doch an die Sozialdemokratie. ^[203]

Ulrich (Hessen), Karl; Staatspräsident a. D. in Darmstadt. Wahlkr. 33 (Hessen-Darmstadt). — Sozialdemokratische Partei.

Geboren am 28. Januar 1853 in Braunschweig; freireligiös. Besuchte die Volksschule, lernte als Maschinenbauer, Schlosser und Dreher, ging als solcher in die Fremde und bereiste als Handwerksbursche Teile Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, wurde in Offenbach a. Main im August 1875 zum Redakteur der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ gewählt und ist heute noch Mitarbeiter des „Offenbacher Abendblattes“, als Nachfolger der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“, erlitt viele Freiheitsstrafen und wurde im Freiburger Sozialistenprozess (1886) mit Bebel und Auer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die er mit den beiden genannten Abgeordneten teilweise zusammen in Zwickau verbüßte.

Vom März 1885 Mitglied der Zweiten Ständekammer bis zur Auflösung derselben im November 1918 infolge der Revolution; seit 1896 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung an, am 26. Januar 1919 in die Hessische verfassungsgebende Volkskammer gewählt, vom Arbeiter- und Soldatenrat Darmstadts und Hessens durch Beschluss der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit der Bildung des Ministeriums für den Freistaat Hessen beauftragt, seitdem Ministerpräsident des Landes mit der Amtsbezeichnung „Staatspräsident“ trat er am 14. Februar 1928 in den Ruhestand. 1890 bis 1903 und von 1907 bis 1918 Mitglied des Reichstags; Mitglied der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und seit 1920 wieder Mitglied des Reichstags. ^[204]

²⁰³ Wie Anm. 150 (Bergsträsser): S. 35-36.

²⁰⁴ Carl Ulrich: aus dem Reichstags-Handbuch, Band: 1928, 4. Wahlperiode.

„Kulturkampf“ und die Folgen für Dieburg

Es war die Zeit des „Kulturkampfes“, der all jenen galt, die mit der katholischen Kirche in irgendeiner Weise sympathisierten. ^[205] In Deutschland wird der Begriff „Kulturkampf“ unter Vorzeichen des 19. Jahrhunderts auf den Konflikt zwischen Preußen bzw. später dem Deutschen Kaiserreich unter Reichskanzler Otto von Bismarck und der katholischen Kirche unter Papst Pius IX. (1792 bis 1878) bezogen. Diese Auseinandersetzungen eskalierten ab der Reichsgründung 1871, als der neue protestantisch geprägte Nationalstaat begann, gegen die katholische Minderheit vorzugehen. Ziel des „Kulturkampfes“ war, katholische Kirche und Staat voneinander zu trennen und den politischen Einfluss der katholischen Kirche im Reich zu unterbinden. Die Maßnahmen gegen die katholischen „Reichsfeinde“ wurden von den Nationalliberalen und anderen Liberalen mitgetragen. Unter dem Eindruck der unerwartet heftigen Gegenwehr der Katholiken trat Bismarck den Rückzug an. Die Konfrontationen wurden bis 1878 beendet und 1887 diplomatisch beigelegt.

Als Bismarck sich entschloss, den „Kulturkampf“ mit der katholischen Kirche einzustellen, hatte er bereits einen neuen Gegner im Visier: die Sozialdemokratie. ^[206]

Dieburger Zeitung verliert „Amtliche Mitteilungen“ (1874)



Abbildung 19: „Odenwälder Bote“ vom 18. Juli 1874

(Quelle: Stadtarchiv Groß-Umstadt)

Im Jahre 1874, als aus Anlass des Wahlsieges der Nationalliberalen das Regierungshandeln sich auch in Hessen wandelte, wurde dem „Odenwälder Boten“ der Charakter des „Amtlichen Kreisblatts für den Landkreis Dieburg“ übertragen, den seither der Dieburger „Starkenburger Provinzial-Anzeiger“ (SPA) innegehabt hatte. Das war für den „Boten“ von großem Wert, weil er als Amtsblatt zwangsläufig in jedem Ort des Kreisgebietes

abonniert werden musste. Sofort setzte nun ein scharfer, teilweise mit juristischen Mitteln ausgefochtener Konkurrenzkampf zwischen den beiden im Landkreis erscheinenden Zeitun-

²⁰⁵ Jürgen Heinel und Marianne Paul: Dieburger Verlag, Andruck 1848 — Geschichte einer Dieburger Zeitung (1998), S. 34.

²⁰⁶ Kulturkampf: in Wikipedia; <https://w.wiki/BkJ> (abgerufen: 13.3.2024). Volker Ullrich: Otto von Bismarck, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, 5. Auflage 2013, S. 105.

gen ein, der mehrmals nicht ganz fair geführt wurde. Besonders in den Zeiten des „Kulturkampfes“ fanden heftige Pressefehden statt. Mitunter bezeichnete der „Bote“ das Blatt der Kreisstadt auch als „Dieburger Kuttenblatt“ oder — in Anspielung auf die von nationalliberaler Seite unterstellte Allianz von „Ultramontanen“ und Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl 1877 — „schwarzrotes Bruderblatt“. ^[207]

Eingebrockt hatte sich der SPA den bis 1927 dauernden Zustand, weil er einen Artikel mit einer „katholikenfeindlichen Tendenz“ des Bürgermeisters von Oppenheim nicht abdrucken wollte. ^[208] Der damalige Verleger Jakob Rachor musste vor dem Kreisrat Hallwachs (1829 bis 1886) erscheinen und wurde aufgefordert, den Artikel abzudrucken oder den Redakteur zu entlassen. Anderenfalls entzöge man dem Blatt die amtlichen Bekanntmachungen.

Jakob Rachor ließ sich nicht einschüchtern und verlor tatsächlich die Genehmigung zur Veröffentlichung der amtlichen Mitteilungen. ^[209]

Das protestantische Groß-Umstadt und der dort beheimatete „Odenwälder Bote“ unterstützen dagegen die Nationalliberalen und seinen Kandidaten Dr. Friedrich Dernburg — im kommenden Reichstagswahlkampf Gegner des Sozialdemokraten Wilhelm Liebknecht — im Sinne des Bismarckschen „Kulturkampfes“.

Bischöfliches Knabenkonvikt wird zwangsweise geschlossen (1876)

Aufgrund des neuen hessischen Schulgesetzes ^[210] durften in Dieburg, stark der katholischen Kirche und dem Zentrum zugewandt, ab 1875 die Ordensfrauen der „Englischen Fräulein“ nicht mehr an der öffentlichen Schule unterrichten und das 1869 errichtete Gebäude des Bischöflichen Knabenkonvikts wurde von 1876 bis 1889 für dreizehn Jahre zwangsweise

²⁰⁷ Aus Tradition in die Zukunft — Odenwälder Bote: <https://www.odenwalddruck.de/de/content/odenwald-bote/~nm.40> (abgerufen: 11.2023). Odenwälder Bote vom 31.1.1877.

²⁰⁸ Sehr wahrscheinlich handelte es sich um den Aufruf des Oppenheimer Bürgermeisters Egly vom 20.1.1874, der im „Odenwälder Boten“ vom 31.1.1874 abgedruckt wurde (E-Mail des Museums Schloss Fechenbach, Lothar Lammer, vom 27.12.2023). Es ging dabei um die Einführung der gemeinschaftlichen Schulen, was bei den Katholiken große Unruhe auslöste. In dem Aufruf wurden die katholischen Würdenträgern und Gläubigen der „Lüge“ bezichtigt; dies könnte für den Dieburger Verleger durchaus ein Grund gewesen sein, sich entsprechend ablehnend zu verhalten.

²⁰⁹ Wie Anm. 205 (Heinel/Paul): S. 34. In einer Meldung der „Augsburger Postzeitung“ vom 12.5.1874, die einen Artikel des „Mainzer Journals“ vom 7.5.1874 abdruckte, hieß es, dass Kreisrat Kückler derjenige gewesen sei, der die Drohung ausgesprochen habe. Hallwachs folgte erst im Juni 1874 auf Kückler. Möglicherweise setzte Hallwachs als Kücklers Nachfolger die Warnung um und entzog dem SPA die amtlichen Anzeigen. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb am 6.7.1875 übrigens über Hallwachs: Er gehöre „zu der Richtung jener nationalliberalen, in Kulturkampf machenden Beamten, die sich unter dem gegenwärtigen Ministerium gewaltig hervortun und als Streber vom reinsten Wasser erscheinen.“

²¹⁰ „Gesetz das Volksschulwesen im Großherzogtum Hessen betreffend“ vom 16.6.1874: Hierdurch wurden Kirche und Schule weitgehend voneinander getrennt. Außerdem galt künftig das Prinzip der Simultanschule, in der Schüler verschiedener Glaubensrichtungen zusammen unterrichtet wurden. Daher gingen fortan christliche und jüdische Kinder gemeinsam zur Schule. (Chronik Crainfeld — Die Geschichte der Crainfelder Schule: <http://www.chronik-crainfeld.de/schulgeschichte.html> [abgerufen: 02.2024]).

geschlossen. ^[211] Die Einführung der Kommenschulen führte zu einem umfangreichen Disput zwischen den beiden Presseorganen aus Dieburg und Groß-Umstadt, der in den jeweiligen Ausgaben oft über mehrere Spalten geführt wurde. ^[212]

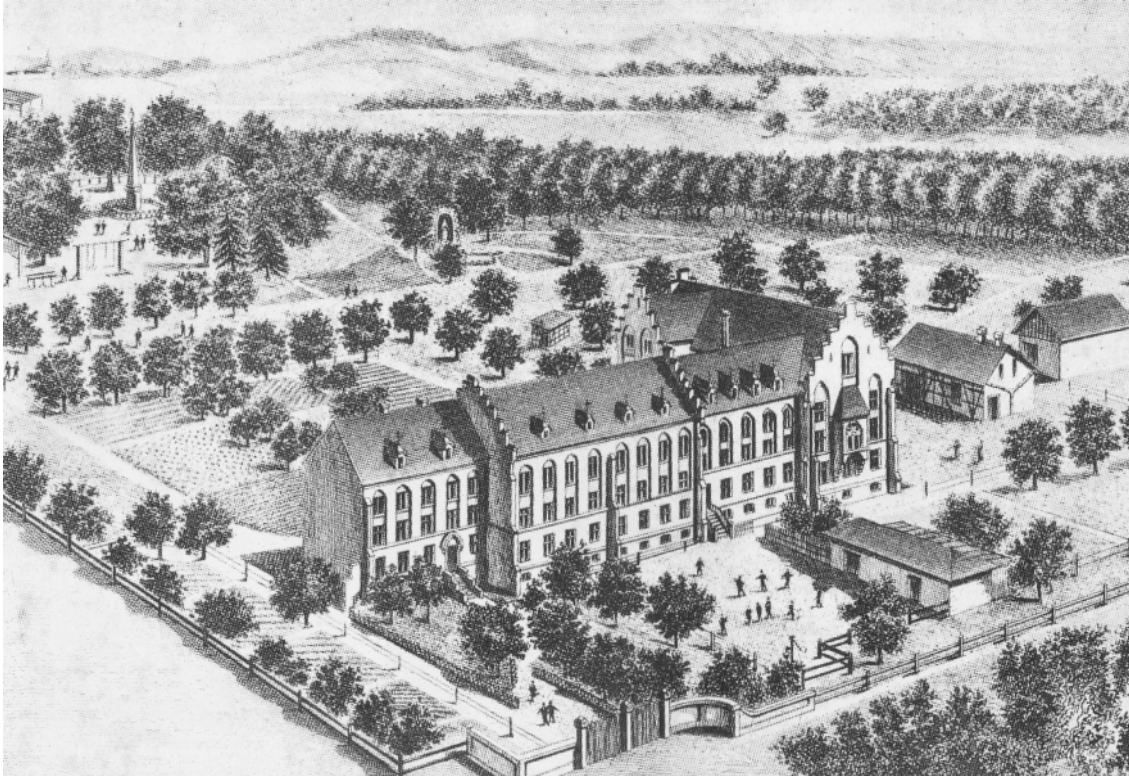


Abbildung 20: „Dieburger Konvikt“, historische Darstellung
(Quelle: Heinel, Rundgang durch das alte Dieburg, ohne Seitenangabe)

Auch blieb nach dem Tod von Dekan Joseph Goy (1877) die örtliche Pfarrei bis 1887 unbesetzt, weil die Ernennung eines neuen Pfarrers von der Zustimmung der Landesregierung abhängig war und diese verweigert wurde. In dieser Zeit war Kaplan Johannes Heß als Pfarrverwalter tätig, der sich dafür „wegen Übertretung der Kirchengesetze“ vor Gericht verantworten musste; ^[213] nach mehreren Instanzen wurde er letztendlich vom Großherzoglichen „Kassationshof“ freigesprochen. ^[214]

²¹¹ Bildungsgeschichte Dieburgs: in Wikipedia; <https://w.wiki/BkCV> (abgerufen: 11.2023). Magistrat der Stadt Dieburg (2007), Dieburg — Eine Chronik, S. 78-79.

²¹² Ausgaben der SPZ (z. B. 20.1.1876) und des Odenwälder Boten (z. B. 3.11.1875) der Jahre 1875 und 1876.

²¹³ Magistrat der Stadt Dieburg (1977): Dieburg — Beiträge zur Geschichte der Stadt, S. 143. SPZ vom 29.9.1877.

²¹⁴ SPZ vom 8.4.1878, 18.7.1878 (Berufung). Kassationshof: höheres Gericht, das die Entscheidungen anderer Gerichte bestätigen oder aufheben, aber nicht durch eigene Urteile ersetzen konnte (Wörterbuch: <https://www.dwds.de/wb/Kassationshof> [abgerufen: 29.10.2024]).

Reichstagswahl 1877

Wilhelm Liebknecht kandidiert im Wahlkreis Offenbach-Dieburg



Abbildung 21:
Wilhelm Liebknecht
(ca. 1875)

(Quelle: AdsD der FES, 6/FOTA068917;
Rechte: gemeinfrei/AdsD)

Anfang Februar 1876 hatten sozialdemokratische Arbeiter aus Offenbach beschlossen, Wilhelm Liebknecht die Kandidatur für die Reichstagswahlen im Wahlkreis Offenbach-Dieburg anzutragen.^[215] Auf dem Kongress in Gotha im August 1876 — wegen des bevorstehenden Verbots firmierte der Parteitag als „Allgemeiner Sozialistenkongress“^[216] — wurde eine Resolution von Hasselmann^[217] und Liebknecht verabschiedet, die forderte, dass „die sozialdemokratische Partei mit aller Energie in den Wahlkampf eintreten“ müsse. Des Weiteren wurden 43 Wahlkreise bestimmt, in denen die Sozialdemokraten hofften, ihre Kandidaten durchsetzen zu können. Diese sollten bei ihrer Agitation von der zentralen Wahlkampfleitung mit Geld und „Redekräften“ unterstützt werden. Unter diesen „bevorzugten“ Wahlkreisen war auch Offenbach-Dieburg mit dem Kandidaten Wilhelm Liebknecht.^[218] Dieser kandidierte, wie damals üblich, noch in einem weiteren solchen Wahlkreis in Sachsen. Außerdem ließ

er sich noch in Gießen, seinem Geburtsort, in Leipzig, Konstanz und Eisenach aufstellen.^[219] (Siehe dazu auch Abschnitt „Reichstagswahlen 1871 bis 1878 — Wahlgesetz und Ergebnisse im Deutschen Reich“ im Anhang.)

²¹⁵ Der Zeitgeist vom 5.2.1876. Die Nachricht wurde von mehreren Zeitungen im Februar 1876 bestätigt. Der „Odenwälder Bote“ vom 29.11.1876 kolportiert, die „Lassalleaner“ beabsichtigten, auch einen Kandidaten aufzustellen.

²¹⁶ Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (1875): in Wikipedia; <https://w.wiki/BkDe> (abgerufen: 01.2024).

²¹⁷ Wilhelm Hasselmann: in Wikipedia; <https://w.wiki/BkDh> (abgerufen: 01.2024): zunächst Mitglied des ADAV, Redakteur der Parteizeitungen „Der Social-Demokrat“ und „Der Agitator“; dann Mitglied der SAPD; Reichstagsabgeordneter; Herausgeber des revolutionären Wochenblatts „Die Rote Fahne“.

²¹⁸ Zweibrücker Zeitung vom 31.8.1876.

²¹⁹ Fränkischer Kurier vom 13.10.1876, 21.10.1876, 25.11.1876, 16.12.1876. Allgemeine Zeitung vom 20.12.1876.

Warum sich Liebknecht für den hiesigen Wahlkreis entschied, konnte nicht genau geklärt werden. Er war mit Carl Ulrich gut bekannt und hatte diesen in Offenbach auch besucht. ^[220] Möglicherweise spielten aber verwandtschaftliche Bande eine entscheidende Rolle. Liebknechts zweite Frau Natalie (1835 bis 1909) war eine gebürtige Reh aus Darmstadt ^[221] mit entfernterem Bezug zu Dieburg.

Ziel der Sozialdemokraten war, mit Wilhelm Liebknecht im Wahlkreis die Macht der Nationalliberalen zu brechen und die Mehrheit zu gewinnen. Dazu war es notwendig, vornehmlich die Menschen in den Dörfern (des Landkreises Dieburg) zu erreichen, was ihnen bei der letzten Reichstagswahl nicht geglückt war.



Abbildung 22: Parteiagitation in den Anfangsjahren der Sozialdemokratie, 1877

(Quelle: HStAD, R 4, 14305)

²²⁰ Frankfurter Rundschau vom 18.1.2019. Gedenkstein für Liebknecht: <https://www.fr.de/rhein-main/offenbach/gedenkstein-liebknecht-11307789.html> (abgerufen: 13.3.2024). Mit einer Einschätzung von Wolfgang Reuter, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Offenbach und Vorsitzenden der Historischen Kommission des SPD-Unterbezirks Offenbach.

²²¹ Hessische Biografie. Wilhelmine Natalie Liebknecht: in LAGIS; <https://www.lagis-hessen.de/pnd/122700821> (abgerufen: 13.3.2024).

„Wahlkreis Dunnerkeil“

Wilhelm Liebknecht, geboren am 29.3.1826 in Gießen, war neben August Bebel der populärste Sozialdemokrat seiner Zeit. Er studierte Philosophie sowie Theologie und absolvierte neben dem Studium zwei Handwerkerlehren: In Wieseck bei Gießen lernte er Zimmermann, in Marburg Büchsenmacher. Liebknecht war Teilnehmer der Revolution 1848/49, emigrierte und war Freund von Marx und Engels. Er gründete die „Eisenacher“ mit und arbeitete für verschiedene Parteiblätter, u. a. ab 1876 als Redakteur und ab 1891 als Chefredakteur des Zentralorgans „Vorwärts“. Von 1867 bis 1871 war er Mitglied des Norddeutschen Reichstags, von 1874 bis 1881 Mitglied des Deutschen Reichstages für den Wahlkreis 19 Sachsen und von 1888 bis 1900 Mitglied des Deutschen Reichstages für den Wahlkreis 6 Berlin ^[222].

1881 war Liebknecht der erste sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, der den Wahlkreis Offenbach-Dieburg gewann, 1884 wurde er wiedergewählt. Lange Zeit war dieser Bezirk als „Wahlkreis Dunnerkeil“ bekannt, weil ein Prominenter den ersten Wahlerfolg des Sozialdemokraten mit dem Ausruf „Dunnerkeil!“ quittiert haben soll. Der hessische Großherzog persönlich soll der Namensgeber gewesen sein, indem er sich mit diesem Kraftwort „Luft zu verschaffen“ suchte ob der Wahl eines Sozialdemokraten in seinem Großherzogtum.

Liebknecht war neben seinem Engagement für die proletarische Bildungsarbeit ein bedeutender Vertreter des Internationalismus in der Arbeiterbewegung. Vor dem Hintergrund seiner antimilitaristischen Haltung zählten Völkerverständigung und Frieden zwischen den Staaten zu den wesentlichen Zielen Liebknechts. ^[223] Er galt als genialer Redner und Verfasser äußerst populärer Broschüren wie beispielsweise „Wissen ist Macht — Macht ist Wissen“.

Der unermüdliche Kämpfer für den Sozialismus starb am 7. August 1900 im Charlottenburg bei Berlin im Alter von 74 Jahren. Liebknechts Begräbnis in Berlin wurde zu einer Manifestation der internationalen Arbeiterbewegung, unzählige Menschenmassen gaben ihm die letzte Ehre. ^[224]

²²² Hessische Biografie. Wilhelm Liebknecht: in LAGIS; <https://www.lagis-hessen.de/pnd/118572768> (abgerufen: 13.3.2024).

²²³ Wilhelm Liebknecht: in Wikipedia; <https://w.wiki/BkFh> (abgerufen: 13.3.2024).

²²⁴ Wie Anm. 83 (Festschrift Rödermark): S 16. Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Gr.-Zimmern (2003), S. 27-28.

Carl Ulrich und Wilhelm Liebknecht in Dieburg (1876/77)

Im Jahr 1876 richtete die Dieburger Presse ihre Aufmerksamkeit vor allem auf, besser gesagt gegen die Nationalliberalen. Mehr noch schien dem von „Starkenburger Provinzial-Anzeiger“ (SPA) jetzt in „Starkenburger Provinzial-Zeitung“ (SPZ) umbenannten Blatt allerdings der „Odenwälder Bote“ ein Dorn im Auge gewesen zu sein. Fast keine Ausgabe, in der nicht von gegenseitigen Anschuldigungen und Klagen berichtet wurde. In den Artikeln auf Groß-Umstädter Seite sah es allerdings nicht besser aus.

Trotzdem entging der SPZ eine von Sozialdemokraten für Sonntag, 24. September 1876, anberaumte Volksversammlung im Gasthof „Zum Ochsen“ nicht. Als Redner wurde der damals 23-jährige Offenbacher Carl Ulrich, mittlerweile Redakteur der sozialdemokratischen „Neuen Offenbacher Zeitung“, angekündigt. ^[225] Leiter der Versammlung, die von etwa 150 Personen besucht worden sei, wäre ein Herr Blees gewesen, ^[226] ebenfalls aus Offenbach. Ulrich habe das Programm der Sozialdemokraten vorgestellt und für „das in Groß-Umstadt [demnächst] neu zu erscheinende sozialdemokratische Blatt, wovon auch gleichzeitig eine Anzahl Probenummern unter die Anwesenden verteilt wurden“, geworben. Herr Blees sei angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen intensiv für die Kandidaten der Sozialdemokraten eingetreten und habe zur aktiven Mitarbeit aufgefordert. Der SPZ war noch erwähnenswert, dass zur polizeilichen Überwachung der Zusammenkunft vier Gendarmen anwesend waren. ^[227]

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten konnten in den Sitzungen des Reichstags nicht viel bewirken. Sie bedienten sich deshalb der „Eisenbahnfreibillets“, um die „Tribüne der Volksversammlungen“ zu nutzen. So auch Wilhelm Liebknecht, der Mitte November 1876 zu einer 10-tägigen Wahlkampftour und weitere Male in den hiesigen Wahlkreis und nach Gießen kam und mehrere Orte besuchte, darunter auch Dieburg. ^[228]

Die Berichterstattung in der Dieburger Presse war, was die Sozialdemokratie im Allgemeinen und Wilhelm Liebknecht im Speziellen anbetraf, durchaus ambivalent. Unterstellte das Blatt den Sozialdemokraten mitunter, den „Rechtsboden“ zu verlassen oder „sittliche Ideen zu leugnen“, so wurde der Reichstagsabgeordnete Liebknecht zuweilen als jemand beschrieben, der mit einem ehrenwerten Charakter versehen sei. Die SPZ brachte es, wie sich noch zeigen wird, fertig, in einer Ausgabe diesen Widerspruch unaufgelöst abzudrucken. ^[229]

²²⁵ SPZ vom 23.9.1876.

²²⁶ Sehr wahrscheinlich handelte es sich um den Parteigenossen und „Lassalleaner“ Adam Bleß, der im September 1874 bei einer Versammlung in Offenbach wegen der Gründung des sozialdemokratischen Lokalblattes zu denen gehörte, die massiv dagegen waren und Stürzt ordentlich Kontra gaben. Bleß starb Ende April 1877 und wurde unter großer Anteilnahme in Offenbach zu Grabe getragen. Redner auf der Trauerfeier war auch Carl Ulrich (Vorwärts vom 11.5.1877).

²²⁷ SPZ vom 26.9.1876: Das sozialdemokratische Blatt war der „Odenwälder Bürger- und Bauern-Freund“.

²²⁸ Vorwärts vom 22.11.1876, 29.11.1876. Augsburgs Postzeitung vom 1.12.1876.

²²⁹ SPZ vom 30.11.1876.



Abbildung 23: Gasthof „Zum goldenen Engel“, Dieburg
(Quelle: Paul, *Alte Dieburger Wirtshäuser*, S. 91)

Sorgsam angekündigt wurde die Versammlung mit Wilhelm Liebknecht, dem sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, die im „Saale des Herrn Karl Heyl“ am 26. November 1876 stattfinden sollte. ^[230]

Offenbar machte der 50-jährige eloquente Parlamentarier — er war bereits seit 1874 Reichstagsabgeordneter — großen Eindruck, denn die Dieburger Zeitung berichtete ausführlich und, für die damalige Zeit, erstaunlich objektiv über die sehr gut besuchte Veranstaltung. In einer zweieinhalbstündigen Rede sei Liebknecht „in sehr guten Ausführungen auf das Regierungssystem in Deutschland“ eingegangen. Er habe den Militarismus und die „Blut-und-Eisenpolitik“ Bismarcks verurteilt sowie auf die dadurch fehlenden Mittel für Schulen hingewiesen. Liebknecht wünschte sich für Deutschland eine Milizarmee, die zum größten

Teil oder vollständig erst im Bedarfsfall aufgestellt werden sollte. Andere Themen seien die Familienpolitik sowie die ihm unterstellte Reichsfeindlichkeit gewesen. Letzteres habe Liebknecht sogar als Ehre empfunden.

Als weiterer Redner, so die Dieburger Zeitung, habe Carl Ulrich in der Versammlung gesprochen. Dieser hatte sich — offenbar sehr zum Wohlgefallen der einheimischen Berichterstatter — den „Odenwälder Boten“ und dessen „vortreffliche Wahrheitsliebe“ vorgenommen sowie über die Reinheimer Versammlung der Nationalliberalen einige Worte geäußert (*siehe*

²³⁰ SPZ vom 25.11.1876. Bei dem „Saale des Herrn Karl Heyl“ handelte es sich mit Sicherheit um das Gasthaus „Zum goldenen Engel“ in der Zuckerstr. 6 (Heinrich Beckmann: *Dieburger Gaststätten im Wandel der Zeit*, 1985, S. 45. Marianne Paul: *Alte Dieburger Wirtshäuser*, Dieburg, 1995, S. 91. Dort hatte der Gastronom jedoch den Vornamen „Israel“, nicht Karl. Vermutlich nannte die einheimische Bevölkerung den Wirt Einfachheit halber Karl oder es traten Fehler bei der Übermittlung des Vornamens auf.).

dazu nächsten Abschnitt). Der Versammlungsleiter sei Th. Daschner gewesen, ^[231] Redakteur des „Odenwälder Bürger- und Bauernfreundes“ aus Groß-Umstadt, der zur aktiven Mitarbeit aufgefordert habe.

Zusammenfassend konnte sich das hiesige Blatt mit den von Liebknecht vorgetragenen Punkten einverstanden erklären, zumal „seine Rede [einen] religiösen Hauch durchwehte“. Allerdings würde das Gute, welches Liebknecht verfolge, nach deren Meinung, auch der Kandidat des Zentrums, nämlich Nicola Racké, vertreten. Und der war der „Starkenburger Provinzial-Zeitung“ allemal lieber.

In derselben Ausgabe setzte sich die SPZ unter der Überschrift „Nochmals ein Wort über politische und soziale Parteien und Standpunkte“ u. a. auch mit der „social-demokratischen“ Partei auseinander. Politische Standpunkte und Fakten waren in dem betreffenden Absatz allerdings nicht zu finden. Vielmehr ließ sich die Zeitung über „Wahres und Gutes“ aus und prangerte angebliche Ausschreitungen einzelner sozialdemokratischer Mitglieder an. Bei der Lösung der „Sozialen Frage“ verstieg sie sich sogar in die Zeit der Römer und bemühte einen großen deutschen Dichter. Das Dieburger Blatt glaubte, „dass gerade echte Religiosität und namentlich durch praktisches Christentum die ‚Soziale Frage‘ am sichersten und am besten gelöst würde“. Die „Starkenburger Provinzial-Zeitung“ fühlte sich daher nicht „angeregt“, sich der „social-demokratischen“ Partei anzuschließen oder Mitglieder dieser zu wählen. ^[232]

²³¹ Theodor Daschner, geboren 1840 im niederbayerischen Straubing, ledig, katholisch (Odenwälder Bote vom 10.2.1877), Drechsler von Beruf, hatte offenbar journalistisches Talent. 1871 war er zunächst in Augsburg beim Arbeiterbildungsverein „Lassalle“ aktiv (u. a. Der Proletarier vom 19.2.1871), bevor er nach Sachsen übersiedelte und in Dresden einer der Redakteure des „Dresdner Volksboten“ wurde (Allgemeine Zeitung vom 25.12.1872). Danach wurde Daschner mehr als ein Jahr aus verschiedenen Gründen inhaftiert und anschließend ausgewiesen (Der Volksstaat vom 4.1.1874). Seine Kandidatur bei den Reichstagswahlen 1874 für den sächsischen Wahlkreis Bautzen-Kamenz (Fränkische Zeitung vom 1.12.1873) aus dem Gefängnis heraus war erfolglos. Daschners Name wurde auch im Zusammenhang mit der Mainzer „Süddeutschen Volksstimme“ genannt, dessen Redakteur (vor Wilhelm Bloss) er anschließend gewesen sein soll (Süddeutscher Telegraph vom 9.3.1875). Weitere Festnahmen folgten. Ende Juli 1876 wurde ihm anstelle von Carl Ulrich, als dieser erneut ins Gefängnis musste, die Verantwortung für die „Neue Offenbacher Tageszeitung“ als Interimsredakteur übertragen. Nach Ulrichs Rückkehr übernahm er am 20.9.1876 die Leitung des neugegründeten Blattes („Odenwälder Bürger- und Bauern-Freund“) in Groß-Umstadt (wie Anm. 12 [Kaul]: S. 67). Aus einer kurzen Notiz im „Vorwärts“ vom 20.5.1877 war ersichtlich, dass sein Aufenthaltsort zunächst nicht bekannt war. Etwa einen Monat später wurde er via „Vorwärts“ gebeten, Liebknecht seine Adresse zwecks „Abgabe einer gerichtlichen Zeugenerklärung vor dem Landgericht in Groß-Umstadt“ mitzuteilen. Am 15.2.1878 meldete der „Vorwärts“, dass Daschner, der seit einigen Tagen anstelle eines inhaftierten Parteigenossen Redakteur der in Krefeld erscheinenden (und mit einer Auflage von 200 Exemplaren völlig unbedeutenden) „Niederrheinischen Volksstimme“ gewesen sei, am 10.2.1878 ohne Angabe von Gründen verhaftet worden wäre. Ob und wie er wieder freigekommen war, darüber waren keine Informationen zu finden. Höchstwahrscheinlich kandidierte er im Wahlkreis Kerpen bei der Reichstagswahl 1878 auf Seiten der Sozialdemokraten (Coburger Zeitung vom 2.9.1878) erneut, war aber chancenlos. In den 1880er-Jahren — zu der Zeit dürfte er sich vor allem in Süddeutschland und der Schweiz aufgehalten haben — wurde im „Der Sozialdemokrat“ (6.4.1882, 24.6.1886, 10.6.1887) mehrmals vor Daschner als einem „Schwindler“ und „getriebenen“ aller Beutelschneider“ gewarnt. Auch wurde dabei der hiesige Wahlkreis („berüchtigter, unsauberer Patron Offenbach-Dieburger Wahlangedenkens“) erwähnt. Die Hintergründe dafür konnten nicht ermittelt werden. Am 26.2.1885 beschlossen die Schweizer Behörden, Daschner, zuletzt Schaffhausen, und weitere zwanzig „Individuen“ auszuweisen. Begründet wurde die Maßnahme mit vermuteten und nicht bewiesenen anarchistischen Umtrieben (Allgemeine Zeitung vom 9.6.1885).

²³² SPZ vom 30.11.1876.

Sozialdemokratische Veranstaltungen und Aktivitäten in den Gemeinden des Kreises — Liebknecht lieber als Dernburg

Wahlkampf vor dem ersten Wahlgang

Nicht nur in Dieburg, welche als Kreisstadt wichtiger Anlaufpunkt im südlichen Wahlkreis Offenbach-Dieburg war, sondern auch in anderen Gemeinden des Kreises waren Sozialdemokraten aktiv.

Bereits Mitte des Jahres 1876 warnte der „Odenwälder Bote“ vor einem unbekanntem Mann, der „das Terrain für die nächsten Reichstagswahlen im sozialdemokratischen Sinne sondiere und bearbeite“. Außerdem hetzte das Blatt gegen Veranstaltungen in Kleestadt und Harpertshausen, an denen Bürger aus Langstadt und Schlierbach teilgenommen hatten. ^[233]

Wegen der Bereitstellung eines Saales für eine sozialdemokratische Versammlung in Groß-Bieberau — ob diese tatsächlich erfolgte oder nicht, ließ der Verfasser des Artikels vom 1. November 1876 etwas im Unklaren — griff das Groß-Umstädter Presseorgan tief in die Kiste der Verunglimpfungen. Es suggerierte, dass die Sozialdemokraten, die „Volksbeglucker“ und „Umsturzapostel“, von nichts Geringerem ausgingen, „als dem gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung.“ Fabuliert wurde von angeblichen „gemeinen Ausfällen“ der „neuen Zeitung“; konkrete Beispiele dazu fehlten allerdings. ^[234] Mit „neuer Zeitung“ meinte der „Odenwälder Bote“ den sozialdemokratischen „Odenwälder Bürger- und Bauern-Freund“, der Anfang Oktober 1876 erstmals erschienen war, eine örtliche Konkurrenz darstellte und für den die Genossen eifrig Werbung machten. In einer weiteren Notiz vom 15. November 1876 bezichtigte der „Bote“ das SPD-Blatt u. a. der „Gotteslästerung“, der „Beleidigung des deutschen Reichskanzlers“ und der „pöbelhaften Schreibweise“. Der „Odenwälder Bürger- und Bauern-Freund“ sei, so die Redaktion der Groß-Umstädter Zeitung, „keiner Antwort würdig“.

Offenbar war den Nationalliberalen und ihren Gehilfen bewusst, dass es diesmal mit der Wahl Dernburgs eng werden könnte. Dr. Frank und Jakob Lautz, ^[235] die beiden in Groß-Umstadt ansässigen „Ortsagitatoren“, appellierten eindringlich anlässlich einer nationalliberalen Vertrauensmännerversammlung am 12. November 1876 in Reinheim an die Kampfbereitschaft der Teilnehmer. Klar auch, dass die Sozialdemokraten und Liebknecht aufs Übelste beschimpft wurden. Dr. Frank scheute sich nicht, ihnen den sogenannten „Frankfurter Bierkrawall“ des Jahres 1873 unterzujubeln ^[236] sowie sie „der Gewalttätigkeit, des Diebstahls und des Totschlags“ zu bezichtigen. ^[237] Sogar die Dieburger SPZ berichtete ausführlich über das

²³³ Odenwälder Bote vom 15.7.1876.

²³⁴ Odenwälder Bote vom 1.11.1876.

²³⁵ Odenwälder Bote vom 22.7.1876: Jakob Lautz, streng nationalliberal, hatte die Redaktion und den Verlag des „Odenwälder Boten“ Mitte des Jahres 1876 abgegeben, die politische Ausrichtung des Blattes änderte sich dadurch aber in keiner Weise.

²³⁶ Frankfurter Bierkrawall: Auslöser der Unruhen am 21.4.1873 war die Erhöhung des Bierpreises durch die örtlichen Brauereien; in der Bewertung eines möglichen politischen Hintergrunds ist sich die Forschung bis heute uneinig. Bei der Niederschlagung durch das preußische Militär kamen 20 Menschen ums Leben (Frankfurter Bierkrawall: in Wikipedia; <https://w.wiki/BkMc> [abgerufen: 13.3.2024]).

²³⁷ Odenwälder Bote vom 15.11.1876; auch der Teil zum Odenwälder Bürger- und Bauern-Freund.

Treffen „nationalserviler Vertrauensmänner“^[238] in Reinheim, indem sie den entsprechenden Artikel genüsslich aus der „Neuen Offenbacher Zeitung“ zitierte, dem Organ der Sozialdemokraten.^[239]

Seine Leserschaft stimmte das Groß-Umstädter Blatt ab November 1876 zunächst mit einer mehrteiligen dystopisch anmutenden Serie „Über [die] Sozialdemokratie“ ein. Immerhin vermeldete der „Bote“ Ende November 1876 eine gut besuchte Versammlung mit Wilhelm Liebknecht in Groß-Umstadt, ohne jedoch nur ansatzweise auf Vortragsinhalte einzugehen.

Allerdings hatte die Veranstaltung ein nicht unerhebliches juristisches Nachspiel. Denn fast genau ein Jahr später, im November 1877, kam es vor dem Großherzoglichen Hofgericht zu Darmstadt zu einem Revisionsverfahren. Verhandelt wurde gegen den Reichstagsabgeordneten Liebknecht, der Dr. Frank und Georg Müller, Redakteur (Schriftleiter) des „Odenwälder Boten“, auf besagter Versammlung beleidigt haben soll und die daher geklagt hatten.

Der Sozialdemokrat war in der Tat seine politischen Gegner dort sehr scharf angegangen und hatte sie als „feige Verleumder“ bezeichnet, die ihn zuvor einen „hergelaufenen Bummler“ genannt hatten. Zu der Versammlung schriftlich eingeladen hatte Liebknecht auch Frank und Müller, die beide nicht erschienen waren. Diese wären — Liebknecht hatte sie offenbar namentlich nicht genannt, aber verbal heftig attackiert — von den mitanwesenden Ulrich und Daschner mit ähnlichen sowie ungleich derberen „Epitheta“^[240] belegt worden.

Das Gericht sprach Liebknecht zweitinstanzlich frei und revidierte damit das Urteil des Großherzoglichen Landgerichts zu Groß-Umstadt, welches ihn zu 40 Mark Strafe, ersatzweise 20 Tage Haft, verurteilt hatte. Nicht zuletzt auch deswegen, weil Dr. Frank wenige Tage zuvor in Reinheim in seiner Rede, wenn auch hinter verschlossenen Türen, den Sozialdemokraten Mord vorgeworfen habe. Der „Bote“, redigiert von Müller, habe dies bestätigt. Der Oberstaatsanwalt betonte laut SPZ überaus treffend, dass „es eigentümlich und nicht sehr passend sei, dass Leute, die sich einmal in das öffentliche politische Leben und in die Wahlkämpfe gemischt, hinterher, wenn man sie, was sie wohl erwarten mussten, nicht mit Glacéhandschuhen angegriffen, die Strafgerichte um Hilfe anriefen“.^[241]

In einer weiteren Meldung kritisiert das Groß-Umstädter Blatt, dass Liebknecht nicht im Reichstag sitze, sondern im Wahlkreis mit einer Eisenbahnfreikarte umherreise und in Neu-Isenburg, Sprendlingen und auch im Kreis Dieburg auftrete.^[242] Die nächsten Wahlen seien den Sozialdemokraten allemal wichtiger, „als die gegenwärtigen Kompromissverhandlungen und das viele Weibergewäsch im Reichstag“, so der „Vorwärts“ in seiner Ausgabe vom 29. November 1876.^[243] Dagegen in Schutz genommen vom „Odenwälder Boten“ wurde

²³⁸ Servil: unterwürfig, kriechend, knechtisch (Duden, Fremdwörterbuch, Band 5, 1974, Bibliographisches Institut Mannheim/Wien/Zürich).

²³⁹ SPZ vom 23.11.1876.

²⁴⁰ Epitheton (Plural: Epitheta): nur schmückendes, d. h. typisierendes, formelhaftes, immer wiederkehrendes Beiwort (Duden, Fremdwörterbuch, Band 5, 1974, Bibliographisches Institut Mannheim/Wien/Zürich).

²⁴¹ SPZ vom 8.11.1877. Odenwälder Bote vom 17.11.1877.

²⁴² Odenwälder Bote vom 29.11.1876, 2.12.1876, 17.11.1877. SPZ vom 8.11.1877.

²⁴³ Vorwärts vom 29.11.1876.

erwartungsgemäß Dernburg, weil dieser eine Einladung Liebknechts zu einer gemeinamen Versammlung am 21. November 1876 in Offenbach nicht wahrgenommen hatte. ^[244]

Die höchst abschätzigste Art, mit der sich der „Bote“ über Liebknecht und die Sozialdemokraten äußerte, tat da und dort gleichwohl seine Wirkung. So kam es vor, dass diesen die Lokalität für ihre Versammlungen verweigert wurde, so beispielsweise in Dorndiel. ^[245]

Die Dieburger SPZ berichtete am 19. Dezember 1876 von Volksversammlungen in Groß-Zimmern, Klein-Zimmern und Münster. Die Zeitung bedauerte, dass die Kardinalsfrage, der Kernpunkt der Sozialdemokratie, von den „sozialistischen Agitatoren“ höchst selten angesprochen oder sogar bestritten werde. Gemeint war die Unvereinbarkeit eines sozialdemokratischen Staates mit der christlichen Religion. Da man offenbar der Landbevölkerung solchen Erkenntnisgewinn nicht zutraute, wurde diese vorsichtshalber langatmig aufgeklärt. Kein Zweifel ließ das Blatt auch daran, wie der Leser zu verfahren hatte, wenn es zu einer Stichwahl ohne den Zentrums kandidaten Racké kommen sollte. Liebknecht gaben die Artikelschreiber auf jeden Fall den Vorzug vor dem nationalliberalen Dernburg. ^[246]

Wahlkampf vor der Stichwahl

Wie hart die politische Auseinandersetzung geführt wurde und wie unterschiedlich die Dieburger und Groß-Umstädter Presseorgane über ein und dieselbe Veranstaltung berichteten, konnte der Leser — das Abonnement beider Zeitungen dürfte jedoch die absolute Ausnahme gewesen sein — am Beispiel einer Versammlung von Wilhelm Liebknecht und Carl Ulrich in Spachbrücken am 20. Januar 1877 (nachmittags) erahnen. Beide Zeitungen informierten ihre Leser erst nach der Stichwahl.

Zunächst muss vorausgeschickt werden, dass der Buchdruckereibesitzer Werner aus Offenbach bereits etwa zwei Wochen zuvor im Namen eines „Komitees für die Wahl Dernburgs“ bei der Dieburger Zeitung nachgefragt hatte, ob diese bereit wäre, ihren Ausgaben ein Flugblatt beizulegen. Dieses würde den Nachweis erbringen, wie feindlich die Sozialdemokraten dem Christentum und jeder Religion gegenüberstünden. Kadler, Redakteur der SPZ, bezeichnete dies öffentlich als „Unverfrorenheit der Herren ‚Nationalliberalen‘“, lehnte dies entrüstet ab und betonte, dass Liebknecht noch allemal akzeptabler sei als Dernburg.

In seinem mit der Dieburger Versammlung (abends) zusammengefassten Bericht vom 27. Januar 1877 über die Spachbrückener Veranstaltung konzentrierte sich die SPZ zunächst auf ein Flugblatt mit gefälschten Aussagen Liebknechts. Ob es sich inhaltlich um das Gleiche wie das bereits erwähnte handelte, wurde nicht erläutert. Der eben genannte Werner habe dort versucht, Liebknecht das Pamphlet mit seinen teilweise erfundenen Zitaten unterzuschieben, worauf dieser die Fälschung ohne Mühe enttarnt habe. Die SPZ zweifelte daher an

²⁴⁴ Vorwärts vom 24.11.1876. Odenwälder Bote vom 29.11.1876.

²⁴⁵ Odenwälder Bote vom 3.1.1877.

²⁴⁶ SPZ vom 19.12.1876.

der Ehrlichkeit der „liberalen“ Agitatoren. (*Dazu mehr im folgenden Abschnitt „Die National-liberalen und ihre Flugblätter“.*)

Der Groß-Umstädter „Odenwälder Bote“ konterte am 31. Januar 1877 mit einem Artikel und stellte klar, dass der Buchdruckereibesitzer Werner aus Offenbach nicht anwesend gewesen sei, er sich daher kein „Gefecht“ mit dem Sozialdemokraten habe liefern können. In der Tat stellte sich bereits wenige Tage später heraus, dass Liebknechts Gegner nicht Werner, sondern Weil hieß; die SPZ brachte in einem merklich entspannten Ton eine entsprechende Berichtigung, das Groß-Umstädter Blatt beließ es bei der vorherigen Meldung.

Für den „Boten“ war die Präsidentenwahl (Versammlungsleitung) der Spachbrückener Veranstaltung noch ein wichtiges Thema. Zwar hätten die Sozialisten und ihr Kandidat, der Barbier Hornung, die Majorität für sich beansprucht, jedoch wären die Nationalliberalen ganz klar in der Mehrheit gewesen. Des Friedens wegen seien zwei Präsidenten gewählt worden, nämlich zusätzlich noch der nationalliberale Lehrer Neuroth. Nach einem Wortgefecht habe Neuroth noch auf die „von sozialistischer Seite vorgebrachten Unrichtigkeiten entgegen“ wollen, worauf Hornung ohne Rücksprache die Versammlung geschlossen hätte. Peter Stromberger V., der Wirt, hätte dem nationalliberalen Redner sogar das Wort verboten. Über diesen Teil der Versammlung war in der SPZ keine Zeile zu finden.

Dafür trat das Dieburger Blatt nach der Bekanntgabe des Stichwahlergebnisses nochmal nach und bescheinigte einem „gewissen Offenbacher Herren, der als Gegenredner auftrat und im Rücken des Herrn Liebknecht mit allerlei Fratzen diesen traktierte, Rohheit und Ungebildetheit“. Dem Wirt fehlten am Ende der Versammlung mehr als zehn Biergläser, die später vor dem Ort auf der Chaussee nach Reinheim zertrümmert worden wären. Die Missetäter wurden zwar in dem Bericht nicht namentlich genannt, aber es bestand kein Zweifel, dass diese in den Reihen der Nationalliberalen zu suchen waren.

Offenbar war Stromberger, dem Wirt, der Artikel im „Odenwälder Boten“ zu viel des Guten, denn er erwiderte in einem langen Leserbrief, abgedruckt in der SPZ, und rückte einige der Behauptungen zurecht. Unwahr sei, dass er nationalliberalen Rednern das Sprechen verboten habe, dazu sei er überhaupt nicht befugt gewesen. Auch seien die Nationalliberalen diejenigen gewesen, die mittels Tumult die Versammlung hätten sprengen wollen; unwahr sei weiterhin, dass die sozialistische Seite den Skandal inszeniert hätte. Was die Präsidentenwahl anbelangte, so sei dies gerade umgekehrt gewesen. „Die Nationalliberalen wollten, als der [jetzt] Heilgehilfe Hornung mit bedeutender Majorität zum Präsidenten gewählt worden war, sich nicht darüber beruhigen, und man hat schließlich auf Herrn Liebknechts Vorschlag [hin] den liberalen Lehrer Neuroth als zweiten Präsidenten zugelassen, um Ruhe vor den Liberalen zu haben.“

Einige Tage später erklärte sich der Lehrer Neuroth im „Boten“ zu dem Leserbrief von Stromberger und drehte dessen Aussagen wieder um, teilweise recht polemisch.

Aber damit nicht genug: Die SPZ handelte sich noch im Februar 1877 eine Vorladung vor das Großherzogliche Landgericht Groß-Umstadt „wegen Beleidigung durch die Presse“ ein. „Beleidigt“ fühlte sich nunmehr, wie das Dieburger Blatt anmerkte, der Herausgeber der (alten) „Offenbacher Zeitung“, Buchdruckereibesetzer Werner.

Am Abend des 20. Januar 1877 sprach Liebknecht zusätzlich noch in Dieburg und erwähnte dort den Vorfall mit dem Flugblatt.

Etwa zur gleichen Zeit gab es eine Versammlung der Nationalliberalen im Gasthaus „Zur Krone“^[247] in Groß-Zimmern, auf der Carl Ulrich, von Spachbrücken kommend, plötzlich erschien und in einer eineinhalbstündigen Rede „die zum großen Teil lächerlichen Ausführungen [des nationalliberalen Dr. Frank aus Groß-Umstadt] widerlegte“. Die Versammlung habe, frohlockte die Dieburger Zeitung in ihrem Bericht, mit Bravorufen für Ulrich geendet und beim Auseinandergehen habe das Publikum die Verse „Liebknecht, der muss siegen, — Dernburg unterliegen!“ intoniert. Immerhin bestätigte der „Odenwälder Bote“, dass sich „viele Sozialdemokraten in der Versammlung“ befunden hätten.^[248]

Von weiteren sozialdemokratischen Zusammenkünften vor der Stichwahl, z. B. in Schaaflheim (mit C. Ulrich und Th. Daschner) und Reinheim, berichtete die Groß-Umstädter Zeitung in ihrer gewohnt subjektiven Art und Weise. Dass in Habitzheim zwei „Umsturzbrüdern“ der Saal des Herrn (vermutlich Johann Peter) Russenschuck verweigert worden sei, kommentierte der „Bote“ anerkennend.^[249]

In einem Artikel vom 27. Januar 1877 — also auch nach der Stichwahl — ließ sich die Groß-Umstädter Zeitung über eine Versammlung in Brensbach^[250] aus, auf der Theodor Daschner einer der „sozialdemokratischen Agitationsapostel“ war. Anwesende Mitglieder der national-liberalen Partei hätten „die vollständige Unhaltbarkeit der sozialdemokratischen Lehren und die Verderblichkeit ihrer Ziele dargelegt“. Den Beweis ihrer Behauptung konnten die Nationalliberalen, unter ihnen Lautz aus Groß-Umstadt, allerdings nicht antreten. Der „Bote“ bedauerte, dass der Bürgermeister aufgrund des Lärms, den die Sozialdemokraten beim Auftritt von Lautz veranstaltet hätten, die Versammlung habe schließen lassen.

Eine andere gut besuchte Versammlung in Fränkisch-Crumbach mit Carl Ulrich wurde als „totale Niederlage“ für diesen gewertet.^[251]

²⁴⁷ Das Gasthaus „Zur Krone“ befand sich in Groß-Zimmern in der Bachgasse 2, existiert heute aber nicht mehr: Gemeinde Groß-Zimmern, Sachbearbeiter Sport, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit (E-Mail von Morris Kiefer vom 20.3.2024).

²⁴⁸ SPZ vom 18.1.1877, 27.1.1877, 3.2.1877, 8.2.1877, 1.3.1877. Odenwälder Bote vom 31.1.1877, 14.2.1877.

²⁴⁹ Odenwälder Bote vom 20.1.1877, 24.1.1877. Johann Peter Russenschuck: in GEBDAS; <https://gedbas.de/person/show/1224119422> (abgerufen: 15.3.2024).

²⁵⁰ Brensbach wie auch (das weiter unten erwähnte) Fränkisch-Crumbach gehörten zum Kreis Dieburg und somit auch zum Wahlkreis Offenbach-Dieburg.

²⁵¹ Odenwälder Bote vom 27.1.1877.

Die Nationalliberalen und ihre Flugblätter

Mit der „Offenbacher Zeitung“ und dem „Odenwälder Boten“ aus Groß-Umstadt hatten die Nationalliberalen und ihr Kandidat Dernburg bereits zwei Presseorgane auf ihrer Seite, die nichts unversucht ließen, den Wahlkampf im Sinne der Fortschrittspartei massiv zu beeinflussen. So war sich der „Bote“ nicht zu schade, in seiner Ausgabe vom 10. Januar 1877 über eine gesamte Seite einen sogenannten „Wahl-Katechismus“ zugunsten von Dernburg abzu drucken. Ob es sich dabei um eine Anzeige oder eine Wahlwerbung der Zeitung handelte, war, wie damals üblich, nicht ersichtlich. Unterzeichnet war der Text von einem „Komitee der Reichstreuen“. ^[252]

Zusätzlich wurden Flugblätter gedruckt und unters Volk gebracht, die einzig dazu dienten, „Ultramontane“ und vor allem die Sozialdemokraten zu diskreditieren. So bestand das vor-mals erwähnte Pamphlet, welches in Spachbrücken Gegenstand der Diskussion war und Liebknecht bereits vorher in Händen hatte, aus zusammengestückelten und dem jeweiligen Zusammenhang gerissenen Zitaten aus dem Parteiorgan der SDAP, dem „Volksstaat“. Weil — offenbar missverständlich für den vermeintlichen Druckereibesitzer Werner gehalten — wurde von Liebknecht mit abgedruckten und angeblich von ihm stammenden Aussagen kon-frontiert, worauf der Offenbacher beschämt eingestehen musste, dass diese, so die SPZ in ihrem Bericht vom 27. Januar 1877, gefälscht seien. ^[253] Im Grunde genommen war dies aber für die Nationalliberalen belanglos (und für die Sozialdemokraten umso ärgerlicher), denn die Zettel waren bereits großflächig verteilt worden.

Dieses war nicht das erste und einzige Flugblatt mit gefälschten Aussagen sozialdemokrati-scher Politiker. Der Offenbacher Unternehmer, Schriftsteller und Publizist Emil Pirazzi (1832 bis 1898) ^[254] hatte unter dem Titel „Carl Ulrich und seine Protokolle“ zur Reichstagswahl 1877 eine Schmähschrift zusammengestellt, deren Zitate als authentisch deklariert worden waren. In seinem Artikel vom 19. November 1877 befasste sich die SPZ ausführlich mit dem Handeln der Nationalliberalen und den Konsequenzen daraus. Demnach sollte der Anschein erweckt werden, dass es sich um wortwörtliche und von Ulrich unterschriebene Aussagen aus der Voruntersuchung des Beleidigungsprozesses Dernburg gegen Ulrich gehandelt habe. Selbst Verbindungen bis in die Nähe des Kaisers waren bemüht worden, um die Authentizität des Flugblattes zu bestätigen. Ulrich dagegen bestritt seinerzeit die Echtheit des angeblich „Enthüllten“ energisch, wurde jedoch von der Presse, offenbar aber auch von Dernburg selbst, als Lügner dargestellt. Dies musste dazu führen, so konstatierte die SPZ, dass „viele Leute den Sozialisten Ulrich für einen Lügner, die ‚liberalen‘ Herren dagegen für Apostel der Wahrheit hielten“. Dass solche Umstände bedeutenden Einfluss auf Wahl gehabt hätten, läge auf der Hand.

Ulrich reichte letztendlich Klage „wegen Veröffentlichung von Bruchstücken amtlicher Proto-kolle“ ein. Es stellte sich heraus, dass die Publikation unrechtmäßig und Pirazzi der Verfasser

²⁵² Odenwälder Bote vom 10.1.1877.

²⁵³ SPZ vom 27.1.1877.

²⁵⁴ Emil Pirazzi: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bn4t> (abgerufen: 31.10.2024).

des Flugblattes gewesen war. Außerdem hatte es sich bei dem Skript nicht um wortgetreue Protokolle, vielmehr um aus dem Gedächtnis von Dernburg verfasste Zitate gehandelt.

Pirazzi und Forger, der Drucker des Flugblattes, wurden vom Großherzoglichen Bezirksstrafgericht zu Darmstadt im November 1877 zu Geldstrafen verurteilt. Auch dies half den Sozialdemokraten wenig, denn das Flugblatt war im Wahlkampf 1877 im Wahlkreis Offenbach-Dieburg massenhaft verteilt worden. ^[255]

Wie drastisch und intensiv der Wahlkampf zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen geführt wurde, konnte einem in der „Frankfurter Zeitung“ vom 10. Januar 1877 teilweise abgedruckten Text eines weiteren Flugblattes entnommen werden: ^[256]

„Wer nicht will, dass die Brandfackel der Empörung mit frevler Hand in unser friedliches Vaterland geschleudert werde, und „die unsterbliche That der Pariser Commune“ hier eine das Urbild noch weit überbietende furchtbare Nachahmung findet;

— Wer dagegen protestieren will, daß die verderblichen, allem Bestehenden in Staat, Religion und Familie und persönlichem Eigenthum den Vernichtungskrieg erklärenden sozialdemokratischen Lehren in Deutschland zum Siege und zur Herrschaft gelangen, der wählt am 10. Januar 1877 F r i e d r i c h D e r n b u r g zum Reichstagsabgeordneten:

— jede Stimme, die nicht abgegeben, oder auf einen anderen Namen abgegeben wird, ist ein weiterer Baustein zum sozialdemokratischen Zukunftsreiche, in dem es keine staatliche Ordnung, kein persönliches Eigenthum, kein festes Eheband, keine Familie mehr gibt!“

²⁵⁵ SPZ vom 29.11.1877.

²⁵⁶ Frankfurter Zeitung vom 10.1.1877: Text und Orthografie wurden original aus dem Artikel übernommen. Wegen der besseren Lesbarkeit wurde auf Frakturschrift verzichtet.

Liebknecht mit einem der besten SPD-Wahlergebnisse in Dieburg bis heute

Im ersten Wahlgang am 10. Januar 1877 entfielen in Dieburg auf den Mainzer Zentrums-Kandidaten Nicola Racké 545, auf Dr. Friedrich Dernburg 68 und auf Wilhelm Liebknecht 40 Stimmen. Außerdem stellte sich noch Gustav Schlosser (Konservative/Deutschkonservative Partei), damals in Frankfurt am Main lebender evangelisch-lutherischer Theologe, zur Wahl; er wurde in den Ergebnismeldungen nicht genannt, dürfte von daher keine Stimme erhalten haben. ^[257]

Im hiesigen Wahlkreis 5 (Offenbach-Dieburg) kam es — erstmals mit einem Sozialdemokraten und im einzigen Wahlkreis im Großherzogtum Hessen — zu einer „engeren Wahl“, nämlich zwischen Liebknecht und Dernburg; Racké und Schlosser (1826 bis 1890) waren ausgeschieden.

In der Zeit bis zur Stichwahl agitierte die Dieburger Presse gehörig gegen Dernburg und machte sich für die Wahl des Sozialdemokraten Liebknecht stark. Selbst Racké wollte einen Wahlsieg Dernburgs verhindern, warnte öffentlich vor dem nationalliberalen Kandidaten, auch wenn die Grundsätze der Sozialdemokratie nicht weniger gefährlich seien. Aus Sicht des Zentrums bzw. der Katholiken war die Wahl Liebknechts die Entscheidung für das kleinere Übel. Hintergrund war die Einstellung der Nationalliberalen gegen die katholische Kirche (*siehe dazu Abschnitt „Kulturkampf‘ und die Folgen für Dieburg“*); andererseits sah August Bebel 1874 Christentum und Sozialdemokratie als sich ausschließende Gegensätze wie Feuer und Wasser. ^[258] Das von nationalliberaler Seite unterstellte schwarz-rote Bündnis ^[259] aus „Ultramontanen“ und Sozialdemokraten („schwarzrote Schlange“ ^[260]) gab es im hiesigen Wahlkreis hingegen nicht. ^[261]

Liebknecht erschien erneut in Dieburg — er hatte hier entfernte Verwandtschaft — im „Saale des Herrn Karl Heyl“ am 21. Januar 1877 (abends, nach der Zusammenkunft in Spachbrücken) zu einer Versammlung. ^[262] Allerdings berichtete die SPZ auch erst nach der Stichwahl sehr ausführlich von der „außergewöhnlich stark besuchten“ Veranstaltung. Offenbar fanden „die Ausführungen des Redners, da sich dieselben, wie auch ganz richtig, nur auf seine Stellung zur katholischen Kirche sowie zur gegenwärtigen Parteiregierung und deren ergebenste Diener, die Herren ‘Nationalliberalen’, bezogen, allseitig Anklang“. In einem Schlussabsatz wurde noch mit der auch bei Behörden herrschenden Annahme aufgeräumt, dass politische Veranstaltungen bei der Ortspolizeibehörde 24 Stunden vorher schriftlich angemeldet werden müssten. Eine Anmeldung sei im Großherzogtum Hessen nicht erforderlich, könne aber freiwillig erfolgen. Es wurde auf die Verfügung vom

²⁵⁷ Gustav Schlosser: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bn5N> (abgerufen: 11.2023).

²⁵⁸ Rainer Hering: Sozialdemokratie und Kirchen in Deutschland — ein historischer Rückblick, Archiv für Sozialgeschichte, 2011, S. 2.

²⁵⁹ Odenwälder Bote vom 31.1.1877: „ultramontane-sozialistische Verbrüderung“.

²⁶⁰ Vorwärts vom 7.2.1877 und weitere Artikel, beispielsweise im Odenwälder Boten.

²⁶¹ SPZ vom 24.2.1877, 2. Blatt: Zitat aus dem Vorwärts.

²⁶² SPZ vom 18.1.1877, mehrere Artikel. Ankündigung.

30. November 1876 verwiesen, mit der das „Recht zu solchen Versammlungen durch § 17 des Reichswahlgesetzes ausdrücklich gewährleistet ist“. [263]

Die nicht unerhebliche Wahlbeeinflussung seitens der örtlichen Presse und der Einsatz namhafter Sozialdemokraten führten wohl dazu, dass Liebknecht eines der besten Ergebnisse eines Sozialdemokraten bei einer Wahl in Dieburg erzielte. In der Stichwahl am Dienstag, 23. Januar 1877, votierten nun 628 Wähler (ca. 88 %) für Wilhelm Liebknecht und 87 für Dr. Friedrich Dernburg. [264] In einem „Privatbrief“ bedankte sich Liebknecht wenige Wochen später ausdrücklich bei der SPZ. [265]

Für die Sozialdemokraten und für Liebknecht war damit die größte Wahlschlacht im Großherzogtum Hessen beendet. In einem Brief an Engels schrieb Liebknecht am 7. Februar 1877, dass der Wahlkampf hart gewesen sei und er seit November dreißig bis vierzig Versammlungen abgehalten habe. Im Wahlkreis Offenbach-Dieburg seien es vor der Stichwahl einmal sechs Veranstaltungen in zwei Tagen gewesen und eine dreistündige Konferenz obendrein. „Es war aber auch zu arg, und ich fühl’s noch heut in den Knochen.“ [266]

Wahlergebnisse in Dieburg, im Kreis und verschiedenen Orten im Kreis

Reichstagswahl 1877 in Dieburg [267]

	Wahlberechtigte	abgegeb. Stimmen	gültige Stimmen	Dernburg	Racké	Liebknecht
				NL	Zentrum	SPD
Wahl	796	656	653	68	545	40
in %		82,0		10,4	83,5	6,1
Stichwahl	796	n. b.	715	87		628
in %				11,9		88,1

Tabelle 7: Reichstagswahl 1877; Ergebnis in Dieburg

Die Wahlbeteiligung bei der Stichwahl lag in Dieburg bei ca. 90 %. Die abgegebenen Stimmen sind nicht überliefert (n. b. = nicht bekannt).

²⁶³ SPZ vom 27.1.1877.

²⁶⁴ Wie Anm. 80 (Klein): S. 199-200. SPZ vom 25.01.1877 meldet für Dernburg 85 Stimmen.

²⁶⁵ SPZ vom 24.2.1877.

²⁶⁶ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 265.

²⁶⁷ Wie Anm. 80 (Klein): S. 199-203; geringfügig abweichende Meldungen der lokalen Presse wurden ignoriert.

Reichstagswahl 1877 im Kreis Dieburg ^[268]

	Wahlbe- rechtigte	abgegeb. Stimmen	gültige Stimmen	Schlosser	Dernburg	Racké	Lieb- knecht	zersplit- tert
				K	NL	Zentrum	SPD	
Wahl	n. b.	n. b.	8.512	247	5.174	2.238	853	n. b.
in %				2,9	60,8	26,3	10,0	
Stichw.	n. b.	9.944	9.927		6.681		3.246	
in %					67,3		32,7	

Tabelle 8: Reichstagswahl 1877; Ergebnis im Kreis Dieburg

Im Kreis Offenbach hatte Liebknecht bei der Stichwahl 7.298 Stimmen (56,6 % von 12.898 gültigen Stimmen) und somit die Mehrheit erhalten. Dernburg blieb dagegen mit 5.600 Stimmen (gleich 43,4 %) hinter den Erwartungen zurück; 30 Stimmen waren ungültig. Allerdings verfehlten die Sozialdemokraten im Wahlkreis Offenbach-Dieburg insgesamt die — wie dies damals genannt wurde — „Majorität“ aufgrund des ungenügenden Wahlergebnisses im Kreis Dieburg. Einem Plus von 1.698 Stimmen im industrielleren Kreis Offenbach stand ein Minus von immerhin 3.435 im ländlich geprägten Kreis Dieburg gegenüber. (*Weitere Ergebnisdetails dazu im Abschnitt „Reichstagswahlen 1871 bis 1878 — Ergebnisse im Wahlbezirk Offenbach-Dieburg“ im Anhang.*) Der „Vorwärts“ konstatierte, dass „die sozialdemokratische Agitation im nicht industriellen Odenwald, dem Dieburger Kreis, noch nicht eingedrungen oder durch brutale Gewalttätigkeiten und [mittels] erbärmlicher Kniffe ferngehalten worden“ sei und führte das Abschneiden Dernburgs im Wahlkreis Offenbach-Dieburg darauf zurück. ^[269]

Außerdem war, beeinflusst durch den sogenannten „Kulturkampf“, die konfessionelle Zugehörigkeit bei der Wahlentscheidung vermutlich der bestimmende Faktor gewesen. Wenn Pfarrstellen jahrelang nicht besetzt werden durften, schien die geordnete Seelsorge gefährdet. So machte man die erstaunliche Feststellung, dass in katholischen Orten Liebknecht bei der Stichwahl deutlich vorne lag, hingegen in evangelischen Gemeinden mit einem hohen Arbeiteranteil Dernburg weit besser abschnitt und fast alle Stimmen gewann.

²⁶⁸ Wie Anm. 199 (Kurt): S. 172. Odenwälder Bote vom 31.1.1877.

²⁶⁹ Vorwärts vom 7.2.1877.

Reichstagswahl 1877 in verschiedenen Orten im Kreis Dieburg^[270]

		Schlosser	Dernburg	Racké	Liebknecht
		K	NL	Zentrum	SPD
Babenhäusen	Wahl	---	376	1	10
	in %	0,0	97,1	0,3	2,6
	Stichwahl		411		6
	in %		98,6		1,4
Eppertshäusen	Wahl	---	22	179	---
	in %	0,0	10,9	89,1	0,0
	Stichwahl		54		144
	in %		27,3		72,7
Groß-Bieberau	Wahl	---	215	---	14
	in %	0,0	93,9	0,0	6,1
	Stichwahl		314		14
	in %		95,7		4,3
Groß-Umstadt	Wahl	10	352	29	77
	in %	2,1	75,2	6,2	16,5
	Stichwahl		423		119
	in %		78,0		22,0
Groß-Zimmern	Wahl	2	184	92	160
	in %	0,5	42,0	21,0	36,5
	Stichwahl		242		283
	in %		46,1		53,9
Münster	Wahl	---	12	321	27
	in %	0,0	3,3	89,2	7,5
	Stichwahl		11		409
	in %		2,6		97,4
Reinheim	Wahl	1	242	3	36
	in %	0,3	85,8	1,1	12,8
	Stichwahl		303		13
	in %		95,9		4,1
Schaafheim	Wahl	---	200	---	17
	in %	0,0	92,2	0,0	7,8
	Stichwahl		321		15
	in %		95,5		4,5

Tabelle 9: Reichstagswahl 1877; Ergebnis in verschiedenen Orten im Kreis Dieburg

²⁷⁰ Wie Anm. 80 (Klein): S 199-203; abweichende Meldungen der lokalen Presse wurden, da sie für das Gesamtergebnis unerheblich waren, ignoriert (Odenwälder Bote am 27.1.1877 beispielsweise: Stichwahl Gr.-Bieberau, 4 Stimmen für Liebknecht. Die Anzahl der Wahlberechtigten wurde nur für Eppertshäusen (264) dokumentiert, ist daher für die weiteren Orte nicht bekannt.

In den Orten, in denen die Nationalliberalen im ersten Wahlgang bereits sehr gute Wahlergebnisse erzielen hatten, wurden diese in der Stichwahl in der Regel verbessert. Die Gemeinden mit einem hohen Anteil an Zentrumswählern votierten in der „engeren Wahl“ dagegen für Liebknecht.

Dieburgs Nachbarort Altheim war eine reine nationalliberale Gemeinde (erster Wahlgang: 177 für Dernburg; Stichwahl: 190 für Dernburg). In Semd erhielt Schlosser, der Kandidat der Konservativen, die höchste Anzahl an Stimmen im ganzen Wahlkreis 5; ihn wählten dort 40 Männer. Die Stichwahl entschied Dernburg dort klar für sich.

Die Bevölkerung von Ober-Roden und Urberach, Orte mit einem hohem Anteil an in Industrie und Gewerbe Beschäftigten, wählte im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit den Zentrums-Kandidaten, erst in der Stichwahl entschied sie sich für den Sozialdemokraten Liebknecht, das allerdings sehr deutlich.

Ueberau war fest in nationalliberaler Hand; Liebknecht bekam dort in beiden Wahlgängen keine einzige Stimme. In Dorndiel, wo den Sozialdemokraten das Versammlungslokal verweigert worden war, erhielt Liebknecht bei der Stichwahl fünfmal so viele Stimmen wie Dernburg. Dagegen fiel in Habitzheim, wo der örtliche Wirt Liebknechts Anhängern ebenfalls sein Gasthaus nicht zur Verfügung gestellt hatte, die „engere Wahl“ klar zugunsten von Dernburg aus (155 Stimmen; 38 für Liebknecht). Auch Fränkisch-Crumbach ging unzweideutig an die Nationalliberalen (Stichwahl: 200 für Dernburg, 43 für Liebknecht), der Einsatz von Carl Ulrich hatte also nicht gefruchtet. Knapper war das Ergebnis in Spachbrücken, wo, trotz des Auftritts von Liebknecht, dieser im entscheidenden Wahlgang 65 Stimmen, Dernburg jedoch 93 erhielt. Erfolg hatte aber offenbar die Agitation in Brensbach, denn in der Stichwahl errang Liebknecht 117 Stimmen, Dernburg 87. Allerdings hatte sich Jacob Lautenschläger, der Präsident des Brensbacher Kriegervereins, vehement für die Sache der Sozialdemokratie eingesetzt, sehr zum Entsetzen des „Odenwälder Boten“. In einem unter dem Titel „Abfertigung“ erschienenen Leserbrief in der SPZ vom 10. Februar 1877 stellte er seine Position erneut unmissverständlich klar. ^[271]

²⁷¹ Odenwälder Bote vom 3.2.1877, 7.2.1877. SPZ vom 10.2.1877.

Liebknecht berichtet aus dem Reichstag (Mai 1877)

Liebknecht und die sozialdemokratischen Abgeordneten sowie vier Bürgerliche hatten zuvor drei Gesetzesanträge im Reichstag eingebracht: Das Arbeiterschutzgesetz, das Gesetz zum Schutz der Wahlfreiheit und das Gesetz zum Schutz der Redefreiheit im Reichstag.

Der Arbeiterschutzgesetzentwurf war der erste, der im Deutschen Reichstag auf die Tagesordnung kam und alle wesentlichen Schutzforderungen beinhaltet. ^[272] Diese waren: Gewerbekammern, Gewerbeberichte, ein wirksames Fabrikinspektorat, gesundheitliche Überwachung der Werkstätten und Fabriken sowie Regelung des Lehrlingswesens. Weitere Punkte beinhalteten beispielsweise das seit Jahren geltend gemachte Anrecht auf einen Maximalarbeitstag von zehn Stunden und das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit.

Das Wahlschutzgesetz enthielt Bestimmungen zum Schutz des Wahlgeheimnisses und strenge Strafbestimmungen gegen Wahlbeeinflussung (z. B. Drohungen, Versprechen, Bestechung, Schädigung usw.). Außerdem sollten einheitliche Stimmzettel-Umschläge eingeführt werden, damit die erkenn- und unterscheidbaren Stimmzettel dort reingesteckt werden konnten.

Obwohl Liebknecht Abgeordneter des von ihm gewonnenen Wahlkreises 19 Sachsen (Stollberg, Schneeberg) ^[273] war, besuchte er Dieburg auch nach den Reichstagswahlen 1877 und berichtete am 11. Mai 1877 auf einer Volksversammlung im „Gartensaal des Herrn Karl Heyl“ über die abgelaufene „Session“. Das „Ausschellen“ (Bekanntgabe) der Zusammenkunft sei aus unerklärlichen Gründen nicht gestattet worden, trotzdem habe „sich, zum Teil aus der Umgebung, eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden“, informierte die hiesige Zeitung in ihrem langen und überaus objektiven Artikel.

Der Abgeordnete habe sich zunächst artig bei seinen Wählern und das ihm entgegengebrachte Vertrauen bedankt. In seiner mehr als 100-minütigen Rede sei Liebknecht anfangs auf den Etat 1877/78 eingegangen und habe die enormen Ausgaben, die für militärische Zwecke vorgesehen wären, bemängelt. Diese hätten nach seinen Ausführungen mehr als 80 % des gesamten Haushalts betragen. ^[274] Der Militarismus und das „Blut- und Eisensystems“ Bismarcks „haben das Volk in Armut gestürzt und den Notstand hervorgerufen“. Kritik habe er auch am „Schöpfer“ — gemeint war Bismarck — und der Verfassung des Deutschen Reichs geübt, die „organloseste Institution, die je existiert hat“.

„Nach einem Blick auf die äußere und innere Lage“, so die SPZ weiter, habe Liebknecht die drei Gesetzesentwürfe „besprochen“. Das Arbeiterschutzgesetz, welches auch von Gegnern „als durchaus sachgemäß und praktisch ausführbar“ bezeichneten worden sei, sei jedoch

²⁷² Franz Klühs: August Bebel — Der Mann und sein Werk (Originalausgabe 1923, Nachdruck 2013), S.126 ff. Neuer Social-Demokrat vom 29.3.1874: Scharf kritisiert wurden z. B. bei den Schuhmachern die übermäßig lange Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden (!) und der kärgliche Lohn.

²⁷³ Reichstagswahl 1877: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnj2> (abgerufen: 11.2023).

²⁷⁴ Zu der Zeit hatte das Militär einen überragenden Stellenwert in Politik und Gesellschaft. Von dem Etat für 1877/78 in Höhe von 540,5 Millionen Mark, den der Reichstag bewilligt hatte, gingen 448 Millionen für militärische Zwecke weg (Liebknecht laut SPZ vom 15.5.1877). Außerdem herrschte Krieg zwischen Russland und dem Osmanischen Reich; in der Reichshauptstadt Berlin kursierten Gerüchte über eine Mobilmachung.

„vor eine Kommission gewiesen worden, um von dieser begraben zu werden“. Er und seine Freunde würden den Entwurf, verbessert und erweitert, in der nächsten „Session“ allerdings wieder einbringen. Die Bestimmungen des Wahlschutzgesetz wurden in dem Artikel erläutert und zum dritten Gesetzentwurf (zum Schutz der Redefreiheit im Reichstag) habe Liebknecht erklärt, dass dieser gegen die fortwährenden „Schlussanträge des Abgeordneten Valentin gerichtet“ sei. ^[275]

Am Ende der Versammlung, so die Dieburger SPZ abschließend, habe der Abgeordnete der nationalliberalen Partei vor allem auf dem volkswirtschaftlichen Gebiet ein überaus schlechtes Zeugnis ausgestellt und die herrschenden Zustände kritisiert, wofür er „lebhaften“ Beifall erhalten habe. Abends sprach Liebknecht noch auf einer Versammlung in Offenbach. Weitere Veranstaltungen im Wahlkreis sollten folgen. ^[276]

Wahlfest auf dem Bieberer Berg (August 1877) — Siegesfest



Abbildung 24: Wahlfest auf dem Bieberer Berg (Anzeige im „Vorwärts“ vom 24.8.1877)

(Quelle: Zeitungsarchiv der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Der „Vorwärts“ vom 5. September 1877 berichtete recht ausführlich über das Wahlfest. Am Festzug hätten mehrere hundert Personen teilgenommen und die Gesangsvereine „Heiterkeit“ und „Humoria“ aus Bieber „trugen sehr schöne Lieder vor und belebten das Fest in dankenswerter Weise“. In seiner Festrede bezeichnete Wilhelm Liebknecht das Wahlfest „als ein Siegesfest, weil bei der letzten Stichwahl im Offenbacher Kreis die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg, wenn auch noch nicht den Erfolg errungen“ hätte. Die Stadt Offenbach sei erobert worden, jetzt müsse dies im Wahlbezirk Offenbach-Dieburg auch für die Reichstagswahl im Januar 1880 das Ziel sein. Liebknecht forderte zur „energischen Agitation und festem Zusammenhalten“ auf.

Die Besucherzahl des Festes schätzte der „Vorwärts“, trotz des schlechten Wetters, auf immerhin 1.800 bis 2.000. ^[277]

²⁷⁵ Hermann Friedrich Valentin, Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen, stellte im Reichstag fortwährend Anträge auf Schluss der Diskussion (Der Volksstaat vom 5.2.1875, 9.4.1875. Vorwärts vom 19.11.1876). Die SPZ bezeichnete ihn in einer Meldung vom 25.6.1878 als „Schlussmacher des Reichstags“.

²⁷⁶ SPZ vom 12.05.1877, 15.05.1877.

²⁷⁷ Vorwärts vom 5.9.1877.

Reichstagswahl 1878

Das Jahr 1878 begann zunächst mit einer für die Sozialdemokraten in der Offenbacher Gegend bedauerlichen Meldung, denn Konrad Ehmann, vormals ADAV-Delegierter und zuletzt Vorsitzender der SDAP in Mühlheim a. Main, hatte es seinem „Vorbild“ Stürtz gleichgetan und war auf unrühmliche Weise verschwunden.^[278] Allerdings sollte es im besagten Jahr für die Genossen noch wesentlich schlimmer kommen.

Noch Anfang Mai 1878 fand eine Delegiertenversammlung der sozialdemokratischen Parteigenossen des Großherzogtums Hessen in Darmstadt statt. Ins Auge gefasst wurde die kommende Landtagswahl. Der Wahlkreis Offenbach(Land)-Dieburg wurde als derjenige im Großherzogtum erachtet, in welchem die Aussicht auf Erfolg am größten eingeschätzt wurde. Dieser Wahlkreis wurde deshalb von den Delegierten als „offizieller“ bestimmt.^[279]

Attentate auf Kaiser Wilhelm I.

War nach dem ersten Attentat auf Kaiser Wilhelm I. am 11. Mai 1878 die Stimmung gegen die Sozialdemokraten, denen Bismarck die Schuld in die Schuhe zu schieben suchte, noch zurückhaltend, so schlug sie nach dem zweiten Anschlag (2. Juni 1878) fast in Hysterie um. Es grassierte die sogenannte „Majestätbeleidigungsseuche“. Presseorgane meldeten eine Flut von solchen „Fällen“, so auch die „Frankfurter Zeitung“. In ihrer Ausgabe vom 15. Juni 1878 berichtete das Blatt von zahlreichen Festnahmen im gesamten Reichsgebiet, darunter die Verhaftung eines Pflästerermeisters in Langstadt und eines Seligenstädter Einwohners in Babenhausen. Als Grund wurde jeweils Majestätsbeleidigung angegeben.

Das „Vergehen“ wurde vom preußischen Justizministerium „in enge Beziehungen zur Kritik der Sozialdemokratie an Staat und Gesellschaft“ gebracht, das Strafmaß dafür erheblich verschärft.^[280] Beispielsweise wurden ein Schumacher aus Offenbach zu zwei (!) und Johannes Sachs aus Klein-Zimmern wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt habe eine „fulminante Rede über den vorhandenen ‚Fonds der Rohheit‘ gehalten“ — die SPZ setzte den Ausdruck zurecht in Anführungszeichen.^[281] Auch der 72-jährige Pflästerer Adam Blank III. aus Dieburg musste sich wegen eines solchen „Delikts“ zwei Monate später vor dem Großherzoglichen Bezirksstrafgericht Darmstadt verantworten. Er hätte, so das Gericht, in einem auswärtigen Gasthaus in trunkenem Zustand einige majestätsbeleidigende Äußerungen von sich gegeben und war denunziert worden. Das Gericht erkannte zwar auf mildernde Umstände, schickte den alten Mann aber dennoch sechs Monate in den Bau.^[282]

²⁷⁸ Neuer Social-Demokrat vom 20.2.1874, 31.5.1874. Vorwärts vom 16.9.1877. Aschaffener Zeitung vom 5.1.1878.

²⁷⁹ Vorwärts vom 15.5.1878.

²⁸⁰ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 268-269. Frankfurter Zeitung vom 15.6.1878.

²⁸¹ SPZ vom 29.6.1878.

²⁸² SPZ vom 29.8.1878.

Ausnahmen gab es jedoch auch. So wurde Lorenz Giegerich aus Münster vom Vorwurf der Majestätsbeleidigung freigesprochen. Das Gericht befand, dass die Denunziation vermutlich dem „Hyper-Patriotismus“ entsprungen sei. ^[283]

Obwohl die Beteiligung von Genossen an den Attentaten niemals nachgewiesen werden konnte, steuerte die Verfolgung und Verteufelung der Sozialdemokratie nun einem Höhepunkt entgegen. Offenbar waren die Anschläge willkommene Handhabe, um ein Ausnahmegesetz im Bundesrat und im Reichstag einzubringen. Und die Kürze der Zeit, in der dieses vorlag, verdeutlichte, dass nur noch auf den auslösenden Faktor gewartet worden war. Allerdings lehnte der Reichstag mit großer Mehrheit den Entwurf ab und bereitete der Regierung eine empfindliche — wenn auch nur vorläufige — Schlappe. ^[284]

Trotzdem entfaltete die Hetzerei gegen die Sozialdemokratie auch auf örtlicher Ebene ihre Wirkung. In Frankfurt wurde sogleich eine sozialdemokratische Versammlung, auf der Delegierte gewählt werden sollten, polizeilich verboten. Eine von Sozialdemokraten in Darmstadt geplante „Partie“ Anfang Juni wurde von der Behörde untersagt; vermutlich handelte es sich um das Volksfest der SAP auf dem Darmstädter Herrgottsberg. Geradezu euphorisch vermeldete der „Odenwälder Bote“ am 12. Juni 1878, dass „aus allen Gegenden des Vaterlands Nachrichten über eine äußerst erfreuliche Beteiligung des Volkes an der Bekämpfung und Unschädlichmachung der Sozialdemokratie kommen“. Auch in Groß-Umstadt sei der Anfang gemacht worden, wo der Herrenkleidermacher Staab jeden entlassen würde, der den „Vorwärts“ lese. Auch der Bierbrauer Ganß („Brauerei zum Schwanen“) dulde keine Sozialisten mehr in seiner Wirtschaft. ^[285] Dies war nur der Auftakt für mehrere, oft spaltenlange Traktate wider die Sozialdemokratie.

„Gedernborgt werd net, gewasserborgt ach net, die Borgerei tagt nix!“

Dieburg mit zwei Wahlbezirken

Der Bundesrat hatte am 11. Juni 1878 der Auflösung des Reichstags zugestimmt und Neuwahlen angeordnet. Am 10. Juli 1878 wurde im amtlichen „Odenwälder Boten“ der Wahltermin bekanntgegeben, der im gesamten Reich auf Dienstag, 30. Juli 1878, festgesetzt worden war. Gewählt werden konnte in der Zeit von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr abends (18:00 Uhr). Jede Bürgermeisterei bildete einen eigenen Wahlbezirk. Nur Dieburg bestand bereits seit der Reichstagswahl 1871 aufgrund seiner Einwohnerzahl (mehr als 3.500 Seelen) als einzige Gemeinde im Kreis aus zwei Wahlbezirken. ^[286] Der erste Wahlbezirk setzte sich aus den Stadtteilen rechts der Gersprenz zusammen; der dortige Wahlvorsteher war Bürgermeister Gläser (Vertreter war das Gemeinderatsmitglied Jacob Enders III.). Die Bewohner links der Gersprenz gehörten dem zweiten Wahlbezirk an, dessen Vorsteher der Beigeordnete Ignaz Ott

²⁸³ SPZ vom 11.7.1878.

²⁸⁴ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 268.

²⁸⁵ SPZ vom 13.6.1878. Odenwälder Bote vom 12.6.1878. Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 271.

²⁸⁶ Mainzer Journal vom 5.1.1871.

war (Vertreter: Gemeinderatsmitglied Franz Fürst). Die Anordnungen, unterzeichnet von Kreisassessor Schönfeld, galten auch für etwaige Ersatzwahlen. ^[287]

Gegner der Sozialdemokraten

Der Kandidat des Zentrums wurde am 3. Juli 1878 in Steinheim gekürt. Es war Philipp Wasserburg (1827 bis 1897), Schriftsteller und Stadtverordneter aus Mainz, der auch so- gleich von der SPZ umfänglich hofiert wurde. ^[288]

Innerhalb der (nationalliberalen) Fortschrittspartei entbrannte dagegen eine Diskussion um die Aufstellung von Dr. Friedrich Dernburg. Offenbar war man mit seiner „Tätigkeit“ und „Ar- beit“ im Reichstag nicht zufrieden. Die SPZ bezeichnete Dernburg, der seit 1875 Chefredak- teur der „National-Zeitung“ war, gar als politisch impotent und reaktionär. Außerdem hatte er, wie bereits erwähnt, einen in sich geschlossenen „Verein zum Schutze des Versamm- lungsrechts“ gegründet, der seine Kandidatur ohne weitere Diskussion sanktionierte hatte. Das passte der Offenbacher Bürgerschaft überhaupt nicht. Dort hatte sich sogar ein „Wahl- verein der Fortschrittspartei“ formiert, der „mit Bismarck nicht in allen Stücken durch Dick und Dünn gehen, sondern noch etwas Unabhängigkeit für sich bewahren wollte“. Eine Ver- ständigung mit den „Nationalliberalen“ kam nicht zustande, sodass die Offenbacher einen eigenen Kandidaten aufstellten, nämlich Heinrich Flinsch (1839 bis 1921). Womöglich wurde deshalb vorsichtshalber in Groß-Umstadt ein provisorisches „Komitee der Nationalliberalen bzw. Reichstreuen“ gebildet, welches am 23. Juni 1878 im Gasthaus „Zur goldenen Krone“ tagte und Dernburgs Kandidatur absegnete. Als weitere Kandidaten waren offenbar Ober- domänenrat (Verwalter staatlichen Grundbesitzes) Ferdinand Emmerling ^[289] (1831 bis 1912) und Kreisrat Friedrich Hallwachs im Gespräch gewesen.

Die „Offenbacher Zeitung“ und der „Odenwälder Bote“ setzten sich vehement für Dernburg ein. ^[290] Die „Frankfurter Zeitung“ unkte dagegen am 14. Juli 1878 in einem kurzen Beitrag, dass die Aussichten für Dernburg nicht sehr günstig seien, zumal die Landbevölkerung zu- nehmend eine Antipathie gegen ihn entwickle. Im Kreis Dieburg zirkuliere als geflügeltes Wort: „Gedernborgt werd net, gewasserborgt ach net, die Borgerei tagt nix!“ ^[291]

²⁸⁷ Odenwälder Bote vom 19.6.1878, 10.7.1878.

Einwohnerzahlen mit Stand 2.7.1877 (also ein Jahr zuvor) der Gemeinden des Kreises mit mehr als tausend Einwohnern: Dieburg: 3.927; Münster: 1.963; Eppertshausen: 1.142; Urberach: 1.631; Babenhausen: 2.516; Ober-Roden: 1.848; Nieder-Roden: 1.033; Groß-Umstadt: 2.679; Schaafheim: 1.517; Groß-Zimmern: 2.740; Lengfeld: 1.161; Semd: 1.154; Heubach: 1.144; Reinheim: 1.505; Groß-Bieberau: 1.582; Brensbach: 1.178; Fränkisch-Crumbach: 1.690. Es folgen noch mehr als fünfzig Gemeinden mit weniger als tausend Einwoh- nern. Der Kreis hatte 52.222 Einwohner. (Wahlbezirks-Einteilung [unterstrichen der Name des jeweiligen Wahlbezirks] für die Wahl der Kreistagsabgeordneten; SPZ vom 12.7.1877.)

²⁸⁸ SPZ vom 11.7.1878 und weitere Artikel.

²⁸⁹ Frankfurter Zeitung vom 21.6.1878. Wörterbuch: <https://www.dwds.de/wb/dwb2/dom%C3%A4nenamt> (abgerufen: 24.2024).

²⁹⁰ SPZ vom 25.6.1878, 2.7.1878, 13.7.1878, 25.7.1878, 30.7.1878. Odenwälder Bote vom 26.6.1878.

²⁹¹ Frankfurter Zeitung vom 24.7.1878.

Liebknecht kandidierte erneut im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Für die Genossen war der folgende Wahlkampf kurz und einer der schwersten überhaupt. Anfang Juli hatten Sozialdemokraten im Wahlkreis Offenbach-Dieburg noch keine öffentliche Versammlung abgehalten. Zwar kandidierte Liebknecht erneut im Wahlkreis Offenbach-Dieburg, aber im Großherzogtum Hessen auch in drei weiteren: Mainz-Oppenheim, Friedberg-Büdingen-Vilbel und Gießen-Grünberg-Nidda. ^[292]

Über die Sozialdemokraten war in der hiesigen Presse sehr wenig (Positives) zu lesen. Anscheinend tat die behördliche Repression ihre Wirkung, denn auch die SPZ brachte zunächst keine Berichte über Versammlungen von Liebknecht oder Ulrich. In einer Anzeige vom 27. Juli 1878 wurde lediglich eine öffentliche Wählerversammlung in Dieburg im „Saale des Herrn Walloth“ angekündigt; Referent war Ulrich aus Offenbach. ^[293]

Der „Odenwälder Bote“ beschränkte sich weitgehend auf die üblichen Verunglimpfungen, prangerte „sozialistische Ungezogenheiten“ an und wies auf „die Verwilderung in den sozialdemokratischen Reihen“ hin. ^[294] Ein „Vorbote der staatsumstürzenden Brüder“, gemeint war Carl Ulrich, wäre in Groß-Umstadt gewesen, um das Terrain zu sondieren. ^[295] Einige Tage später hielt er auch in Groß-Zimmern eine Volksversammlung ab, und der „Bote“ wunderte sich, dass sich tatsächlich ein Wirt gefunden hatte, der sein Lokal zur Verfügung gestellt habe. ^[296]

Abermals Stichwahl zwischen Liebknecht und Dernburg

In Dieburg erreichte der Zentrums-Kandidat Philipp Wasserburg im ersten Wahlgang 353 Stimmen und hatte somit mehr als 190 Wähler weniger als Racké bei der Reichstagswahl 1877. Dr. Friedrich Dernburg verlor erheblich (37 erzielte Stimmen gegenüber 68 bei der Wahl 1877) und Heinrich Flinsch, Kandidat der Deutschen Freisinnigen Partei/Deutschen Fortschrittspartei, blieb erwartungsgemäß ohne Stimmen; er hatte krankheitsbedingt auch nicht in den Wahlkampf eingegriffen. ^[297] Wilhelm Liebknecht erhöhte seine Stimmenanzahl von 40 Stimmen (1877) auf nunmehr 63, sein Anteil am gültigen Votum verbesserte er von 6,1 % auf 13,9 %. Die Wahlbeteiligung dürfte bei weniger als 60 % gelegen haben (Schätzung aufgrund der Zahlen von 1877).

²⁹² SPZ vom 13.6.1878. Odenwälder Bote vom 12.6.1878. Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 271.

²⁹³ SPZ vom 27.7.1878. Die Wirtschaft befand sich in Dieburg an der Ecke Altstadt/Häfnerweg und wurde bis 1888 betrieben; der gesamte Gebäudekomplex existiert heute nicht mehr (Heinrich Beckmann: Dieburger Gaststätten im Wandel der Zeit, 1985, S. 59).

²⁹⁴ Odenwälder Bote vom 26.6.1878.

²⁹⁵ Odenwälder Bote vom 3.7.1878.

²⁹⁶ Odenwälder Bote vom 13.7.1878.

²⁹⁷ Odenwälder Bote vom 27.7.1878, 31.7.1878.

Wie bereits etwa anderthalb Jahre zuvor, so kam es im Wahlkreis Offenbach-Dieburg erneut zu einer Stichwahl zwischen Liebknecht und Dernburg; Wasserburg und Flinsch schieden aus.



Abbildung 25: Gasthaus „Darmstädter Hof“ (1926), Dieburg

(Quelle: Paul, Alte Dieburger Gasthäuser, S. 28)

Die Stichwahl wurde am 8. August 1878 — an einem Donnerstag ^[298] — abgehalten. An dem Tag befand sich im Gasthof „Darmstädter Hof“ (später „zum Schumann“ oder „Schumann-Eck“ genannt) ein Büro des „Comités für die Kandidatur Liebknechts“, „woselbst Stimmzettel zu haben sind und jede gewünschte Auskunft erteilt wird“. Die Anzeige in der SPZ vom 30. Juli 1878 war erst die zweite in der Art. Bei den Wahlkämpfen zuvor hatten die Sozialdemokraten keine Inserate in den Dieburger bzw. Groß-Umstädter Blättern geschaltet. Dies könnte ein weiteres Indiz dafür sein, dass, wie bereits angedeutet, die hiesige Presse mit der Berichterstattung über die Sozialdemokraten eher vorsichtig operierte und diese daher gezwungen waren, ihre Veranstaltungen auf diesem Weg der Öffentlichkeit zu offerieren.

²⁹⁸ Wahlen und Stichwahlen wurden in der Zeit grundsätzlich wochentags angesetzt. Grund dafür war, der arbeitenden Bevölkerung die Teilnahme an der Wahl möglichst zu erschweren.



Abbildung 26: Reichstagswahl 1878; Anzeige in der Dieburger SPZ

(Quelle: Zeitungsarchiv Museum Schloss Fechenbach, Dieburg)

Ob es sich bei dem „Komitee“ um eine größere Gruppe Gesinnungsgenossen gehandelt hat oder lediglich zwei, drei Sympathisanten ihrem Anliegen einen bedeutungsschweren Rahmen geben wollten, ist heute nicht mehr feststellbar. ^[299]

Trotzdem verfasste die SPZ wenige Tage später einige Zeilen über eine Versammlung mit Liebknecht und Ulrich am 6. August 1878. Sie war mit einer Annonce angekündigt worden und sollte eigentlich im Lokal „Zum weißen Ross“ stattfinden. Liebknecht und Ulrich waren nach Dieburg gekommen und hatten wiederum im „Saale des Herrn Walloth“ gesprochen. Der Vortrag des Reichstagskandidaten sei sehr gemäßigt gewesen und habe bei den überaus zahlreich erschienen Besuchern einen günstigen Eindruck hinterlassen. Versammlungsleiter sei ein Herr Bender gewesen. Ob dieser mit dem möglichen ADAV-Beitragssammler und bereits verstorbenen Jakob Bender aus dem Jahr 1869 verwandt war, ist nicht bekannt. ^[300]

In der Anzeige wurden noch auf zwei weitere öffentliche Wählerversammlungen vor der anstehenden Stichwahl in Münster und Eppertshausen hingewiesen. Als Referent wurde der Hamburger August Kapell (1844 bis 1922) ^[301] angekündigt, der bis zur Auflösung am 11. Juni 1878 Abgeordneter des Reichstags gewesen war, also auch nicht gerade ein Sozialdemokrat aus der zweiten Reihe. Die Genossen hatten durchaus politische „Schwergewichte“ in die Dieburger Gegend geschickt, um das Blatt zu Gunsten der Sozialdemokratie zu wenden.

Nationalliberale Flugblätter im Rodgau

Offensichtlich vor allem im Rodgau von den Nationalliberalen vor der Stichwahl verteilte Flugblätter brachten die SPZ dazu, die Wähler aufzufordern, niemals Dernburg, sondern Liebknecht zu wählen. Grund dafür war, dass in diesen Pamphleten bei den ehemaligen „Ultramontanen“, „Römlingen“, „Finsterlingen“, „Pfaffenknechten“ und „schwarzen Reichsfeinden“ um deren Stimmen gebuhlt worden war. Die einst verhassten und jetzt als „Katholiken“ bezeichneten Wähler sollten helfen, einen anderen „Reichsfeind“, nämlich die Sozialdemokraten, in die Schranken zu weisen.

²⁹⁹ Marianne Paul: Alte Dieburger Wirtshäuser, Dieburg, 1995, S. 28. SPZ vom 30.7.1878.

³⁰⁰ SPZ vom 6.8.1878, 8.8.1878.

³⁰¹ August Kapell war ein deutscher Zimmermann, sozialdemokratischer Politiker, Gewerkschafter, Gastwirt und Bierbrauereibesitzer (August Kapell; in Wikipedia: <https://w.wiki/Bdxt> [abgerufen: 11.4.2024]).

Die Dieburger Zeitung druckte, „zur Erheiterung der Leser“, einige Zeilen aus dem neuesten Flugblatt ab: „Wie friedlich und schön könnten wir unser Leben im neuen Deutschen Reich einrichten, wenn das rote Gespenst der Sozialdemokratie nicht Unruhe, Unzufriedenheit und Unsicherheit der öffentlichen Zustände durch Tat und Lehre ausbreitete im ganzen Vaterland!“

Das Blatt nahm sich — mit erkennbarem Zorn — zunächst Dernburg, den „liberalen Biedermann“, vor und wies auf seine Beteiligung bei den kirchenpolitischen Gesetzen hin. Auch sein Schweigen bei der Beschränkung von Volksrechten und Freiheiten wurde im angekreidet. Vor allem aber trügen Steuer- und Militärlast nicht gerade zur öffentlichen Sicherheit bei. Purer Sarkasmus entsprang folgenden Zeilen des Artikels: „Wie dehnen die zahllosen Handwerksburschen und Bettler, welche unsere Landstraßen bevölkern und nachts mit dem deutschen ‚Reichsbett‘ unter freiem Himmel fürliebnehmen, so ruhig und friedlich ihre Glieder.“ Wahrlich müsse dem Blödesten ein Licht aufgegangen sein, wie die Herrschaft der „liberalen“ Partei zum Frieden des Volkes beigetragen habe. ^[302]

Wahlergebnisse in Dieburg, im Kreis und verschiedenen Orten im Kreis

Reichstagswahl 1878 in Dieburg ^[303]

	Wahlberechtigte	abgegeb. Stimmen	gültige Stimmen	Wasserburg	Dernburg	Flinsch	Lieb-knecht	zersplittert
				Zentrum	NL	DFP/DFrP	SPD	
Wahl	n. b.	n. b.	453	353	37	---	63 ^[304]	n. b.
in %				77,9	8,2	0,0	13,9	
Stichw.	n. b.	n. b.	531		70		461	
in %					13,2		86,8	

Tabelle 10: Reichstagswahl 1878; Ergebnis in Dieburg

Die Wahlbeteiligung in Dieburg war bei beiden Wahlgängen niedriger als 1877. Die Anzahl der Wahlberechtigten sowie der insgesamt abgegebenen Stimmen sind nicht überliefert (n. b. = nicht bekannt).

³⁰² SPZ vom 10.8.1878.

³⁰³ Wie Anm. 80 (Klein): S. 203-207; für Wasserburg wurde die von SPZ und Odenwälder Boten (jeweils 3.8.1878) übereinstimmende Zahl eingetragen.

³⁰⁴ SPZ u. Odenwälder Bote vom 3.8.1878 meldeten übereinstimmend 63 Stimmen für Lieb-knecht, Tabellenwerk von Klein dagegen 57.

Bei der Stichwahl konnte Liebknecht in Dieburg seinen prozentualen Anteil zwar in etwa halten, absolut hatte er jedoch ein Minus von 167 Stimmen. Wie bereits bei der Stichwahl 1877, so dürfte auch dieses Mal die überwiegende Mehrheit der vormaligen Zentrumswähler bei der „engeren Wahl“ den Wahlzettel mit Liebknechts Namen zur Wahlurne getragen haben. (Siehe dazu auch Unterabschnitt „Reichstagswahlen 1871 bis 1878 – Wahlgesetz und Ergebnisse im Deutschen Reich, Stimmzettel“ im Anhang.)

Reichstagswahl 1878 im Kreis Dieburg ^[305]

	Wahlberechtigte	abgegeben. Stimmen	gültige Stimmen	Wasserburg	Dernburg	Flinsch	Liebknecht	zersplittert
				Zentrum	NL	DFP/DFrP	SPD	
Wahl	n. b.	n. b.	7.099	1.650	4.754	176	519	n. b.
in %				23,2	67,0	2,5	7,3	
Stichw.	n. b.	n. b.	8.956		6.341		2.615	
in %					70,8		29,2	

Tabelle 11: Reichstagswahl 1878; Ergebnis im Kreis Dieburg

Bereits im ersten Wahlgang hatte Liebknecht im Kreis Offenbach mit 5.038 Stimmen (gegenüber 3.260 für Dernburg) die Mehrheit erhalten. Die Stichwahl konnte Liebknecht dort eindeutig für sich entscheiden bzw. sogar ausbauen. Er erzielte 7.924 Stimmen (gleich 62,3 %) und lag damit klar vor Dernburg (4.795 Stimmen gleich 37,7 %). Erneut verfehlte der Sozialdemokrat das Reichstagsmandat im Wahlkreis Offenbach-Dieburg wegen fehlender Stimmenanteile im Kreis Dieburg; dort hatte er 631 Stimmen weniger als 1877. Den Vorteil von Liebknecht im Kreis Offenbach in Höhe von 3.129 Stimmen konnte Dernburg im Dieburger Kreis mit einem Vorsprung von 3.726 Stimmen gerade noch kompensieren. Insgesamt betrug Dernburgs Plus nur noch 597 Stimmen. Hätte Liebknecht im Kreis Dieburg 1878 ähnlich gut abgeschnitten wie 1877, wäre der Wahlkreis Offenbach-Dieburg bereits bei der Reichstagswahl 1878 von den Sozialdemokraten erobert worden. (Weitere Ergebnisdetails dazu im Abschnitt „Reichstagswahlen 1871 bis 1878 – Ergebnisse im Wahlbezirk Offenbach-Dieburg“ im Anhang.) Der „Vorwärts“ wertete das Ergebnis kurz und schmerzlos als „Fortschritte, die uns bei der nächsten Wahl den Sieg verbürgen“. ^[306]

³⁰⁵ Wie Anm. 199 (Kurt): S. 172. Odenwälder Bote vom 14.8.1878.

³⁰⁶ Vorwärts vom 14.8.1878.

Reichstagswahl 1878 in verschiedenen Orten im Kreis Dieburg ^[307]

		Wasserburg	Dernburg	Flinsch	Liebknecht
		Zentrum	NL	DFP/DFrP	SPD
Babenhausen	Wahl	1	328	27	1
	in %	0,3	91,9	7,6	0,3
	Stichwahl		389		11
	in %		97,2		2,8
Eppertshausen	Wahl	93	45	---	4
	in %	65,5	31,7	0,0	2,8
	Stichwahl		72		107
	in %		40,2		59,8
Groß-Bieberau	Wahl	---	232	2	1
	in %	0,0	98,7	0,9	0,4
	Stichwahl		297		6
	in %		98,0		2,0
Groß-Umstadt	Wahl	19	354	4	46
	in %	4,5	83,7	0,9	10,9
	Stichwahl		454		84
	in %		84,4		15,6
Groß-Zimmern	Wahl	51	123	8	68
	in %	20,4	49,2	3,2	27,2
	Stichwahl		232		232
	in %		50,0		50,0
Münster	Wahl	273	3	---	13
	in %	94,5	1,0		4,5
	Stichwahl		6		346
	in %		1,7		98,3
Reinheim	Wahl	3	128	19	2
	in %	2,0	84,2	12,5	1,3
	Stichwahl		247		6
	in %		97,6		2,4
Schaafheim	Wahl	---	262	---	---
	in %	0,0	100,0		0,0
	Stichwahl		320		5
	in %		98,5		1,5

Tabelle 12: Reichstagswahl 1878; Ergebnis in verschiedenen Orten im Kreis Dieburg

³⁰⁷ Wie Anm. 80 (Klein): S 203-207; abweichende Meldungen der lokalen Presse (SPZ vom 13.8.1878 und Odenwälder Bote vom 14.8.1878) wurden bei deren Übereinstimmung für folgende Orte übernommen: Eppertshausen, Groß-Umstadt, Reinheim, Schaafheim. Die Zahlen für Groß-Zimmern erscheinen in allen Meldungen nicht plausibel.

Die Wahlbeteiligung im Kreis Dieburg war 1878 gegenüber der Reichstagswahl von 1877 beträchtlich gesunken. So gingen im ersten Wahlgang etwa 1.400 Wähler weniger an die Urne als anderthalb Jahre zuvor. Bei der Stichwahl waren es immerhin noch ca. 970 Männer, die den Gang in das Wahllokal verweigerten. Wie hoch die Wahlbeteiligung tatsächlich war, konnte nicht ermittelt werden, weil die Anzahl der Wahlberechtigten nicht dokumentiert wurde.

Tendenziell hatte sich aber zu 1877 nichts geändert. Im ersten Wahlgang setzte sich Liebknecht im Kreis Dieburg nur in Brensbach durch. Die Stichwahl für sich entschied er in Dieburg, Brensbach, Eppertshausen, Klein-Zimmern, Münster sowie Nieder-Roden, Ober-Roden und Urberach (damals alle drei Kreis Dieburg). Die dortigen Gewinne resultierten anscheinend aus nicht unerheblichen Stimmentransfers vom Zentrum hin zur Sozialdemokratie. Eine Ausnahme bildete lediglich Eppertshausen, wo dies in geringerem Umfang der Fall war.

Keine Stimme erhielt der Sozialdemokrat in folgenden Orten des Landkreises Dieburg (Stichwahl): Asbach und Brandau (damals beide Kreis Dieburg), Harpertshausen, Harreshausen, Hergershausen, Klein-Umstadt, Langstadt, Lengfeld, Nieder-Klingen, Ober-Klingen, Raibach, Sickenhofen, Schlierbach, Ueberau und Zeilhard. In allen anderen Orten gewann Dernburg die Stichwahl meistens mit recht komfortablem Vorsprung.

Somit blieb es dabei: Im Kreis Dieburg wurde weiterhin „gedernborgt“.

Liebknechts Bewertung des Ergebnisses der Stichwahl

In einer Meldung stellte der „Vorwärts“ fest, dass die Parteigenossen bei der Stichwahl in Mainz für Dr. [h. c.] Moufang (1817 bis 1890), den „ultramontanen“ Kandidaten, gestimmt, im Wahlkreis Offenbach-Dieburg dagegen die Wähler des Zentrums für Liebknecht votiert hätten. Das von der bürgerlichen Presse unterstellte Bündnis von Roten und Schwarzen sei jedoch ein Irrtum. Gegenwärtig sei es wichtig, nur solche Leute in den Reichstag zu bringen, die keine Beschränkung der Presse und des Versammlungsrechts herbeiführen wollten, keinerlei neuen Steuerprojekten ihre Zustimmung gäben und alle Ausnahme Gesetze verwerfen würden. Dies habe Dr. Moufang versprochen. ^[308]

Liebknecht sah das anders und erklärte in der „Berliner Freien Presse“ u. a. dazu: Das Zentrum habe für die Stichwahl offiziell die Enthaltung proklamiert. Wasserburg habe sich in einem Brief an seine Wähler zugunsten seiner [Liebknechts] Person, der er ein Gegner von Ausnahme Gesetzen sei, ausgesprochen. Für einen großen Teil der katholischen Zentrumswähler sei dies aber nicht maßgebend gewesen. Viele hätten sich, so Liebknecht, enthalten. Die reaktionären Kräfte unter den Katholiken (Bourgeoisie, Beamte usw.) hätten für Dernburg votiert, und er, Liebknecht, habe lediglich die Stimmen der demokratischen und sozialdemokratischen „Elemente“ (Kleinbürger, Bauern, Lohnarbeiter) bekommen. Hätten sich die

³⁰⁸ Zweibrücker Zeitung vom 9.8.1878. Vorwärts vom 11.8.1878.

Katholiken „geschlossen“ für ihn entschieden, so wäre Dernburg mit mindestens 2.000 Stimmen in der Minderheit geblieben. ^[309]

Tatsache war jedoch, dass Liebknecht allein in Dieburg, Münster und Eppertshausen bei der Stichwahl zusammen 275 Stimmen weniger erhalten hatte als 1877. Obwohl die Wahlbeteiligung in den drei Orten gegenüber der Hauptwahl gestiegen war, was Liebknecht sicher zugutekam, erreichte sie nicht die Werte wie anderthalb Jahre zuvor. Dass es sich dabei nur um Wahlenthaltungen des wohlhabenden katholischen Bürgertums gehandelt hatte, dürfte eher nicht der Fall gewesen sein.



Abbildung 27: August Bebel (ca. 1880)

(Quelle: AdsD der FES, 6/FOTA200711;

Rechte: gemeinfrei/AdsD)

Die Sozialdemokraten hatten im Deutschen Reich 56.000 Wählerstimmen (nunmehr 437.000) weniger als 1877 zu verzeichnen gehabt. August Bebel machte Jahre später dafür die „ungeheure Hetze gegen unsere Partei“ verantwortlich, „der man infamerweise die Urheberschaft der Attentate zuschrieb.“ ^[310] Dies sowie der Druck auf die Sozialdemokratie könnten eher Gründe für das weniger erfolgreiche Abschneiden Liebknechts im Wahlkreis Offenbach-Dieburg gewesen sein.

Wasserburg, der Zentrumskandidat, war allerdings auch eher Liebknechts Auffassung, wonach die Katholiken vor allem in Dieburg und Groß-Steinheim beim zweiten Wahlgang sich der Wahl enthalten und damit Dernburg zum Sieg verholfen hätten. ^[311]

³⁰⁹ SPZ vom 29.8.1878.

³¹⁰ Wie Anm. 19 (Miller/Potthoff): S. 47.

³¹¹ Odenwälder Bote vom 30.10.1878. Frankfurter Zeitung vom 22.10.1878.

Sozialistengesetz

Sozialistengesetz ist die Kurzbezeichnung für das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, das von 1878 bis 1890 im Deutschen Reich galt und während dieser Zeit mehrmals verlängert wurde.

Monatelange Diskussionen im Reichstag und Beiträge, auch in der hiesigen Presse, begleiteten die beiden Gesetzentwürfe.

Wilhelm Liebknecht verlas dazu im Mai 1878 im Reichstag eine Erklärung der sozialdemokratischen Mitglieder: Sie hielten es für unter ihrer Würde, die Partei gegen den Vorwurf der moralischen Urheberchaft der Tat eines Wahnninnigen zu verteidigen und sich an der Diskussion über dieses Gesetz — die Ausführung einer lange geplanten Reaktion — zu beteiligen. „Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung beteiligen, weil wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit das Unsrige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Waagschale werfen. Falle die Entscheidung des Reichstages aus, wie sie wolle, die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewusstsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht.“ ^[312]

Am 19. Oktober 1878 setzte sich der verschärfte Gesetzentwurf mit 221 zu 149 Stimmen im Reichstag durch. Für das Ausnahmegesetz stimmten neben den Nationalliberalen hauptsächlich die Abgeordneten der Freikonservativen und der Deutschkonservativen Partei, dagegen die des Zentrums, der linksliberalen Deutschen Fortschrittspartei und die acht SAP-Abgeordneten.

Nach der Zustimmung des Bundesrates am 21. Oktober und der Unterzeichnung durch Kaiser Wilhelm I. erhielt das Gesetz am 22. Oktober 1878 mit seiner Verkündung Rechtskraft. Es galt durch insgesamt vier Verlängerungen bis zum 30. September 1890.

Das Gesetz verbot sozialistische, sozialdemokratische, kommunistische Vereine, Versammlungen und Schriften, deren Zweck der Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung war. Aus dem Sozialistengesetz resultierte die Verlagerung sozialdemokratischer Aktivitäten in den Untergrund bzw. ins Ausland sowie Massenverhaftungen und -ausweisungen. Lediglich die Sozialdemokraten im Reichstag blieben aufgrund ihrer parlamentarischen Immunität unangetastet.

³¹² SPZ vom 30.5.1878.

Trotz der starken Repressionspolitik war die Kandidatur und Wahl sozialdemokratischer Politiker als Privatpersonen weiterhin möglich und der einzige legale Weg zur politisch-rechtlichen Interessenvertretung.^[313]

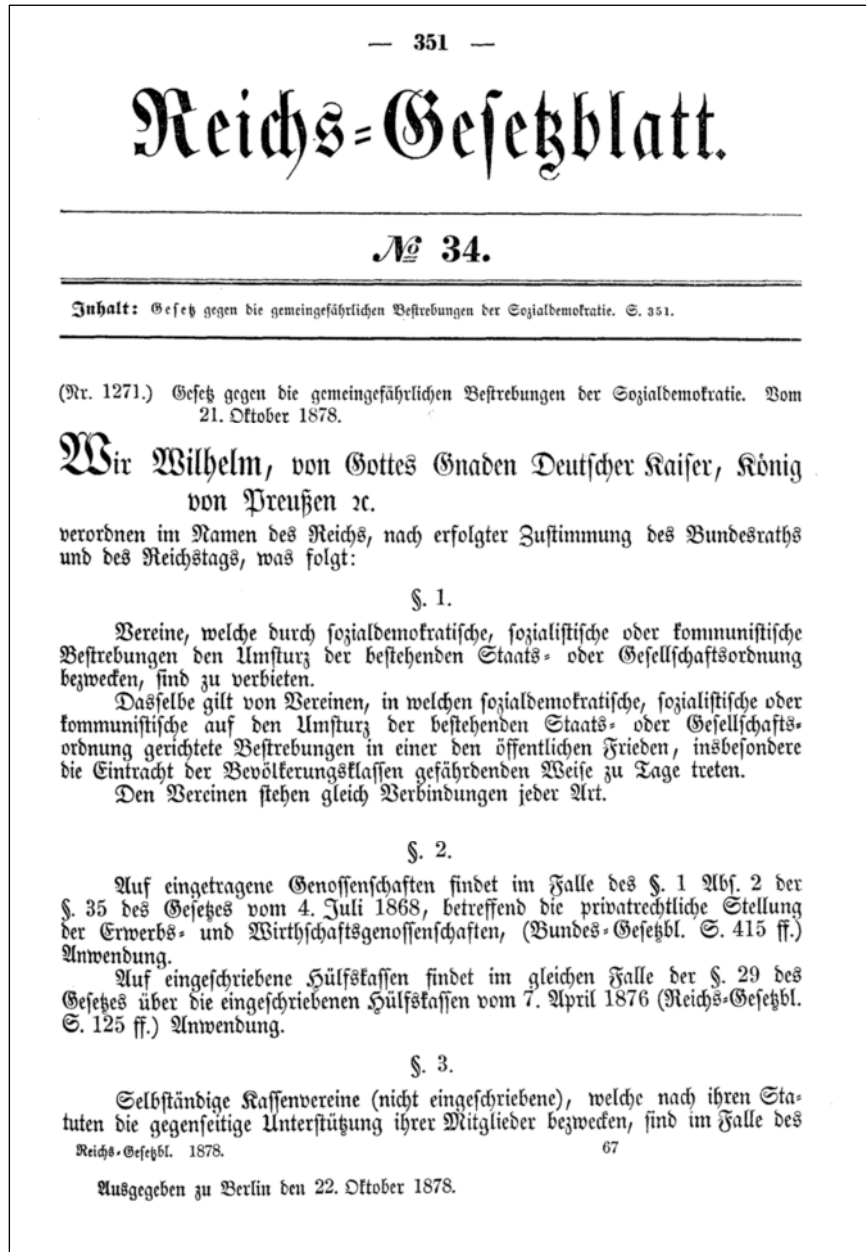


Abbildung 28: Sozialistengesetz 1878, erste Seite

(Quelle: Zeitungsarchiv der Friedrich-Ebert-Stiftung)

³¹³ Sozialistengesetz: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnq3> (abgerufen: 01.2024).

Auswirkungen im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Im Wahlkreis Offenbach-Dieburg wurden folgende Verbote ausgesprochen:

- 31.10.1878: Gesangverein „Bruderbund“ in Offenbach,
Gesangverein „Humoria“ in Bieber,
Gesangverein „Lassallia“ in Offenbach,
Offenbacher Theaterclub;

- 2.11.1878: Arbeiterverein Hausen nebst Zweigverein,
Zweigverein des Gesangvereins „Lassallia“ in Hausen,
Arbeiterverein Heusenstamm,
Gesangverein „Zufriedenheit“ (früher „Lassallia“) in Obertshausen,
Arbeiterunterstützungsverein Langen;

- 5.11.1878: Allgemeiner Arbeiter-Kranken-Unterstützungsverein in Offenbach,
Arbeiterunterstützungsvereine in Hainhausen und Sprendlingen;

- 6.11.1878: Spengler-Unterstützungsverein in Offenbach;

- 8.11.1878: Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandte Berufsgenossen in
Offenbach;

- 11.11.1878: Mitgliedschaft der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ in Offenbach;

- 13.11.1878: Arbeiterverein in Seligenstadt;

- 18.11.1878: Gesangverein „Eintracht“ in Hainhausen,
Arbeiterunterstützungsverein in Dietesheim;

- 19.11.1878: Sozialdemokratischer Wahlverein in Klein-Krotzenburg;

- 20.11.1878: Sozialdemokratischer Arbeiterverein in Obertshausen;

- 21.11.1878: Former-Kranken-Unterstützungsverein in Offenbach;

- 29.11.1878: Arbeiterverein in Bieber,
Sozialdemokratischer Arbeiterverein in Klein-Steinheim,
Arbeiter-Unterstützungsverein in Weiskirchen,
Gesangverein „Frohsinn“ in Weißkirchen;

- 9.12.1878: Sozialdemokratischer Wahlverein in Neu-Isenburg.

In den Jahren ab 1879 bis Mitte 1881 folgten weitere Vereinsverbote in Heusenstamm, Weiskirchen und Offenbach. Der Schwerpunkt der verbotenen Organisationen der Arbeiterschaft lag eindeutig im Kreis Offenbach, der ehemaligen Hochburg der „Lassalleaner“. Allerdings gab es auch Gegenden, die nicht mit Verboten belegt wurden. Der Grund dafür war, dass sich die meisten Vereine und Gewerkschaften anscheinend selbst auflösten und damit

einem Verbot zuvorkamen.^[314] Ein Beispiel dafür dürfte der Arbeiter-Unterstützungs-Verein in Spachbrücken gewesen sein. Hintergrund sei, wie der „Odenwälder Bote“ vermeldete, dass der Vorsitzende bei den letzten beiden Reichstagswahlen für die Sozialdemokraten aktiv gewesen war. Die Mitglieder hätten daher befürchtet, dass „die Verwaltung der Kasse in andere Hände gegeben würde“ und kamen allen Eventualitäten zuvor und lösten den Verein auf. Die Gelder seien unter den Mitgliedern verteilt worden.^[315]

Die SPZ druckte kommentarlos in zwei Ausgaben das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ ab.^[316] In weiteren Kurzmeldungen berichtete das Blatt am 7. November 1878 zunächst über Sozialdemokraten in Mainz, die ihren Verein aufgelöst und die roten Fahnen in den Rhein versenkt hätten, um sie nicht der Polizei in die Hände fallen zu lassen. Einige Zeilen weiter war zu lesen, dass in Offenbach Kasse und Bücher der „Allgemeinen Krankenunterstützungskasse“ polizeilich beschlagnahmt worden seien; kranke Mitglieder würden vorläufig keine Unterstützung erhalten.^[317]

Am 12. und 14. November 1878 veröffentlichte die SPZ eine „Galerie Noire“ mit Namen angeblicher „Staatsverbrecher und politischer Verdächtiger“. Sie war ein Auszug aus einem Personenverzeichnis, welches auf 196 Seiten etwa 1.360 „gefährliche und verdächtige Individuen“ beinhaltet und für die eine polizeiliche Überwachung empfohlen worden war. Die SPZ listete Personen, die in der politischen Bewegung seit 1848 eine allgemeine Bedeutung erlangt und in der hiesigen Gegend wohnten bzw. gewohnt hatten. Vor allem waren dort Namen aus Frankfurt a. Main zu finden, einige aus Offenbach und anderen größeren Städten. Darunter befand sich auch der Name Liebknechts; dahinter war der Satz „jedenfalls der jetzige Reichstagsabgeordnete“ vermerkt. Aus den ländlichen Regionen der Kreise Offenbach und Dieburg war niemand verzeichnet.^[318]

Auch der „Bote“ in Groß-Umstadt publizierte das Ausnahmegesetz.^[319] Am 6. November 1878 veröffentlichte das Blatt die Ausführungsbestimmungen zum Sozialistengesetz (*siehe Abbildung auf der folgenden Seite*), die vom „Großherzoglichen Kreisamt Dieburg“ an die „Großherzoglichen Bürgermeistereien des Kreises“ erlassen worden waren.^[320]

In seiner Ausgabe vom 4. Dezember 1878 druckte der „Odenwälder Bote“ eine Aufstellung des Kreisamts Dieburg mit weiteren verbotenen Vereinen und Druckschriften ab. Letztere beinhalteten eine Anzahl von Zeitungen sowie „nichtperiodische“ Publikationen. Unter ihnen waren Schriften von Lassalle, sein Arbeiter-Lesebuch (mit seinen eingangs erwähnten Reden am 17. und 19. Mai 1863 in Frankfurt a. Main) sowie, unter der Nr. 92 vom 13. November 1878, „Das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, nebst einem Aufruf

³¹⁴ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 278-280.

³¹⁵ Odenwälder Bote vom 23.11.1878.

³¹⁶ SPZ vom 24. und 26.10.1878.

³¹⁷ SPZ vom 7.11.1878. Siehe dazu obige Aufstellung unter dem Datum 5.11.1878.

³¹⁸ SPZ vom 12.11.1878, 14.11.1878.

³¹⁹ Odenwälder Bote vom 23. und 26.10.1878.

³²⁰ Odenwälder Bote vom 6.11.1878

des Vorstands der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands an die Arbeiter Deutschlands.“

[321]

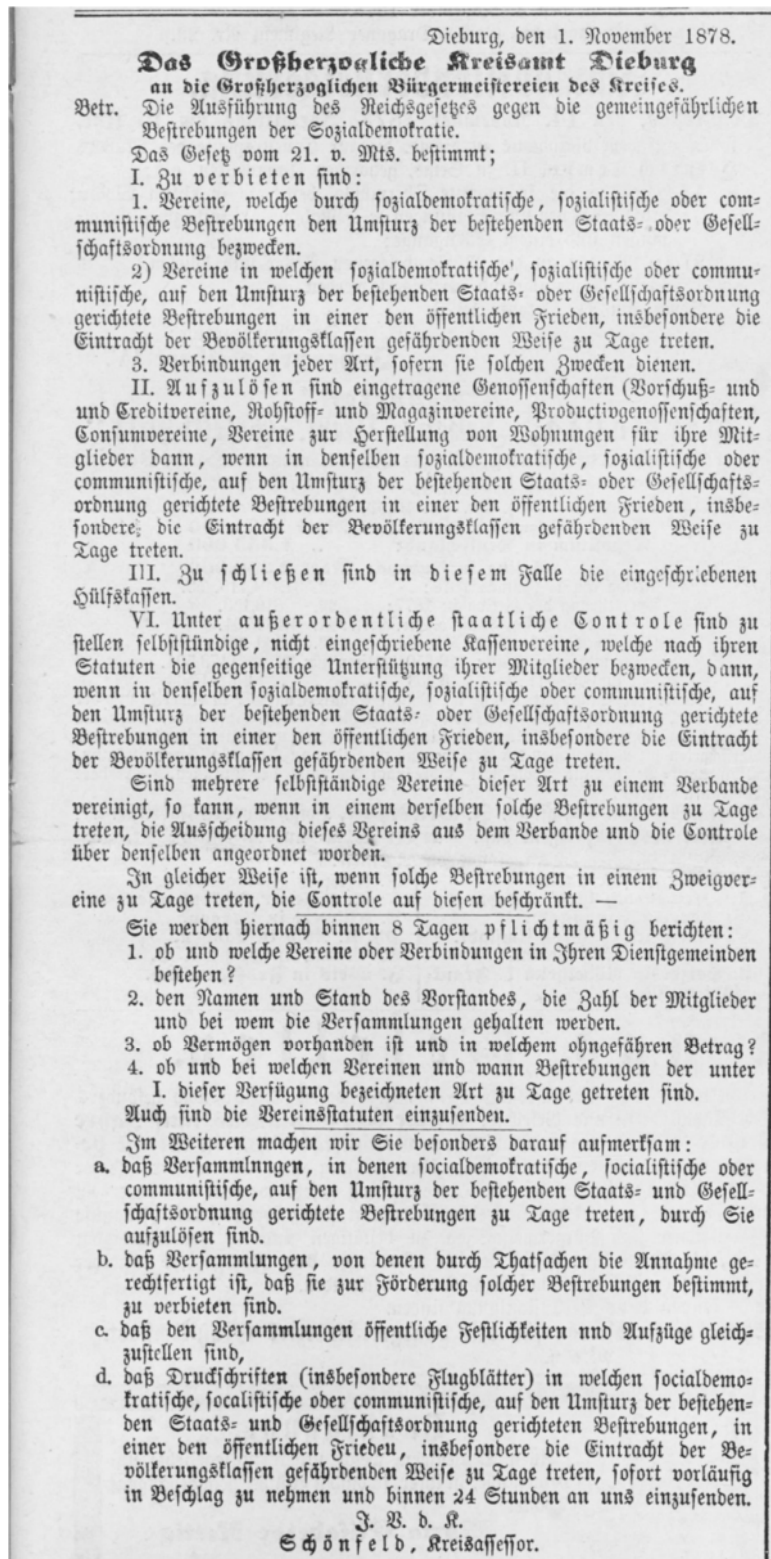


Abbildung 29: Auszug aus dem „Odenwälder Boten“ vom 6. November 1878

(Quelle: Stadtarchiv Groß-Umstadt)

³²¹ Odenwälder Bote vom 4.12.1878.

Anhang

Regionale Presselandschaft bis 1878

Bei der Betrachtung der sozialdemokratischen Gegebenheiten im Kreis Dieburg in den 1860er- und 1870er-Jahren darf die örtliche Presse nicht außer Acht gelassen werden. Im Kreis Dieburg gab es zu der Zeit nur zwei Zeitungen von Bedeutung: Den „Starkenburger Provinzial-Anzeiger“ (SPA), ab 1874 in „Starkenburger Provinzial-Zeitung“ (SPZ) umbenannt, in Dieburg und den „Odenwälder Boten“ in Groß-Umstadt. Beide Blätter verfolgten ihre stark vom sogenannten „Kulturkampf“ beeinflussten politischen Ziele; von objektiver Berichterstattung im heutigen Sinn konnte, in Dieburg wie in Groß-Umstadt, keine Rede sein. Die Trennung von Nachricht und Kommentar war zu der Zeit nicht unbedingt erkennbar und die Eigentümer griffen des öfteren selbst in die Inhalte der Zeitungen ein. ^[322]

„Starkenburger Provinzial-Anzeiger“ bzw. „Starkenburger Provinzial-Zeitung“ in Dieburg



Abbildung 30: Marktplatz mit Druckereigebäude der SPZ (vor 1893) in Dieburg

(Quelle: Heinel/Paul, Andruck, S. 19)

Am 16. Oktober 1848 erschien in der Kreisstadt Dieburg erstmals das „Wochenblatt für den Regierungs-Bezirk Dieburg“. Herausgeber waren das Brüderpaar Jakob und Peter Rachor. Ab 1853 wurde daraus das „Wochenblatt für den Kreis Dieburg“, ab 1858 das „Anzeigeblatt für

³²² Lothar Lammer: Das rote Fest in der schwarzen Ecke — Arbeitersänger in Dieburg 1900 - 1903, DER ODENWALD, 70. Jahrg., Heft 2/Juni 2023, S. 67.

die Kreise Dieburg & Neustadt“ und schließlich ab 1866 der „Starkenburger Provinzial-Anzeiger; als „Dieburger Anzeiger“ existiert das Blatt bis heute. ^[323] Der „Starkenburger Provinzial-Anzeiger“ bzw. die „Starkenburger Provinzial-Zeitung“ war streng katholisch- und zentrumsorientiert. Die Nationalliberalen waren der Dieburger Zeitung ebenso ein Gräuel wie die Sozialdemokraten. Letztere wurden allerdings schon mal mit Samthandschuhen angefasst, wenn es politisch opportun erschien.



Abbildung 31: Kopf des „Wochenblattes für den Regierungs-Bezirk Dieburg“,
Ausgabe vom 6. November 1848

(Quelle: Zeitungsarchiv Museum Schloss Fechenbach, Dieburg)

„Odenwälder Bote“ in Groß-Umstadt

Mitte 1869 kam in Groß-Umstadt eine weitere regionale Zeitung auf den Markt, der „Odenwälder Bote“. Gründer und Herausgeber war der Sparkassenrechner und Landtagsabgeordnete Jacob Lautz. Das Blatt war stramm nationalliberal-protestantisch ausgerichtet und nahm sowohl die „Ultramontanen“ wie auch die Sozialdemokraten mit seiner aggressiven Art ins Visier.



Abbildung 32: Kopf des „Odenwälder Boten“ vom 6. November 1878

(Quelle: Stadtarchiv Groß-Umstadt)

³²³ Wie Anm. 205 (Heinel/Paul): S. 8-9, 18.

Dem SPA war die Konkurrenz sofort ein Dorn im Auge und er verkündete vorsichthalber am 29. Mai 1869 und den folgenden Ausgaben: ^[324]



Abbildung 33: Titelseite des „Starkenburger Provinzial-Anzeigers“ vom 29. Mai 1869
(Quelle: Zeitungsarchiv Museum Schloss Fechenbach, Dieburg)

1874 verlor der SPA allerdings seine Funktion als amtliches Kreisblatt an den „Odenwälder Boten“ (siehe dazu Kapitel „Kulturkampf“ und die Folgen für Dieburg“).

Die erste Nummer des „Odenwälder Boten“ wurde am 1. Juli 1869 im sogenannten „Hirschwirthshaus“ gedruckt. Später siedelte der „Bote“ in das neu erbaute repräsentative Geschäftshaus in der damaligen Bismarckstraße (heute Carlo-Mierendorff-Straße) über. ^[325] Heute befinden sich im Haus Markt 3 in Groß-Umstadt das Wahlkreisbüro des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Jens Zimmermann, seit dem 1. April 2024 die Geschäftsstelle des SPD-Unterbezirks Darmstadt-Dieburg sowie Fraktion und Ortsverein der SPD Groß-Umstadt.



Abbildung 34: „Hirschwirthshaus“ in Groß-Umstadt heute
(Quelle: eigenes Foto)

³²⁴ SPA vom 29.5.1869.

³²⁵ Stadtarchiv Groß-Umstadt (E-Mail vom 18.3.2024).

„Odenwälder Bürger- und Bauern-Freund“

Das in Groß-Umstadt am 1. Oktober 1876 erschienene sozialdemokratische Blatt dürfte von Carl Ulrich initiiert worden sein. Möglicherweise war Wilhelm Liebknecht der Ideengeber; eine Zeitung gleichen Namens existierte bereits im sächsischen Crimmitschau.

Leitender Redakteur war zunächst Theodor Daschner. Die erste Ausgabe wurde in Groß-Umstadt redaktionell erstellt, „expediert“ und in Offenbach gedruckt. ^[326] Die Zeitung erschien zweimal in der Woche und vertrat die Interessen der Arbeiter; das Jahresabonnement kostete 2,40 Mark. ^[327] Am 1. April 1877 wurde der „Odenwälder Bürger- und Bauern-Freund“ aus „technischen Gründen“ bereits wieder eingestellt. ^[328] Um Abonnenten war in der Gegend fleißig geworben worden, so auch in Dieburg, augenscheinlich mit wenig Erfolg. Ob es sich um einen Versuch gehandelt hat, tatsächlich eine sozialdemokratische Zeitung im Kreis Dieburg zu etablieren oder sie lediglich zu Wahlkampfzwecken für die Reichstagswahl 1877 diente, konnte nicht herausgefunden werden. Exemplare des Blattes sind in den Archiven offenbar nicht aufbewahrt worden und auch im Internet nicht zu finden.

„Neue Offenbacher Tageszeitung“

Wie bereits beschrieben, hatte ein Teil der „Lassalleaner“ die Notwendigkeit einer eigenen Lokalzeitung im Reichstagswahlkampf 1874 erkannt. Daher wurde am 24. Dezember 1874 die „Neue Offenbacher Tageszeitung“ (NOTZ) gemeinsam mit dem „Frankfurter Volksfreund“ und der „Neuen Mainzer Zeitung“ ^[329] gegründet. Diese nur im Lokalteil sich unterscheidenden Blätter hatten zu wenig Abonnenten, sodass schließlich nur die „Neue Offenbacher Tageszeitung“ überlebte. Um das ebenfalls gefährdete Blatt zu erhalten, wählten die Fraktionen der „Eisenacher“ und „Lassalleaner“ 1875 den erst 22-jährigen Carl Ulrich zum Redakteur.

Die NOTZ erschien sechsmal in der Woche und kostete anfangs zwei Mark frei Haus bzw. mit Postzuschlag 2,50 Mark im Quartal. ^[330] Ein besonderes Anliegen war den Verantwortlichen sogleich die Abonentengewinnung und ihre planmäßige Organisation. Dazu wurden Ortsfilialen in den Offenbach umgebenden Ortschaften und im Kreis Hanau errichtet. Auch im vorderen Odenwald sollte die NOTZ gelesen und abonniert werden, weshalb 1876 in Groß-

³²⁶ Odenwälder Bote vom 27.9.1876. Daschner wurde am 7.2.1877 vom Großherzoglichen Bezirksstrafgericht Darmstadt wegen Beleidigung verurteilt (Odenwälder Bote vom 10.2.1877). Wenige Tage später sprach er auf einer Volksversammlung in München (Der Zeitgeist vom 20.2.1877). Er dürfte die Redaktionsleitung also nicht bis zur Einstellung der Zeitung innegehabt haben.

³²⁷ Leo Woerl: Die Publicistik der Gegenwart — eine Rundschau über die gesamte Presse der Welt, Würzburg [1879], Seite 31. Abonentenzahlen sind nicht angegeben.

³²⁸ Odenwälder Bote vom 4.4.1877.

³²⁹ Odenwälder Bote vom 10.3.1875: Die „Neue Mainzer Zeitung“ war vormals die 1873 gegründete „Süddeutsche Volksstimme“ (Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz: <https://www.sozialdemokratie-rlp.de/chronologie.html> [abgerufen: 01.2024]).

³³⁰ Neuer Social-Demokrat vom 13.10.1875.

Umstadt eine Ortsfiliale dieses Blattes eröffnet wurde, was der dortigen Ortspresse verständlicherweise sehr zuwider war. ^[331]

Das Überleben verdankte die Zeitung in den ersten Jahrzehnten wesentlich der Zähigkeit und dem Erfindungsreichtum des Redakteurs Ulrich. Die dauernden Versuche, diese sozialdemokratische Zeitung zu verbieten, unterlief Ulrich mit immer neuen Umbenennungen des Blattes: „Neue Offenbacher Zeitung“ 1876 bis 1878; „Offenbacher Tageblatt“ 1878 bis 1886; „Offenbacher Sonntagsblatt“ 1886; seit 1886 „Offenbacher Abendblatt, Organ der Sozialdemokraten des Kreises Offenbach-Dieburg, mit Illustrierter Gratis-Beilage.“ Das „Offenbacher Abendblatt“ und die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg waren die einzigen sozialdemokratischen Zeitungen, die die gesamte Zeit des Sozialistengesetzes überdauerten. ^[332]

Das „Offenbacher Abendblatt“ war in späteren Jahren ein bevorzugtes Angriffsziel der Dieburger SPZ. Exemplare der Zeitung und seiner Nachfolger stehen in den Archiven erst ab 1890 zur Verfügung. ^[333]

(Die Gründung der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ ist in einem separaten Abschnitt weiter oben detaillierter beschrieben.)

Überregionale Blätter zu der Zeit

Die folgenden Publikationen dürften dem „Normalbürger“ im Kreis Dieburg kaum geläufig gewesen sein, sie waren aber wichtige Bestandteile der sozialdemokratischen Presselandschaft:

(Der) Social-Demokrat

War eine seit dem 15. Dezember 1864 herausgegebene sozialdemokratische Zeitung des ADAV, ab 1. Januar 1865 zunächst mit dem Untertitel „Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ und seit 1866 mit dem Untertitel: „Organ der social-demokratischen Partei“. Sie erschien bis 1871 unter diesem Titel; Nachfolger war zunächst „Der Agitator“, dann die Zeitung „Neuer Social-Demokrat“. Im Jahr 1868 hatte das Blatt insgesamt 3.400 Abonnenten, in Frankfurt am Main lediglich 53, und schrieb bis zu seiner Einstellung fast durchweg rote Zahlen. ^[334]

³³¹ Wie Anm. 12 (Kaul): S. 59-60.

³³² Wie Anm. 172 (Carl Ulrich): S. 22-23.

³³³ Laut Zeitschriftendatenbank (ZDB) (<https://zdb-katalog.de/index.xhtml>) vom 24.1.2024.

³³⁴ Der Social-Demokrat: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnrb> (abgerufen: 24.4.2024). Wie Anm. 33 (Offermann): Buch, S. 93.

Neuer Social-Demokrat

Zunächst Sprachrohr des ADAV bzw. Eigentum der „Lassalleaner“, dann im Jahr 1875 Organ der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP); war eine sozialdemokratische Zeitung im Deutschen Kaiserreich. Sie erschien dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Sonntag) vom 2. Juli 1871 bis 29. September 1876.^[335] In seiner Ausgabe vom 19. November 1873 bezifferte das Blatt die Anzahl seiner Abonnenten auf genau 13.028. Aus dem Wahlkreis Offenbach-Dieburg war nur Offenbach mit 179 Beziehern gelistet. Im Kreis Dieburg hatte die sozialdemokratische Zeitung mindestens bis Ende 1875 keine Abnehmer.^[336] Johannes Stürtz und der gesamte ADAV nutzten das Blatt im Jahr 1873 für den Reichstagswahlkampf sowie für die Bekanntgabe von Veranstaltungen und die Berichte darüber.

Der Volksstaat

Organ der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ (SDAP) und der internationalen Gewerksgenossenschaften (Gewerkschaften); war eine sozialdemokratische Zeitschrift und Parteiorgan der SDAP. Sie erschien vom 1. Oktober 1869 bis 29. September 1876. Redakteur war Wilhelm Liebknecht in Leipzig. Auch Karl Marx und Friedrich Engels arbeiteten an dieser Zeitung mit.^[337]

Vorwärts

Die erste Ausgabe der in Leipzig als Zentralorgan der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAP) gegründeten Zeitung erschien am 1. Oktober 1876 und ersetzte die bisherigen Parteizeitungen „Der Volksstaat“ und „Neuer Social-Demokrat“. Der „Vorwärts“ (Untertitel: „Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands“) wurde unter der Leitung von Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever zunächst dreimal in der Woche herausgegeben.

Als Folge des Sozialistengesetzes musste der „Vorwärts“ am 26. Oktober 1878 sein Erscheinen einstellen; er wurde 1879 illegal in Zürich unter dem Titel „Der Sozialdemokrat“ weiter veröffentlicht.^[338]

³³⁵ Neuer Social-Demokrat: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnrp> (abgerufen: 24.4.2024).

³³⁶ Neuer Social-Demokrat vom 19.11.1873, 31.12.1875.

³³⁷ Der Volksstaat: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnrs> (abgerufen: 24.4.2024). Wie Anm. 19 (Miller/Potthoff): S. 38.

³³⁸ Vorwärts (Deutschland): in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnrz> (abgerufen: 24.4.2024).

Reichstagswahlen 1871 bis 1878 — Wahlgesetz und Ergebnisse im Deutschen Reich

Wahlgesetz

Das Wahlgesetz des Kaiserreichs sah vor, dass der Reichstag nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Männerwahlrecht gewählt wurde. Alle deutschen Männer ab 25 Jahren, die in einem der Bundesstaaten wohnten, besaßen das aktive und passive Wahlrecht. Frauen blieben hingegen bis 1918 vom Wahlrecht ausgeschlossen.^[339] Auch nicht wählen durften aktive Soldaten, Strafgefangene, Personen, die von der Armenunterstützung lebten oder entmündigt waren.

In jedem der Reichstagswahlkreise wurde ein Abgeordneter gewählt (Persönlichkeitswahl). Dieser war gewählt, wenn er im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erhalten hatte, ansonsten kam es 14 Tage später zu einer Stichwahl (im Gesetz „engere Wahl“ genannt) zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten. Kam ein Sozialdemokrat in die Entscheidungswahl, sah er sich zumeist einem geschlossenen Block der bürgerlichen Parteien gegenüber, die sich auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hatten.^[340]

Bei der Stichwahl war der Kandidat gewählt, der die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigte; bei Gleichstand kam es zum Losentscheid. Gängige Praxis war, dass Kandidaten — so beispielsweise auch die Sozialdemokraten August Bebel und Wilhelm Liebknecht — in mehreren Wahlkreisen antraten. Grund dafür war ein Mangel an politischem „Personal“.^[341] Wurde der Kandidat in mehreren Wahlkreisen gewählt, so musste er sich dann für einen Wahlkreis entscheiden und die anderen Wahlen absagen. Lehnte der gewählte Kandidat die Wahl ab oder schied später aus dem Reichstag aus, so kam es zu einer Neuwahl im Wahlkreis.^[342]

Wählerlisten

Im bürokratischen Deutschland gab es eine Meldepflicht. Der Staat war deshalb dafür verantwortlich, korrekte Wählerlisten zu führen. Acht Tage vor der Wahl konnte ein Wähler kontrollieren, ob er tatsächlich in der Liste eingetragen war. Parteien machten sich Abschriften der Listen und statteten den Wahlberechtigten einen Besuch ab oder schickten ihnen Post. Sozialdemokraten drängten darauf, dass ihre Anhänger ihren Eintrag kontrollierten.^[343]

³³⁹ Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, Sachstand „Wahlen im Kaiserreich 1871-1918“ (aktualisierte Fassung, 1. März 2021).

³⁴⁰ Walter Mühlhausen, Hessen im 20. Jahrhundert, Neckarsteinach, 2022, S. 40.

³⁴¹ Aschaffenburg Zeitung vom 6.12.1873.

³⁴² Reichstagswahlkreis (Deutsches Kaiserreich): in Wikipedia; <https://w.wiki/BnsH> (abgerufen: 11.2023).

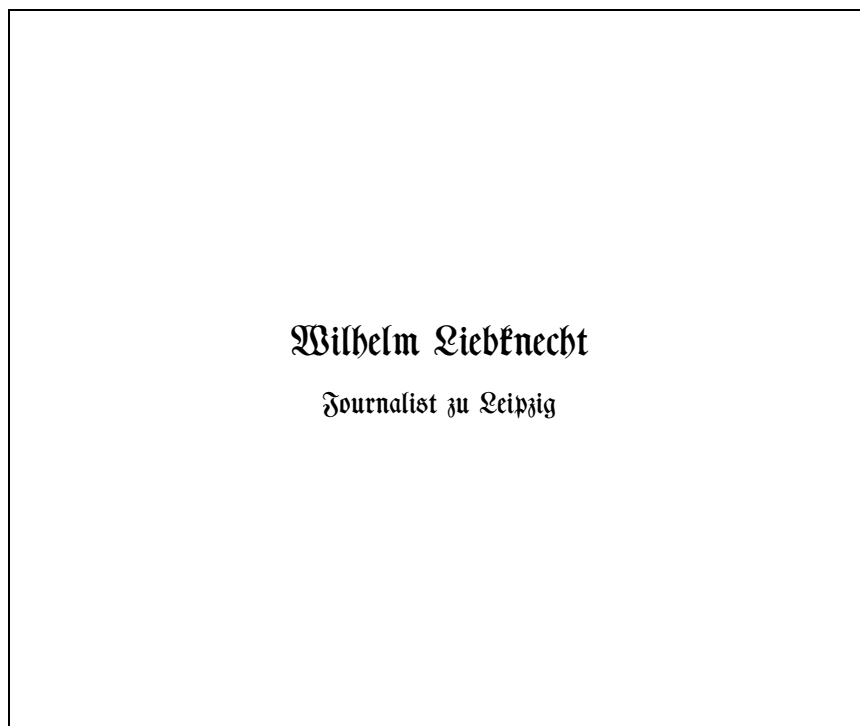
³⁴³ Wahlrecht im Norddeutschen Bund und im Deutschen Kaiserreich: in Wikipedia; <https://w.wiki/BnsP> (abgerufen: 10.6.2024).

Stimmzettel

Bei den Reichstagswahlen in den 1870er-Jahren gab es keine amtlichen Stimmzettel, sondern sie wurden von den jeweiligen Komitees und Wahlkampfhelfern zur Verfügung gestellt und am Wahltag von den Wählern in die Urne gesteckt. Mitunter kam es vor, dass Anhänger eines Kandidaten von Haus zu Haus gingen, um solche Stimmzettel zu verteilen. Im Wahllokal ausliegen durften sie nicht. Wie die Stimmzettel auszusehen hatten, war im Reichswahlgesetz geregelt:

Der Stimmzettel durfte nicht unterschrieben werden und musste aus weißem Papier bestehen. Äußerliche Kennzeichnungen waren verboten. Der Name des Gewählten musste leserlich und erkennbar sein; mehrere Namen waren ebenso nicht erlaubt wie irgendwelche Bemerkungen darauf.

Ein Stimmzettel für Wilhelm Liebknecht könnte demnach in Originalgröße etwa so ausgesehen haben:



Erst im Zuge der Inflation des Jahres 1923, als der Papierverbrauch ins Unermessliche stieg und Sparen zur Devise wurde, dachte die Reichsregierung daran, die Benutzung von Stimmzetteln zu gestatten. Bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924 wurden dann zum ersten Mal amtliche Stimmzettel verwendet. ^[344]

³⁴⁴ SPZ vom 27.1.1877. Wie Anm. 199 (Kurt): S. 166-167. Stimmzettel: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnsb> (abgerufen: 4.4.2024).

Ergebnisse 1871 bis 1878 der Sozialdemokraten — tabellarische Zusammenfassung ^[345]

Wahl- termin	Sozialdemokraten			
	Wählerstimmen		Sitze im Reichstag	
	in Mio.	Anteil %	absolut	Anteil %
3. März 1871	0,124	3,2	2	0,5
10. Januar 1874	0,351	6,8	9	2,3
10. Januar 1877	0,493	9,1	12	3,0
30. Juli 1878	0,437	7,6	9	2,3

Tabelle 13: Reichstagswahlen 1871 bis 1878; Ergebnisse der Sozialdemokraten

Die Wahlkreiseinteilung, die der Verstärkung keineswegs Rechnung trug, führte für die SPD zu einem eklatanten Missverhältnis von Wählerstimmen und Abgeordnetenzahl. ^[346]

Reichstagswahl 1871 ^[347]

Die Reichstagswahl 1871 war nach der Verkündung des Deutschen Kaiserreichs die erste Wahl der Abgeordneten zum Deutschen Reichstag und fand am 3. März 1871 statt. Wahlberechtigt waren, bei einer Einwohnerzahl von knapp 41 Millionen, 7,65 Millionen männliche Reichsbürger; das entsprach nicht einmal 20 % der damaligen Bevölkerung. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 51 %.

Die Sozialdemokraten erhielten 3,2 % und waren durch August Bebel („Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ [SDAP]) und Reinhold Schrapf („Sächsische Volkspartei“) lediglich mit zwei Abgeordnete vertreten.

Name	Land	Wahlkreis	Partei
August Bebel	Königreich Sachsen	Glauchau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal	SDAP
Reinhold Schrapf	Königreich Sachsen	Zwickau, Crimmitschau, Werdau	SDAP (Sächsische Volkspartei)

Tabelle 14: Reichstag 1871; sozialdemokratische Abgeordnete

³⁴⁵ Die Zahlen wurden aus den folgenden (Reichstagswahlen) Wikipedia-Einträgen (Stand: 04.2024) zusammengestellt.

³⁴⁶ Wie Anm. 340 (Mühlhausen): S. 40.

³⁴⁷ Reichstagswahl 1871: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnsd> (abgerufen: 01.2024).

Reichstagswahl 1874 ^[348]

Am 10. Januar 1874 fand die Reichstagswahl zum 2. Deutschen Reichstag statt. Die Wahlbeteiligung lag bei ca. 61,2 % und damit deutlich höher als bei der Reichstagswahl 1871.

Für Besorgnis, u. a. bei Reichskanzler Otto von Bismarck, sorgte das Abschneiden der Sozialdemokraten, die ihre Abgeordnetenzahl von zwei auf neun erhöhen konnten. Sechs Sitze erhielt die SDAP, drei der „Allgemeine Deutschen Arbeiterverein“ (ADAV).

Name	Land	Wahlkreis	Partei
August Geib	Königreich Sachsen	Freiberg, Hainichen	SDAP
Julius Vahlteich	Königreich Sachsen	Mittweida, Frankenberg, Augustusburg	SDAP
Johann Most	Königreich Sachsen	Chemnitz	SDAP
August Bebel	Königreich Sachsen	Glauchau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal	SDAP
Julius Motteler	Königreich Sachsen	Zwickau, Crimmitschau, Werdau	SDAP
Wilhelm Liebknecht	Königreich Sachsen	Stollberg, Schneeberg	SDAP
Wilhelm Hasenclever	Königreich Preußen, Provinz Schleswig-Holstein	Altona, Stormarn	ADAV
Otto Reimer	Königreich Preußen, Provinz Schleswig-Holstein	Oldenburg in Holstein, Plön	ADAV
Wilhelm Hasselmann	Königreich Preußen, Rheinprovinz – Regierungsbezirk Düsseldorf	Elberfeld, Barmen	ADAV

Tabelle 15: Reichstag 1874; sozialdemokratische Abgeordnete

Reichstagswahl 1877 ^[349]

Der 3. Deutsche Reichstag wurde am 10. Januar 1877 gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei 60,6 % und damit etwa bei der von 1874. Allerdings hatten lediglich knapp 21 % der Gesamtbevölkerung das Wahlrecht. ^[350]

Die nunmehr vereinten Sozialisten (SAP), 1874 noch in Arbeiterverein und Arbeiterpartei gespalten, konnten ihre Mandatszahl auf zwölf erhöhen. Die „Kölnische Zeitung“ vom 11. Januar 1877 stellte dazu fest, dass man sich mit dem Umstand vertraut machen müsse,

³⁴⁸ Reichstagswahl 1874: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnsf> (abgerufen: 11.2023).

³⁴⁹ Reichstagswahl 1877: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnj2> (abgerufen: 11.2023).

³⁵⁰ SPZ vom 6.10.1877 (errechnete Zahl).

„auf eine nicht mehr verschwindende, sondern in das Gewicht fallende Zahl von sozialdemokratischen Mitgliedern im Reichstag rechnen zu müssen“ .^[351]

Name	Land	Wahlkreis	Partei
Friedrich Wilhelm Fritzsche	Königreich Preußen, Berlin	Luisenstadt jenseits des Kanals, Stralauer Vorstadt, Königstadt-Ost	SAP
Wilhelm Hasenclever	Königreich Preußen, Berlin	Wedding, Gesundbrunnen, Moabit, Oranienburger Vorstadt, Rosenthaler Vorstadt	SAP
August Kapell	Königreich Preußen, Provinz Schlesien – Regierungsbezirk Breslau	Reichenbach, Neurode	SAP
Moritz Rittinghausen	Königreich Preußen, Rheinprovinz – Regierungsbezirk Düsseldorf	Solingen	SAP
August Bebel	Königreich Sachsen	Dresden links der Elbe	SAP
Georg Adolph Demmler	Königreich Sachsen	Leipzig-Land, Taucha, Markranstädt, Zwenkau	SAP
Johann Most	Königreich Sachsen	Chemnitz	SAP
Wilhelm Bracke	Königreich Sachsen	Glauchau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal	SAP
Julius Motteler	Königreich Sachsen	Zwickau, Crimmitschau, Werdau	SAP
Wilhelm Liebknecht	Königreich Sachsen	Stollberg, Schneeberg	SAP
Ignaz Auer	Königreich Sachsen	Auerbach, Reichenbach	SAP
Wilhelm Bloss	Fürstentum Reuß älterer Linie	Greiz, Burgk	SAP

Tabelle 16: Reichstag 1877; sozialdemokratische Abgeordnete

Reichstagswahl 1878^[352]

Die Reichstagswahl 1878 war die Wahl zum 4. Deutschen Reichstag. Sie fand am 30. Juli 1878 statt. Aufgrund der Umstände wurde sie auch als „Attentatswahl“ bekannt. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 63,4 % (andere Quelle: 63,1 %) und damit unwesentlich höher als bei der Reichstagswahl 1877.

³⁵¹ SPZ vom 16.1.1877.

³⁵² Reichstagswahl 1878: in Wikipedia; <https://w.wiki/Bnt4> (abgerufen: 11.2023).

Nach einem auf Kaiser Wilhelm I. am 11. Mai 1878 fehlgeschlagenen Attentat des Klempnerge-
 sellen Max Hödel hatte Reichskanzler Otto von Bismarck ein Verbot der Sozialdemokraten
 gefordert. Der mehrheitlich liberale Reichstag hatte dies aus rechtsstaatlichen Erwägungen
 abgelehnt. Ein zweites Attentat, durchgeführt von Karl Eduard Nobiling am 2. Juni 1878, bei
 dem der Kaiser verletzt wurde, führte zu weiterer Aufregung in der Bevölkerung und Druck
 auf die gemäßigten Kräfte. Daraufhin wurde der Reichstag gemäß Artikel 24 der Reichsver-
 fassung von Bundesrat und Kaiser – durchaus auf Wunsch Bismarcks – am 11. Juni aufgelöst.
 Vor allem Nationalliberale schwenkten nun ins Lager derer um, die die Sozialisten gesetzlich
 und polizeilich bekämpfen wollten.

Der Wahlkampf wurde um das vor allem von konservativen Kräften um Bismarck geforderte
 Sozialistengesetz (*siehe dort*) geführt.

Die SAP (SAPD) verlor drei Mandate und kam nunmehr auf neun Sitze im Reichstag. Davon
 kamen sechs Parlamentarier aus dem Königreich Sachsen bzw. wurden über dortige Wahl-
 kreise in das Parlament entsandt.

Name	Land	Wahlkreis	Partei
Friedrich Wilhelm Fritzsche	Königreich Preußen, Berlin	Luisenstadt jenseits des Kanals, Stralauer Vorstadt, Königstadt-Ost	SAP
Klaas Peter Reinders	Königreich Preußen, Provinz Schlesien – Regierungsbezirk Breslau	Breslau-Ost	SAP
Wilhelm Hasselmann	Königreich Preußen, Rheinprovinz – Regierungsbezirk Düsseldorf	Elberfeld, Barmen	SAP
August Bebel	Königreich Sachsen	Dresden links der Elbe	SAP
Max Kayser	Königreich Sachsen	Freiberg, Hainichen	SAP
Julius Vahlteich	Königreich Sachsen	Mittweida, Frankenberg, Augustusburg	SAP
Wilhelm Bracke	Königreich Sachsen	Glauchau, Meerane, Hohenstein-Ernstthal	SAP
Wilhelm Liebknecht	Königreich Sachsen	Stollberg, Schneeberg	SAP
Philipp Wiemer	Königreich Sachsen	Marienberg, Zschopau	SAP

Tabelle 17: Reichstag 1878; sozialdemokratische Abgeordnete

Reichstagswahlen 1871 bis 1878 – Ergebnisse im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Bei den Reichstagswahlen der Jahre 1871 bis 1878 erhöhte sich der prozentuale Anteil der Sozialdemokraten im Wahlkreis Offenbach-Dieburg im ersten Wahlgang (ohne Stichwahlen) von 18,9 % im Jahr 1871 auf zuletzt 30,4 %.

Wahljahr	Ergebnisse [%]
1871	18,9
1874	20,6
1877	26,3
1878	30,4

Tabelle 18: Reichstagswahlen 1871 bis 1878; Ergebnisse der SPD im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Reichstagswahl 1871 im Wahlkreis Offenbach-Dieburg ^[353]

	Wahlbe- rechtigte	abgegeb. Stimmen	gültige Stimmen	Starck	Küchler	Dernburg	Wolf
				DRP	DRP	NL	SPD
Wahl	23.410	16.386	16.322	1.467	6.389	5.373	3.093
in %		70,0		9,0	39,1	32,9	18,9
Stichwahl		15.944	15.917	---	7.480	8.437	---
in %		68,1			47,0	53,0	

Tabelle 19: Reichstagswahl 1871; Ergebnis im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Reichstagswahl 1874 im Wahlkreis Offenbach-Dieburg ^[354]

	Wahlbe- rechtigte	abgegeb. Stimmen	gültige Stimmen	Dernburg	Racké	Stürtz	zersplittert
				NL	Zentrum	SPD	
Wahl	26.312	20.176	20.150	11.233	4.782	4.126	9
in %		70,0		55,7	23,7	20,6	0,0

Tabelle 20: Reichstagswahl 1874; Ergebnis im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Im gesamten Großherzogtum Hessen erreichten die Sozialdemokraten einen Stimmenanteil von etwa 5,3 %. ^[355]

³⁵³ Wie Anm. 80 (Klein): S 197-198.

³⁵⁴ Wie Anm. 80 (Klein): S 198-199.

³⁵⁵ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 265. SPA vom 24.1.1974 meldete 4,7 %.

Reichstagswahl 1877 im Wahlkreis Offenbach-Dieburg ^[356]

Im Vorfeld der Wahl hatte das Kanzleramt vergebens versucht, durch eine Gesetzesinitiative einige Reichstagswahlkreise in Hessen — auch den Wahlkreis Offenbach-Dieburg — zum Vorteil der Nationalliberalen neu einzuteilen. ^[357]

	Wahlbe- rechtigte	abgegeb. Stimmen	gültige Stimmen	Schlosser	Dernburg	Racké	Lieb- knecht	zersplit- tert
				K	NL	Zentrum	SPD	
Wahl	27.714	20.217	20.170	281	9.891	4.655	5.304	39
in %		72,9		1,4	49,0	23,1	26,3	0,2
Stichw.		22.872	22.825		12.281		10.544	
in %		82,5			53,8		46,2	

Tabelle 21: Reichstagswahl 1877; Ergebnis im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Dernburg gewann den Wahlkreis mit einem Vorsprung von 1.737 Stimmen gegenüber Lieb-
knecht. Im Großherzogtum erhöhten die Sozialdemokraten ihren Anteil auf 8,7 %. ^[358]

Reichstagswahl 1878 im Wahlkreis Offenbach-Dieburg ^[359]

	Wahlbe- rechtigte	abgegeb. Stimmen	gültige Stimmen	Wasser- burg	Dernburg	Flinsch	Lieb- knecht	zersplit- tert
				Zentrum	NL	DFP/DFrP	SPD	
Wahl	28.011	18.286	18.256	3.798	8.014	882	5.557	5
in %		65,3		20,8	43,9	4,8	30,4	0,0
Stichw.		21.734	21.675		11.136		10.539	
in %		77,6			51,4		48,6	

Tabelle 22: Reichstagswahl 1878; Ergebnis im Wahlkreis Offenbach-Dieburg

Der Vorsprung Dernburgs gegenüber Lieb-
knecht betrug nur noch 597 Stimmen; der Anteil
der Sozialdemokraten im Großherzogtum Hessen stieg auf nunmehr 10,4 %. ^[360]

³⁵⁶ Wie Anm. 80 (Klein): S 199; geringfügig abweichende Meldungen anderer Quellen wurden ignoriert.

³⁵⁷ SPZ vom 2.12.1876. Die Regierungen des Großherzogtums Hessen wie auch Sachsens legten keinen Wert auf die Wahlkreisänderungen, wurden daher aus der Gesetzesvorlage gestrichen (Deutscher Reichstag 1876, Aktenstück Nr. 103 vom 9.12.1876).

³⁵⁸ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 265. Im Odenwälder Boten vom 13.7.1878 wurden Zahlen aus dem Großherzog-
tum Hessen zur Reichstagswahl 1877 abgedruckt, die teilweise nicht plausibel waren.

³⁵⁹ Wie Anm. 80 (Klein): S 203; geringfügig abweichende Meldungen anderer Quellen wurden ignoriert.

³⁶⁰ Wie Anm. 20 (Eckhardt): S. 273.

Abkürzungsverzeichnis

ADAV	Allgemeine Deutsche Arbeiterverein
DFP	Deutsche Fortschrittspartei
DFrP	Deutschfreisinnige Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
DZP	siehe Z (weiter unten)
HStAD	Hessisches Staatsarchiv Darmstadt
K	Konservative/Deutschkonservative Partei
LADAV	Lassallescher Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
n. b.	nicht bekannt
NL	Nationalliberale
NOTZ	Neue Offenbacher Tageszeitung
SAPD	Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (auch als SAP bezeichnet), ab 1890 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), 1875 entstanden aus ADAV und SDAP (Zusammenschluss)
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei, eine von mehreren Vorläuferparteien der SPD
SPA bzw. SPZ	Zeitung, wurde 1848 in Dieburg als „Wochenblatt für den Regierungs-Bezirk Dieburg“ gegründet, ab 1853 „Wochenblatt für den Kreis Dieburg“, danach „Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt“ (ab 1858) und ab 1866 schließlich als „Starkenburger Provinzial-Anzeiger“ veröffentlicht; ab 1874 bis 1941 als „Starkenburger Provinzial-Zeitung“ und seit 1949 als „Dieburger Anzeiger“ mit unterschiedlichen Eigentümern ^[361]
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Z	Zentrum, auch Deutsche Zentrumspartei bzw. DZP genannt (Partei der Katholiken und des politischen Katholizismus) ^[362]

³⁶¹ Wie Anm. 205: S. 18 u. 34. Offenbach-Post vom 9.1.2017. Dieburger Anzeiger ist reif fürs Museum: <https://www.op-online.de/region/dieburg/dieburger-anzeiger-reif-fuers-museum-baende-einsehbar-7200946.html> (abgerufen: 11.2023).

³⁶² Deutsche Zentrumspartei: in Wikipedia; <https://w.wiki/BntN> (abgerufen: 04.2024).

Literaturverzeichnis

Gedruckte Quellen und Literatur:

Beckmann, Heinrich: Dieburger Gaststätten im Wandel der Zeit, Dieburg, 1985

Beier, Gerhard: Arbeiterbewegung in Hessen, Frankfurt a. Main. 1984

Bergsträsser, Ludwig: Carl Ulrich — Erinnerungen, Offenbach, 1953

Blätter zur Geschichte der Stadt Dieburg, Reihe 1, April 1969, Nr. 16

Deutscher Reichstag 1876, Aktenstück Nr. 103 vom 9.12.1876

Eckhardt, Albrecht: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860 - 1900, Sonderdruck 1976

Familienbuch Dieburg 1603 - 1900 mit Filiale Klein-Zimmern von Brigitte Olschewski, Otzberg, 2014 (Museum Schloss Fechenbach)

Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Groß-Zimmern (2003)

Heinel, Jürgen: Rundgang durch das alte Dieburg, Dieburg, 1987

Heinel, Jürgen, und Marianne Paul: Andruck 1848 — Geschichte einer Dieburger Zeitung, Dieburg, 1998

Hering, Rainer: Sozialdemokratie und Kirchen in Deutschland — ein historischer Rückblick, Archiv für Sozialgeschichte (Friedrich-Ebert-Stiftung), 2011

Historischer Kalender der Offenbacher Sozialdemokratie 1866 bis 2007, Historische Kommission des SPD-Unterbezirks Offenbach, 2008

Kaul, Georg: Geschichte der Sozialdemokratie in Offenbach a. M., Offenbach, 1925, Nachdruck 1998

Klein, Thomas: Die Hessen als Reichstagswähler: Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867 - 1933; Marburg, 1995; Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen: 51; Bd. 3. Großherzogtum/Volksstaat Hessen 1867 - 1933

Klühs, Franz: August Bebel — Der Mann und sein Werk (Originalausgabe 1923, Nachdruck 2013)

Kurt, Alfred: Stadt und Kreis Offenbach in der Geschichte, 1998

Lammer, Lothar: Das rote Fest in der schwarzen Ecke — Arbeitersänger in Dieburg 1900 - 1903, DER ODENWALD, 70. Jahrg., Heft 2/Juni 2023

Lammer, Lothar: „Man entferne die politische Bevormundung“, Extrablatt im Geist der Freiheit — 175 Jahre Revolution 1848/49, Dieburg, 2023

Linde, M. W. van der: Die Entstehung der Neuen Offenbacher Tages-Zeitung, ca. 1875 (Friedrich-Ebert-Stiftung, Dokument A 23-01929)

Magistrat der Stadt Dieburg: Dieburg — Eine Chronik, Dieburg, 2007

Magistrat der Stadt Dieburg: Dieburg — Beiträge zur Geschichte der Stadt, Dieburg, 1977

MEYERS GROSSES TASCHENLEXIKON, 1981, Bibliografisches Institut Mannheim, Bände 5, 15 und 22

Mit Adam Zibulsky fing es an ... 1903 - 2003, Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Groß-Umstadt (2003)

Mühlhausen, Walter, Hessen im 20. Jahrhundert, Neckarsteinach, 2022

Offermann, Toni: Die erste deutsche Arbeiterpartei. Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863 – 1871, Bonn, 2002

Paul, Marianne: Alte Dieburger Wirtshäuser, Dieburg, 1995

Protokoll über die Verhandlungen des Allgemeinen Deutschen Sozial-Demokratischen Arbeiterkongresses zu Eisenach am 7., 8. und 9. August 1869, fotomechan. Nachdr. d. Ausg. Leipzig (DDR), 1869, Berlin, 1989

Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD, Bonn, 1983

Reschke, Michael, Christian Krell, Jochen Dahm u. a.: Lesebuch der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2013

Roth, Ralf: Der Eisenacher Kongress, August-Bebel-Gesellschaft e. V., Eisenach, vermutlich Anfang 2000er-Jahre

Straszewski, Werner: Die Revolution 1848/49, Dieburg, 2008

Ullrich, Volker: Otto von Bismarck, Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, 5. Auflage 2013

Ulrich, Carl — Vorkämpfer für soziale Demokratie im hessischen Landtag, Hessischer Landtag, Wiesbaden, 2007

Vorwärts Extra, Jubiläums-Sonderheft 02/2013

Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, Sachstand „Wahlen im Kaiserreich 1871 - 1918“ (aktualisierte Fassung, 2021)

Woerl, Leo: Die Publicistik der Gegenwart — eine Rundschau über die gesamte Presse der Welt, Würzburg, 1879

Zeitungen, Kreis Dieburg, Jahrgänge:

Anzeige-Blatt für die Kreise Dieburg & Neustadt, 1863 bis 1865 (Museum Schloss Fechenbach, Dieburg, Stadtarchiv Dieburg)

Odenwälder Bote, 1874 bis 1878 (Stadtarchiv Groß-Umstadt, ULB Darmstadt)

Starkenburger Provinzial-Anzeiger, 1866 bis 1871, 1873, 1874 (Museum Schloss Fechenbach, Dieburg, Stadtarchiv Dieburg, ULB Darmstadt)

Starkenburger Provinzial-Zeitung, 1876 bis 1878 (Museum Schloss Fechenbach, Dieburg)

Digitale Quellen:

Chronik Crainfeld – Die Geschichte der Crainfelder Schule (02.2024)

Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm (10.3.2024)

Deutsche Zentrumspartei (04.2024)

Festschrift 150 Jahre SPD Rödermark (2018) (11.3.2024)

Frankfurter Rundschau vom 18.1.2019 (Gedenkstein für Liebknecht [13.3.2024])

Friedrich-Ebert-Stiftung – Portal der Geschichte der Sozialdemokratie, Jahr 1874 (01.2024)

GEBDAS: Johann Peter Russenschuck (15.3.2024)

Graniczny, Alexandra: Die Arbeiterfrage und das Christentum — Der Arbeiterbischof Wilhelm Emanuel von Ketteler (Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten; Roth, Jonathan [Hg.] [2013] [05.2024])

Haus der Stadtgeschichte Offenbach am Main. Industrialisierung (10.3.2024)

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (12.2024)

Homepage der SPD Baden-Württemberg (01.2024)

Homepage der SPD Offenbach-Bieber. Historie (10.3.2024)

Homepage der SPD Offenbach (01.2024)

Homepage der SPD Rödermark. Geschichte. Urberach (01.2024)

LAGIS: Braasch-Schwersmann, Ursula: Hessischer Städteatlas, Dieburg, Marburg 2005 (11.2023)

LAGIS: Hessische Biografie. Wilhelmine Natalie Liebknecht (13.3.2024)

LAGIS: Hessische Biografie. Wilhelm Liebknecht (13.3.2024)

LAGIS: Zeitgeschichte in Hessen. Arbeitskämpfe. 3. Die frühe Arbeiterbewegung im südhessischen Raum (02.2024)

Odenwälder Bote (Aus Tradition in die Zukunft) (11.2023)

Offenbach-Post vom 29.12.2009 (Ende der Wirklichkeit [abgerufen: 11.2023]), vom 4.9.2017 (Erinnerung an Gründervater [abgerufen: 10.3.2024]) sowie 9.1.2017 (Dieburger Anzeiger ist reif fürs Museum [11.2023])

Preussisches Handelsarchiv vom 2.10.1863 (10.3.2024)

Sonnemann, Leopold: Jahresbericht über die Tätigkeit des ständigen Ausschusses für den dritten Vereinstag der deutschen Arbeitervereine, September 1865 (Digitale Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung [02.2024])

Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz (01.2024)

Süddeutscher Polizeitelegraph: Fahndung über damalige Ländergrenzen hinweg (Newsletter Hessen-Archiv aktuell 2020/01 (01.2024)

TV 1863 Dieburg e. V., Festschrift zum 150-jährigen Bestehen (1.6.2024, nicht mehr erreichbar)

Ulrich, Carl: aus dem Reichstags-Handbuch, Band: 1928, 4. Wahlperiode (1.5.2024)

Verhandlungen der Zweiten Kammer der Landesstände des Großherzogthums, Bd. 1863/65,2 — 17. Landtag (1863) (25.5.2024)

Wahlen in Deutschland (01.2024)

WikiTree zu Johannes Stürtz (17.5.2024)

Wörterbuch DWDS (abgerufen: 29.10.2024, 12.2024)

Zeitschriftendatenbank (ZDB) (24.1.2024)

Wikipedia-Artikel:

Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (12.2023)

Arbeiterbildungsverein (10.3.2024)

August Kapell (11.4.2024)

Bildungsgeschichte Dieburgs (11.2023)

Der Social-Demokrat (24.4.2024)

Der Volksstaat (24.4.2024)

Emil Pirazzi (31.10.2024)

Frankfurter Bierkrawall (13.3.2024)

Gustav Schlosser (11.2023)

Häfner (10.3.2024)

Kulturkampf (13.3.2024)

Lassallescher Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (LADAV) (19.11.2024)

Leonhard von Bonhorst (10.3.2024)

Liste der Reichstagswahlkreise des Deutschen Kaiserreichs (11.2023)

Maingau (22.10.2024)

Neuer Social-Demokrat (24.4.2024)

Ober-Ramstadt (10.3.2024)

Reichstagswahl 1871 (01.2024)

Reichstagswahl 1874 (11.2023)

Reichstagswahl 1877 (11.2023)

Reichstagswahl 1878 (11.2023)

Reichstagswahlkreis (Deutsches Kaiserreich) (11.2023)

Stimmzettel (4.4.2024)

Sozialistengesetz (01.2024)

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (1875) (01.2024)

Trucksystem (11.3.2024)

Vereinstag Deutscher Arbeitervereine (17.4.2024)

Vorwärts (Deutschland) (24.4.2024)

Wahlrecht im Norddeutschen Bund und im Deutschen Kaiserreich (10.6.2024)

Wilhelm Bloss (11.3.2024)

Wilhelm Hasselmann (01.2024)

Wilhelm Liebknecht (13.3.2024)

Sozialdemokratische Presse, Jahrgänge:

Demokratisches Wochenblatt, 1869 (Historische Presse der deutschen Sozialdemokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung [FES])

Der Sozialdemokrat, 1882, 1886, 1887 (FES)

Der Volksstaat, 1871 bis 1875 (FES)

Neuer Social-Demokrat, 1873 bis 1875 (FES, Zeitungsportal der Bayerischen Staatsbibliothek [digiPress])

Social-Demokrat, 1866, 1869, 1870 (FES)

Vorwärts, 1876 bis 1878 (FES)

Zeitungen, außerhalb des Kreises Dieburg, Jahrgänge:

Allgemeine Zeitung, 1868, 1872, 1876, 1885 (digiPress)

Aschaffener Zeitung, 1865, 1866, 1870, 1873, 1878 (digiPress)

Augsburger Postzeitung, 1863, 1876 (digiPress)

Coburger Zeitung, 1878 (digiPress)

Der Zeitgeist, 1876, 1877 (digiPress)

Frankfurter Reform, 1863 (Universitätsbibliothek Frankfurt a. Main)

Frankfurter Zeitung, 1873, 1874, 1877, 1878 (Universitätsbibliothek Frankfurt a. Main)

Fränkischer Kurier, 1863, 1871, 1873, 1876 (digiPress)

Fränkisches Volksblatt, 1872 (digiPress)
Kitzinger Anzeiger, 1872 (digiPress)
Mainzer Journal, 1871 (digiPress)
Münchner Abendzeitung, 1872 (digiPress)
Nürnberger Abendzeitung, 1865 (digiPress)
Offenbacher Intelligenzblatt, 1863 bis 1870
(gedruckt, ULB Darmstadt)
Pfälzer Kurier, 1873, 1875 (digiPress)
Pfälzer Zeitung, 1868, 1874 (digiPress)
Regensburger Tagblatt, 1874 (digiPress)
Schweinfurter Anzeiger, 1872 (digiPress)
Straubinger Zeitung, 1874 (digiPress)
Süddeutscher Telegraph, 1875 (digiPress)
Zweibrücker Zeitung, 1876, 1878 (digiPress)

Abbildungsverzeichnis

Titelseite:	Gasthaus „Zum Ochsen“ (vor 1915), Dieburg	
Abbildung 1:	Ferdinand Lassalle (1863).....	11
Abbildung 2:	Arbeiterbildungsverein Offenbach; Anzeige im „Offenbacher Intelligenzblatt“ vom 1. Februar 1863	12
Abbildung 3:	Arbeiterbildungsverein Offenbach; Anzeige im „Offenbacher Intelligenzblatt“ vom 27. November 1864.....	13
Abbildung 4:	„Pantheon“ in Leipzig, Gründungsstätte des ADAV	15
Abbildung 5:	Gedenkstätte „Goldener Löwe“, Gründungskongress der SDAP in Eisenach	17
Abbildung 6:	Hotel „Zum Mohren“, Eisenach, ca. 1900	18
Abbildung 7:	Johann Baptist von Schweitzer (ca. 1872).....	22
Abbildung 8:	Auszug aus dem „Social-Demokraten“ vom 24. Oktober 1869.....	34
Abbildung 9:	Gasthaus „Zum Ochsen“ (vor 1915), Dieburg	35
Abbildung 10:	Gasthaus „Zum Lamm“ (ca. 1920), Dieburg.....	37
Abbildung 11:	Auszug aus der Aufstellung im „Social-Demokraten“ vom 24. Oktober 1869	38
Abbildung 12:	Gasthaus „Zum weißen Ross“ (ca. 1926), Dieburg.....	40
Abbildung 13:	Aufruf im „Neuen Social-Demokraten“ vom 22. August 1873	47
Abbildung 14:	„Kleins Garten“, 1906, zuvor „Petermanns Garten“, Dieburg	49
Abbildung 15:	„Hessischer Hof“ in Münster heute	50
Abbildung 16:	Gaststätte „Tivoli“ in Gotha	55
Abbildung 17:	Ausgabe der „Neuen Offenbacher Tageszeitung“ vom 1. Januar 1875	58
Abbildung 18:	Carl Ulrich (ca. 1875).....	62
Abbildung 19:	„Odenwälder Bote“ vom 18. Juli 1874	65
Abbildung 20:	„Dieburger Konvikt“, historische Darstellung	67
Abbildung 21:	Wilhelm Liebknecht (ca. 1875).....	68
Abbildung 22:	Parteitagitation in den Anfangsjahren der Sozialdemokratie, 1877	69
Abbildung 23:	Gasthof „Zum goldenen Engel“, Dieburg	72
Abbildung 24:	Wahlfest auf dem Bieberer Berg.....	87
Abbildung 25:	Gasthaus „Darmstädter Hof“ (1926), Dieburg	92
Abbildung 26:	Reichstagswahl 1878; Anzeige in der Dieburger SPZ	93
Abbildung 27:	August Bebel (ca. 1880)	98
Abbildung 28:	Sozialistengesetz 1878, erste Seite	100
Abbildung 29:	Auszug aus dem „Odenwälder Boten“ vom 6. November 1878	103
Abbildung 30:	Marktplatz mit Druckereigebäude der SPZ (vor 1893) in Dieburg.....	104

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 31: Kopf des „Wochenblattes für den Regierungs-Bezirk Dieburg“, Ausgabe vom 6. November 1848	105
Abbildung 32: Kopf des „Odenwälder Boten“ vom 6. November 1878	105
Abbildung 33: Titelseite des „Starkenburger Provinzial-Anzeigers“ vom 29. Mai 1869.....	106
Abbildung 34: „Hirschwirthshaus“ in Groß-Umstadt heute	106

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Zollparlamentswahl 1868; Ergebnis in Dieburg	33
Tabelle 2:	Reichstagswahl 1871; Ergebnis in Dieburg.....	42
Tabelle 3:	Reichstagswahl 1871; Ergebnisse der Stichwahlen in Babenhausen, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern und Münster	43
Tabelle 4:	Reichstagswahl 1874; Ergebnis in Dieburg.....	51
Tabelle 5:	Reichstagswahl 1874; Ergebnisse in verschiedenen Orten im Kreis Dieburg	51
Tabelle 6:	Unterschiede zwischen ADAV und SDAP.....	54
Tabelle 7:	Reichstagswahl 1877; Ergebnis in Dieburg.....	82
Tabelle 8:	Reichstagswahl 1877; Ergebnis im Kreis Dieburg.....	83
Tabelle 9:	Reichstagswahl 1877; Ergebnis in verschiedenen Orten im Kreis Dieburg	84
Tabelle 10:	Reichstagswahl 1878; Ergebnis in Dieburg.....	94
Tabelle 11:	Reichstagswahl 1878; Ergebnis im Kreis Dieburg.....	95
Tabelle 12:	Reichstagswahl 1878; Ergebnis in verschiedenen Orten im Kreis Dieburg	96
Tabelle 13:	Reichstagswahlen 1871 bis 1878; Ergebnisse der Sozialdemokraten	112
Tabelle 14:	Reichstag 1871; sozialdemokratische Abgeordnete	112
Tabelle 15:	Reichstag 1874; sozialdemokratische Abgeordnete	113
Tabelle 16:	Reichstag 1877; sozialdemokratische Abgeordnete	114
Tabelle 17:	Reichstag 1878; sozialdemokratische Abgeordnete	115
Tabelle 18:	Reichstagswahlen 1871 bis 1878; Ergebnisse der SPD im Wahlkreis Offenbach-Dieburg	116
Tabelle 19:	Reichstagswahl 1871; Ergebnis im Wahlkreis Offenbach-Dieburg	116
Tabelle 19:	Reichstagswahl 1874; Ergebnis im Wahlkreis Offenbach-Dieburg	116
Tabelle 20:	Reichstagswahl 1877; Ergebnis im Wahlkreis Offenbach-Dieburg	117
Tabelle 21:	Reichstagswahl 1878; Ergebnis im Wahlkreis Offenbach-Dieburg	117

Personenverzeichnis

A

Auer, Ignaz64, 114

B

Bauer24

Bebel, August ... 9, 12, 17, 18, 25, 26, 52, 54, 64, 70, 81, 98, 110, 112, 113, 114, 115

Bender, Jakob.....37, 93

Bernardus, P.....29

Bismarck, Otto von... 18, 28, 43, 65, 86, 88, 90, 113, 115

Blank III., Adam88

Bleß, Adam54, 71

Blos, Wilhelm 57, 59, 61, 63, 73, 114

Bonhorst, Leonhard von.....26

Bracke, Wilhelm114, 115

Braun II., Johannes Anton39

D

Daschner, Theodor..... 73, 75, 78, 107

Demmler, Georg Adolph 114

Dernburg Dr., Friedrich 11, 41, 42, 43, 44, 45, 49, 51, 52, 53, 62, 66, 74, 76, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 116, 117

Dernburg, Friedrich98

E

Egly66

Ehmann, Konrad.....88

Ellner, Friedrich [Fritz].....19

Emmerling, Ferdinand.....90

Enders III., Jacob.....89

Engels, Friedrich 70, 82, 109

F

Flinsch, Heinrich 90, 91, 92, 94, 95, 96, 117

Forger80

Frank Dr..... 74, 75, 78

Frank, Peter Heinrich38, 39

Freundschuh, Karl20, 21

Fritzsche, Friedrich Wilhelm..... 114, 115

Fuchs, Joseph Matthias.....39

Fürst, Franz.....90

G

Ganß.....89

Geib, August..... 113

Gerhard, Wendelina.....24

Giegerich, Lorenz89

Glässer, Georg Adam89

Goldmann Dr., Theodor31

H

Hahn.....23

Hallwachs, Friedrich66, 90

Hartig48

Hasenclever, Wilhelm 38, 52, 60, 109, 113, 114

Hasselmann, Wilhelm 60, 68, 113, 115

Hatzfeldt, Sophie von.....21, 38

Haustein, Herrmann... 23, 24, 25, 26, 27, 29, 35, 36

Heeß, Johannes.....67

Helfrich II., Lorenz38, 39

Herz, Johannes.....36, 37

Heuser, Adam. 23, 24, 25, 26, 27, 28, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 56, 59, 60, 63

Heyl, Karl 72, 81, 86

Hirsch Dr., Max.....17

Hödel, Max.....9, 115

Hof[f]mann, A[dam].....29

Hornung77

Hottes.....14

J

Jäger, J. [F.?].....29, 47

K

Kadler, Eduard Ernst76

Kapell, August 93, 114

Kaufmann.....23

Kayser, Max.....115

Ketteler, Wilhelm Emmanuel Freiherr von32, 40

Klein, C.20

Kölsch, Wilhelm.....26, 44, 55

Kopp, L.29

Kraft, Simon31

Krämer Dr., Adolph22, 33

Kreis, P.29

Kritzler, Friedrich.....10

Küchler, Friedrich 41, 42, 43, 66, 116

Kugler, August..... 22, 33, 36

L

Lachmann, Georg Friedrich 12, 16, 19

Lassalle, Ferdinand...	8, 9, 11, 13, 15, 16, 20, 32, 35, 38, 40, 62, 73, 102
Lautenschläger, Jacob	85
Lautz, Jakob	74, 78, 105
Liebknecht, Wilhelm ..	6, 8, 9, 17, 18, 25, 26, 54, 55, 57, 59, 60, 66, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 102, 107, 109, 110, 111, 113, 114, 115, 117
Lißberger	24
Löwenstein-Wertheim, Graf von.....	32
M	
Mackert, B.	23, 24, 36
Mackert, Georg	29, 36, 47
Marx, Karl.....	15, 17, 70, 109
Mertens.....	23, 24
Most, Johann.....	113, 114
Motteler, Julius	113, 114
Moufang Dr., Christoph	97
Müller, Georg	75
Müller, Josef.....	48, 56, 59, 60, 62
Müller, Wilhelm	19, 29
N	
Neuroth.....	77
Nobiling, Eduard.....	9, 115
O	
Ohlig, Johann.....	29, 46, 54, 55
Ott, Ignaz.....	89
P	
Papst Pius IX.	65
Pieroth, M.	29
Pirazzi, Emil	79, 80
Preiß, Jacob	22, 23, 24, 28, 35
R	
Rachor, Jakob	66, 104
Rachor, Peter	104
Racké, Nicola	51, 52, 73, 76, 81, 82, 83, 84, 91, 116, 117
Rebel, Johannes	29, 37, 39
Reh, Natalie.....	69
Reh, Theodor.....	10
Reimer, Otto.....	113
Reinders, Klaas Peter	115
Reitz, M.	23
Renner.....	24
Rittinghausen, Moritz.....	114

Russenschuck, Johann Peter	78
S	
Sachs, Johann.....	88
Schäfer, Leonhard	23, 45, 52
Schlosser, Gustav	81, 83, 84, 85, 117
Schönfeld	90
Schraps, Reinhold.....	112
Schulz III., Georg.....	14
Schulze, Gottfried Andreas	22, 29, 33
Schweitzer, Johann Baptist von ...	12, 18, 22, 23, 26, 27, 37, 38
Sonnemann, Leopold	12, 14, 17, 19
Staab	89
Starck, Julius Rinck Freiherr von	42, 116
Stromberger V., Peter	77
Stürtz, Johannes... 23, 24, 25, 26, 27, 35, 40, 41, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 52, 53, 56, 57, 59, 60, 61, 62, 63, 71, 88, 109, 116	
U	
Ulrich, Carl...8, 26, 54, 55, 56, 57, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 69, 71, 72, 73, 75, 76, 78, 79, 85, 91, 93, 107, 108	
V	
Vahlteich, Julius	113, 115
Valentin, Hermann Friedrich.....	87
Veith.....	43
Vollé, J[ean].....	29
W	
Walloth, B.	91, 93
Wambolt von Umstadt, Philipp Hugo Franz Maria Freiherr	22, 33
Wasserburg, Philipp ...	28, 90, 91, 92, 94, 95, 96, 97, 98, 117
Weber VI., Johannes	10, 31
Weil	77, 79
Weinert	21
Werner	76, 77, 78, 79
Werwatz, N[icolaus].....	29
Wiemer, Philipp	115
Wilhelm I., Kaiser	9, 88, 99, 115
Wolf, Wilhelm	24, 25, 27, 28, 41, 42, 43, 44, 45, 55, 116
Z	
Zibulsky, Adam	53
Zollinger, Philipp	23

Ortsverzeichnis

A

Altheim	52, 85
Asbach	97
Aschaffenburg	9
Augsburg	62, 73

B

Babenhausen	6, 41, 43, 48, 51, 84, 88, 90, 96
Barmen	45
Berlin	22, 46, 70, 86
Bieber	19, 25, 26, 29, 43, 44, 46, 47, 54, 87, 101
Bockenheim	12
Brandau	97
Braunschweig	22, 62, 64
Brensbach	41, 78, 85, 90, 97
Büdingen	27, 41
Bürgel	29, 46, 54

C

Chemnitz	21
Crimmitschau	107

D

Darmstadt ..	8, 10, 12, 16, 19, 22, 24, 28, 31, 41, 42, 43, 44, 45, 54, 63, 64, 69, 75, 80, 88, 89, 106, 107
Dieburg..	6, 7, 8, 9, 10, 11, 14, 19, 22, 24, 25, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 60, 62, 63, 65, 66, 68, 69, 70, 71, 74, 75, 78, 80, 81, 82, 83, 84, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 101, 102, 104, 106, 107, 108, 109, 116, 117, 118
Dietesheim	29, 46, 101
Dietzenbach	29
Dorndiel	76, 85
Dreieichenhain	29
Dresden	26, 27, 73
Dudenhofen	41

E

Egelsbach	44
Eisenach	9, 17, 18, 19, 21, 26, 68
Elberfeld	20, 45
Eppertshausen	37, 41, 51, 52, 84, 90, 93, 96, 97, 98
Erfurt	21, 63

F

Frankfurt a. Main .	12, 13, 14, 19, 20, 21, 43, 56, 57, 81, 89, 102
Fränkisch-Crumbach	78, 85, 90

G

Gießen	42, 68, 70, 71
Glauberg	52
Gotha	9, 54, 59, 68
Groß-Bieberau	14, 41, 74, 84, 90, 96
Groß-Gerau	42
Groß-Umstadt	6, 7, 22, 28, 33, 41, 43, 49, 51, 52, 53, 66, 67, 71, 73, 74, 75, 78, 79, 84, 89, 90, 91, 96, 102, 104, 105, 106, 107, 108
Groß-Zimmern	14, 33, 41, 43, 51, 52, 76, 78, 84, 90, 91, 96
Gundernhausen	14

H

Habitzheim	78, 85
Hainhausen	46, 101
Hainstadt	54
Hamburg	61
Hanau	12, 16, 19, 21, 107
Hannover	28, 46
Harpertshausen	74, 97
Harreshausen	97
Hausen	29, 46, 54, 101
Hergershausen	97
Heubach	90
Heusenstamm	29, 46, 54, 101

J

Jügesheim	46
-----------------	----

K

Karlsruhe	52
Kastel	39
Kleestadt	74
Klein-Auheim	46, 54
Klein-Krotzenburg	24, 29, 46, 54, 101
Klein-Umstadt	97
Klein-Zimmern	32, 76, 88, 97
Krefeld	73

Ortsverzeichnis

L

Lämmerspiel.....	29
Langen.....	101
Langstadt.....	74, 88, 97
Leipzig	12, 15, 68, 109, 111
Lengfeld.....	90, 97

M

Mainz.....	8, 12, 26, 29, 30, 39, 46, 51, 57, 90, 91, 97, 102
Mannheim.....	52
Marburg	70
Michelstadt	47
Miltenberg	21
Mühlheim a. Main.....	19, 27, 28, 29, 46, 54, 88
Münster (Hessen). 32, 41, 43, 48, 50, 51, 52, 53, 76, 84, 89, 90, 93, 96, 97, 98	

N

Neu-Isenburg.....	19, 29, 41, 46, 75, 101
Nieder-Klingen	97
Nieder-Modau.....	14
Nieder-Ramstadt.....	14
Nieder-Roden.....	29, 34, 35, 38, 46, 47, 90, 97
Nürnberg.....	17, 30, 108

O

Ober-Klingen	97
Oberrad.....	21
Ober-Ramstadt.....	14, 16
Ober-Roden.....	29, 34, 36, 37, 38, 46, 47, 85, 90, 97
Obertshausen.....	29, 46, 54, 55, 101
Offenbach.....	6, 8, 11, 12, 13, 16, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 32, 34, 35, 36, 39, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 52, 54, 55, 56, 57, 60, 61, 62, 63, 64, 68, 69, 70, 71, 74, 76, 77, 78, 80, 81, 82, 83, 87, 88, 91, 92, 95, 97, 98, 101, 102, 107, 108, 109, 116, 117

Oppenheim	66
-----------------	----

R

Raibach.....	97
Reinheim	14, 16, 51, 74, 75, 77, 78, 84, 90, 96
Rödelheim	12
Roßdorf	14
Rüsselsheim	12, 16

S

Schaafheim.....	41, 51, 78, 84, 90, 96
Schaffhausen.....	73
Schlierbach.....	74, 97
Seligenstadt.....	46, 54, 60, 101
Semd	43, 52, 85, 90
Sickenhofen.....	97
Spachbrücken.....	76, 78, 79, 81, 85, 102
Sprendlingen	19, 41, 75, 101
Steinheim	27, 28, 46, 47, 54, 90, 98, 101
Straubing.....	73
Stuttgart.....	28

T

Traisa.....	14
-------------	----

U

Ueberau	14, 85, 97
Urberach	34, 47, 85, 90, 97

W

Weiskirchen	46, 54, 101
Wersau.....	14
Wiesbaden	19, 26
Wieseck.....	70

Z

Zeilhard	97
Zürich	75, 109
Zwickau	64

Nicht enthalten sind die Wahlkreise (Ortsnamen), in denen sich Sozialdemokraten außerhalb des Wahlkreises Offenbach-Dieburg beworben hatten und gewählt wurden (z. B. aus den Tabellen im Anhang).

Nachwort und Dank

Erfreulich waren die Anzahl und das Engagement der „Unterstützer“ bei diesem Erstlingswerk. Ohne die folgenden Personen und Institutionen wäre die Erstellung dieser Arbeit in dem Umfang nicht möglich gewesen. Ihnen gebührt mein besonderer Dank:

- den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Museums Schloss Fechenbach in Dieburg; hier vor allem Herrn Lammer, der stets mit Rat und Tat zur Seite stand, meine Fragen geduldig und ausführlich mündlich und schriftlich beantwortete und das gesamte Manuskript auf historische Unzulänglichkeiten durchforstete;
- dem Team vom Stadtarchiv Groß-Umstadt;
- dem Vorsitzenden der „Historischen Kommission“ des SPD-Unterbezirks Offenbach-Stadt, dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Offenbach und Genossen Wolfgang Reuter;
- der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Gedenkstätte „Goldener Löwe“ in Eisenach;
- der Stadt Offenbach, dem Leiter der Abteilung Stadtarchiv, Herrn Lukas Svatek-Storch;
- Herrn Dr. Volker Puthz vom Stadtarchiv Schlitz und Herrn Artur Fehr aus Neu-Anspach;
- den Stadtarchiven Büdingen (Herrn Carsten Parré), Dresden (Herrn Dr. Stefan Dornheim) und Straubing (Herrn Biermaier);
- den Gemeinden Groß-Zimmern (Herrn Morris Kiefer) und Münster (Frau Meike Mittmeyer-Riehl) sowie der Stadt Mühlheim a. Main (Herrn Hans-Georg Jung);
- der Universitäts- und Landesbibliothek Darmstadt sowie der Universitätsbibliothek Frankfurt a. Main;
- Frau Grit Ulrich vom Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde;
- Herrn Ostheimer von der Stadt Dieburg;
- weiteren hier nicht namentlich erwähnten Personen, die im Hintergrund die Entstehung des Manuskripts begleitet und den Autor immer wieder auf den richtigen Pfad gelotst haben.

Auch zu erwähnen sind an dieser Stelle der SPD-Ortsverein Dieburg und dessen Vorsitzende Sabine Schnurr, die das Vorhaben unterstützt haben.

Sicherlich liegen in den Archiven noch „Schätze“, die es zu heben gilt. Möglicherweise gibt es in den Ortsvereinen noch Materialien, welche die Ausführungen noch sinnvoll ergänzen und möglicherweise fortführen könnten. Interessenten sind herzlich willkommen.

Rainer Weiß
Dieburg im Dezember 2024

